

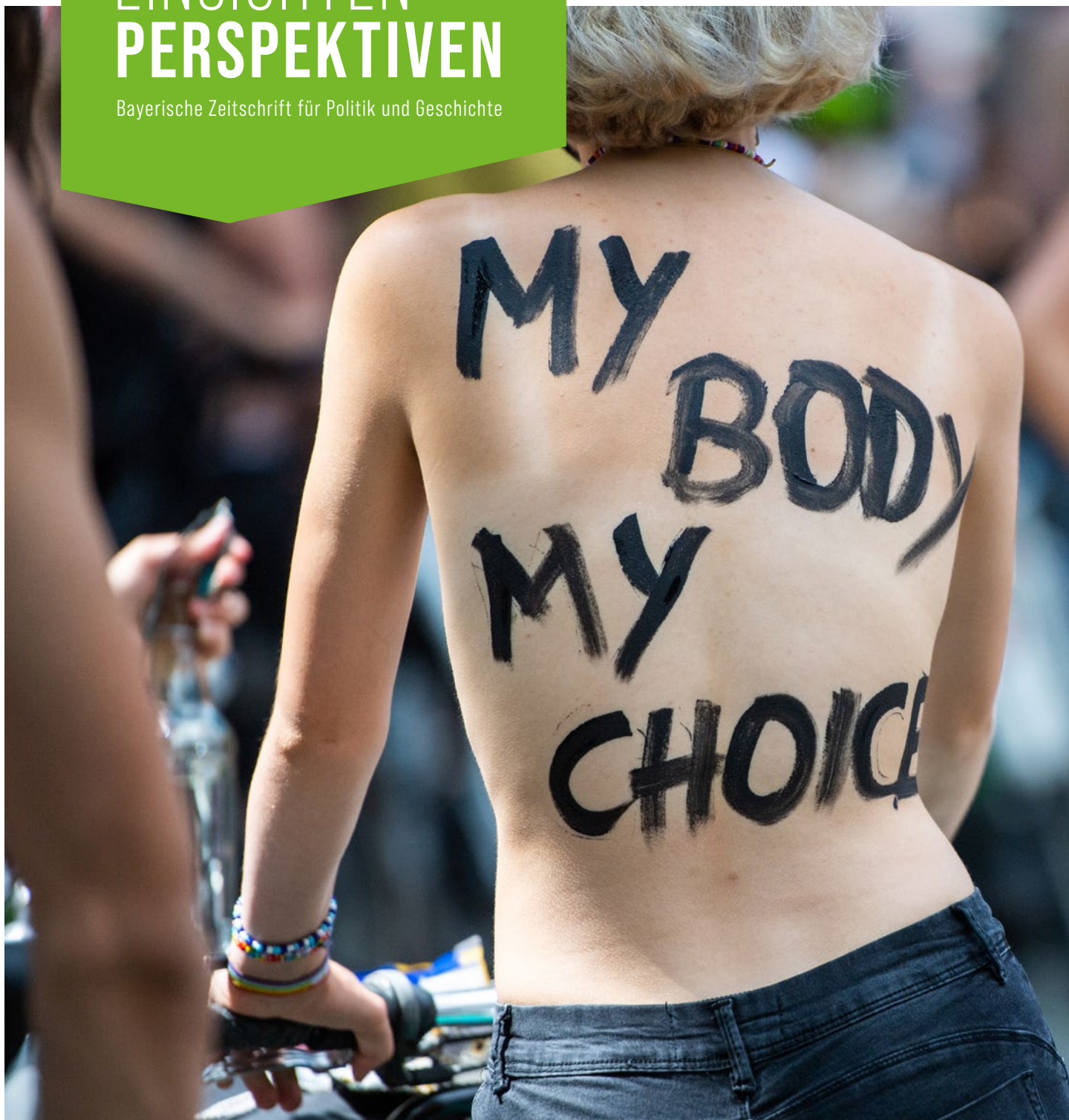
Ausgabe 01|25

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit



[IM FOKUS]

Frauenperspektiven

[IM BRENNPUNKT]

Stürmische Zeiten für Europa

[INTERVIEW]

Giulia Gwinn und Bianca Rech
über Frauen im Fußball

Geschätzte Leserin, geschätzter Leser,

ganz im Zeichen des Beauvoir'schen Diktums, zur Frau werde man nicht geboren, sondern gemacht, hat die E+P-Redaktion zur alljährlichen Reflexion der Lage der Frauen um den 8. März mit ganz unterschiedlichen Frauen aus Politik, Sport und Gesellschaft darüber diskutiert, was sie denn heute bewege. Fazit: Die Lage ist heterogen, abhängig von Herkunft, Beruf, familiären Umständen und vielen Faktoren mehr. DIE eine Frauenfrage scheint es so nicht zu geben.

Doch in einem sind sich alle einig. Die Anzahl an gewalttätigen Übergriffen hat eine schockierende Höhe erreicht: Fast jeden Tag wird in der Bundesrepublik eine Frau ermordet. Unser Titelbild zeigt eine Demonstrierende mit dem Statement: *My body, my choice*. Das bezieht sich nicht nur auf die Abtreibungsdebatte, sondern auch auf das generelle Recht auf körperliche Unversehrtheit. Diese feministische Parole umkehrend, wurde daraus im Umkreis von Trump-Unterstützern im vorletzten US-Wahlkampf die sexistische Parole *Your body my choice*, mit der bestimmte Männer sozusagen das Recht auf Vergewaltigung in den Raum stellten – ein übles Beispiel toxischer Männlichkeit.

In diesem Zusammenhang analysieren Fredericke Leuschner, Barbara Horten und Elena Rausch im vorliegenden Heft verschiedene Phänomene bei Gewalt gegen Frauen.

Die Ehrevorsitzende des Vereins für Fraueninteressen e. V., Hildgard Kronawitter, spricht mit der Redaktion ausführlich über Frauenpolitik und ihr persönliches Engagement. Von einer Veranstaltung der Landeszentrale zum Thema Gleichberechtigung im Grundgesetz mit Vertreterinnen dieser vor 130 Jahren gegründeten Organisation berichtet Nadja Renner.

Die neue Kapitänin der Fußball-Nationalmannschaft, Giulia Gwinn, macht mit über 600.000 Followern auf Instagram nicht nur ihren Sport populär, sondern äußert sich auch öffentlich durchaus selbstbewusst und kritisch „zu ihr wichtigen Themen“. Zusammen mit der Direktorin der FC Bayern Frauen, Bianca Rech, gibt sie in einem Interview einen allgemeinen Einblick in verschiedene Aspekte des modernen Frauenfußballs, während sich Thaya Vester in ihrer Untersuchung konkret der Problematik Sexismus im Fußball am Beispiel von Schiedsrichterinnen nähert.

Die Serie über Pionierinnen in der bayerischen Politik wird von Daniela Neri-Ultsch mit einem Porträt über Renate Schmidt fortgesetzt.

Seit 2022 setzt sich die E+P regelmäßig mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und seinen Folgen für die westliche Wertegemeinschaft auseinander. Klaus Gestwa ordnet die aktuellen turbulenten Ereignisse in einem chronologischen Überblick ausführlich ein und Alexander Stulpe beginnt in Anknüpfung an Heft 02/24 mit einer Serie zur Demokratie und Resilienz.

Optimismus ist laut Karl Popper Pflicht! In diesem Sinne wünschen wir trotz der Thematik eine ertragreiche und im besten Fall unterhaltensame Lektüre.

Die Redaktion

Autorinnen und Autoren

Dr. Thaya Vester ist akademische Mitarbeiterin am Institut für Kriminologie an der Universität Tübingen und engagiert sich in verschiedenen Gremien des DFB.

Prof. Dr. Klaus Gestwa leitet das Institut für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der Universität Tübingen.

Dr. Barbara Horten forscht an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und am Institut für Kriminologie an der Universität Heidelberg.

Fredericke Leuschner arbeitet als Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Kriminologischen Zentralstelle in Wiesbaden.

Prof. Dr. Daniela Neri-Ultsch ist Hochschullehrerin für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Regensburg.

Assoz. Prof. Dr. Eva Pfanzelter lehrt und forscht am Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck im Bereich Erinnerungskultur.

Elena Rausch beschäftigt sich als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Kriminologischen Zentralstelle in Wiesbaden u.a. mit Femiziden.

Nadja Renner ist Gymnasiallehrerin und Referentin im Publikationsreferat an der BLZ.

Dr. Alexander Stulpe ist Politikwissenschaftler und lebt und arbeitet in Berlin.



INFO

Leserbriefe richten Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse: landeszentrale@blz.bayern.de
Stichwort: *Einsichten und Perspektiven*.

Hier können Sie auch ein kostenloses Abonnement der Zeitschrift beziehen.

INHALTSVERZEICHNIS



IM FOKUS

Gewalt gegen Frauen 4

von Fredericke Leuschner, Barbara Horten und Elena Rausch

„Wir müssen uns mehr um Mädchen mit Migrationshintergrund kümmern“ 15

Ein Interview mit Dr. Hildegard Kronawitter

Heute sind wir dran! Gleichberechtigung im Grundgesetz 21

Eine Veranstaltung von Frauen für Frauen auf der Herreninsel am Chiemsee

von Nadja Renner

INTERVIEW

„Equal Play“ vor „Equal Pay“ 24

Ein Interview mit Bianca Rech und Giulia Gwinn

FUSSBALL

Alleine auf weiter Flur: 31

Warum es nach wie vor so wenige Schiedsrichterinnen im Fußball gibt

von Thaya Vester

COMIC

Eine einfache Lösung... 37

MUSIK UND POLITIK

Der Sound der Zeit – Frauenperspektiven 38

SERIE

„Die rote Renate“ 40

Ein neuer Typ Frau in der Politik

von Daniela Neri-Ultsch

SERIE

Demokratische Resilienz 50

Begriffe, Perspektiven und strategische Herausforderungen

von Alexander Stulpe

GESCHICHTE IM UNTERRICHT

Nationalsozialismus als Thema der historischen und politischen Bildung 65

– aktuelle Chancen und Herausforderungen

Der Nationalsozialismus im digitalen Zeitalter: Chancen und Herausforderungen für den Geschichtsunterricht 66

von Eva Pfanzelter

BRENNPUNKT

Stürmische Zeiten für Europa. Trumps Sprunghaftigkeit, Putins Hartnäckigkeit und Selenskyjs Balanceakt 71

Eine Chronik turbulenter Tage

von Klaus Gestwa

LESESTOFF

87

GEWALT GEGEN FRAUEN

von Fredericke Leuschner, Barbara Horten und Elena Rausch



Rote Schuhe als Mahnmal anlässlich des Internationalen Tags zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen, Berlin, 25. November 2024. Die Aktion ist angelehnt an das Projekt „Zapatos Rojos“ (dt. „Rote Schuhe“) der mexikanischen Künstlerin Elina Chauvet.
*Foto: Picture Alliance/
Fotograf: Sebastian Gollnow*

Das Thema „Gewalt gegen Frauen“ wird seit einigen Jahren vermehrt öffentlich diskutiert. Geschlechtsspezifische Gewalt liegt vor, wenn Weiblichkeit ursächlich für Gewalt ist oder Frauen bei dem jeweiligen Phänomen übermäßig stark betroffen sind.¹ Solche Gewalthandlungen sind

1 Europarat: Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt und erläuternder Bericht, 2011; <https://rm.coe.int/1680462535> [Stand: 13.02.2025].

„Ausdruck historisch gewachsener ungleicher Machtverhältnisse zwischen Frauen und Männern [...], die zur Beherrschung und Diskriminierung der Frau durch den Mann und zur Verhinderung der vollständigen Gleichstellung der Frau geführt haben“.² In anderen Worten erwachsen sie aus dem gesellschaftlichen Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern, welches durch patriarchale Strukturen erzeugt wird, und dienen gleichzeitig dazu,

2 Ebd., S. 3.

dies beizubehalten.³ Durch diese Verankerung im sozialen System kann von struktureller Gewalt gesprochen werden.

Ein öffentlicher Fokus auf die nach wie vor ungleichen Machtverhältnisse zwischen Mann und Frau und die daraus entstehenden Gefahren für Frauen wurde in bedeutendem Ausmaß erstmalig durch die Frauenbewegung mit dem Höhepunkt in den 1970er Jahren diskutiert. Häusliche und auch sexualisierte Gewalt gegen Frauen durch Männer wurde nach dem Motto „das Private wird politisch“ öffentlich thematisiert und problematisiert.⁴ Viele solcher Taten wurden bis dahin nicht angezeigt und selbst wenn, so hatte dies selten staatliche Interventionen zur Folge.⁵ In diesem Zusammenhang wurden erste Beratungs- und Unterstützungsangebote von und für Frauen geschaffen, wie bspw. Frauenhäuser, Notrufe für vergewaltigte und belästigte Frauen und Beratungseinrichtung für Betroffene sexualisierter Gewalt (alle in Deutschland erstmalig in Berlin).⁶

Dieser Artikel soll einen Überblick über verschiedene Ausprägungen geschlechtsspezifischer Gewalt geben, wobei eine vollständige Aufzählung angesichts der Vielseitigkeit hier nicht erreicht werden kann und auch andere Taten potenziell die Kriterien geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen erfüllen können.

Femizide

Die erstmalige Verwendung des Begriffs „Femizid“ erfolgte in den 1970er Jahren im Rahmen des „*International Tribunal on Crimes against Women*“ durch die Soziologin Diana Russell.⁷ In diesem Kontext verfolgte der Begriff politische Zwecke und sollte der Sichtbarmachung sozialer Missstände und der Änderung gesellschaftlicher Strukturen

dienen.⁸ „Femizid“ leitet sich vom englischen „*homicide*“ ab und beschreibt die Tötung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts.⁹ Eine eindeutige Einordnung als Femizid ist demnach nur bei Kenntnis der dahinterliegenden Motivation des Tötungsdeliktes möglich.¹⁰

Denkbare Tatkonstellationen, die unter diese Begriffsbestimmung passen, sind bspw. Tötungen der Intimpartner*in, Tötungen zur Befriedigung von Lust oder zur Verdeckung einer vorausgegangenen Sexualstraftat, so genannte „Ehrenmorde“, aber auch Tötungen bei Abtreibungen oder bei der Durchführung von Genitalverstümmelungen.¹¹ Die erstgenannte Konstellation dieser unvollständigen Aufzählung ist mit Abstand die häufigste – sowohl weltweit als auch in Deutschland.¹² Die augenscheinliche ungleiche Geschlechtsverteilung dieser Taten wird mit Blick auf die öffentlichen Statistiken deutlich, wonach in Deutschland insgesamt ein Drittel der Opfer von Tötungsdelikten weiblich sind, was aber bei Tötungen in Intimpartnerschaften auf etwa 80 Prozent zutrifft.¹³

3 Vgl. ebd., S. 3.

4 Vgl. Leonie Wagner: Das Private wird politisch. Autonome Frauenhäuser im Kontext der Neuen Frauenbewegung, in: Sozial Extra 42(4) (2018), S. 38–41.

5 Vgl. ebd., S. 38–41.

6 Vgl. ebd.

7 Vgl. Diana Russell/Nicole Van de Ven: *Crimes Against Women: Proceedings of the International Tribunal*, Brüssel 1990.

8 Vgl. Diana Russell: *Femicide: Politicizing the Killing of Females*. In *Program for Appropriate Technology in Health*, in: *Strengthening Understanding of Femicide. Using research to galvanize action and accountability*, hg. v. InterCambios, Medical Research Council of South Africa, & World Health Organization, 2008, S. 26–31; https://path.azureedge.net/media/documents/GVR_femicide_rpt.pdf [Stand: 13.02.2025]; Russel/Van de Ven (wie Anm. 7).

9 Vgl. Bundeskriminalamt: Geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten, in: Bundeslagebild 2023 (2024); https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/StraftatenGegenFrauen/StraftatengegenFrauenBLB2023.pdf?__blob=publicationFile&v=10 [Stand: 27.2.2025]; Russell (wie Anm. 8).

10 Vgl. Diana Russell: *Defining Femicide—Introductory Speech*, 2012, S. 27; http://www.dianarussell.com/f/Defining_Femicide_-_United_Nations_Speech_by_Diana_E._H._Russell_Ph.D.pdf [Stand: 13.02.2025].

11 Vgl. Fredericke Leuschner/Elena Rausch: Femizid – Eine Bestandsaufnahme aus kriminologischer Perspektive, in: *Kriminologie – Das Online-Journal* 4(1) (2022), S. 20–37, hier: S. 25.

12 Vgl. ebd., S. 25.

13 Vgl. Bundeskriminalamt (wie Anm. 9), S. 36.



Protest gegen Femizide und Gewalt gegen Frauen, Freiburg, 5. Dezember 2024
Foto: Picture Alliance/
Fotograf: Winfried Rothermel

Besonderes Interesse erhielt das Phänomen unter der genannten Begrifflichkeit durch Einzelfälle seit dem Jahr 2015 in Süd- und Mittelamerika.¹⁴ In Deutschland erlangte der Begriff insbesondere in den vergangenen fünf Jahren mediale und wissenschaftliche Aufmerksamkeit. Während in anderen Ländern Femizid tatsächlich einen eigenen Straftatbestand darstellt, existiert ein solcher in Deutschland nicht.¹⁵ Derartige Taten werden in der Praxis sowohl als Mord (§ 211 StGB) oder Totschlag (§ 212 StGB), aber auch als minder schwerer Fall des Totschlags (§ 213 StGB) oder Körperverletzung mit Todesfolge (§ 227 StGB) abgeurteilt.

Gemäß der Polizeilichen Kriminalstatistik des Bundeskriminalamts (BKA), welche die polizeilich erfassten Straftaten abbildet, gab

es in Deutschland im Jahr 2023 938 Opfer von geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichteten Tötungsdelikten, davon 360 vollendete Taten.¹⁶ Da die Polizeiliche Kriminalstatistik jedoch keine tatauflösenden Motive erfasst, können diese Fälle nicht eindeutig der oben genannten Definition zugeordnet werden.¹⁷ Bei den 360 getöteten Frauen und Mädchen handelte es sich in 92 Fällen um innerfamiliäre Gewalt und in 155 Fällen um Partnerschaftsgewalt.¹⁸

Gewalt in Partnerschaften

Gewalt in Partnerschaften kann sowohl psychische, physische, sexualisierte, ökonomische als

14 Vgl. Alex Wischniewski: Femi(ni)zide in Deutschland – ein Perspektivwechsel, in: *Femina Politica - Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 27(2) (2018), S. 126-134.

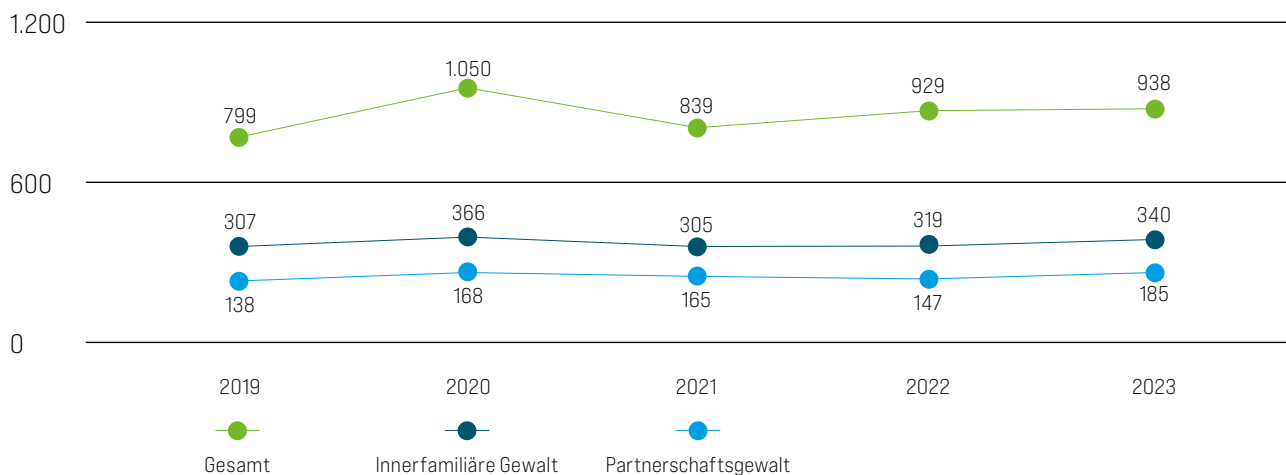
15 Vgl. Leuschner/Rausch (wie Anm. 11), S. 28 ff.

16 Vgl. Bundeskriminalamt (wie Anm. 9), S. 37.

17 Vgl. ebd., S. 36.

18 Vgl. ebd., S. 37.

Opfer der Fallgruppe Femizide 2019–2023



auch soziale Gewalthandlungen umfassen.¹⁹ Die Strafbarkeit solcher Taten wird dementsprechend nicht von einem einzelnen Straftatbestand erfasst, sondern ist abhängig von der jeweiligen Tathandlung. Konkret gehören dazu Tötungs- (§§ 212 ff. StGB), Körperverletzungs- (§§ 223 ff. StGB) und Sexualdelikte (§§ 174 ff. StGB), aber auch Bedrohung (§ 241 StGB), Stalking (bzw. Nachstellung, § 238 StGB) oder Nötigung (§ 240 StGB) sowie Freiheitsberaubung (§ 239 StGB). Allerdings ist nicht jede mögliche Gewalthandlung in Paarbeziehungen durch einen Straftatbestand erfasst.

In einem Lagebild erfasst das BKA im Jahr 2023 132.966 weibliche Betroffene von Partnerschaftsgewalt und stellt in den vergangenen fünf Jahren einen zunehmenden Trend fest.²⁰ Wenn Frauen Gewalt erleben, wird diese – anders als bei Männern – häufig von aktuellen oder ehemaligen

Beziehungspartner*innen²¹ verübt.²² Das häufigste registrierte Delikt im Partnerschaftskontext ist die vorsätzliche einfache Körperverletzung (59 Prozent), danach folgen Bedrohung, Stalking, Nötigung (zusammen 25 Prozent) und gefährliche Körperverletzung (11 Prozent).²³

Da solche Gewalttaten oft mit Scham verbunden sind und als „private“ Angelegenheiten betrachtet werden, zögern viele, ihre Partner*innen bei den Strafverfolgungsbehörden anzuzeigen. Dies führt dazu, dass sog. Dunkelfeldbefragungen deutlich höhere Zahlen ergeben als die Statistiken der durch die Polizei registrierten Delikte, das so genannte „Hellfeld“.²⁴ Straftaten, die nicht angezeigt werden,

Grafik: eigene Darstellung
Quelle: Bundeskriminalamt

19 Vgl. Kathrin Gerlach: Häusliche Gewalt, in: Klinisch-forensische Medizin. Interdisziplinärer Praxisleitfaden für Ärzte, Pflegekräfte, Juristen und Betreuer von Gewaltopfern, hg. v. Martin Grassberger/Kathrin Yen/Elisabeth E. Türk, Berlin/Heidelberg (2013), S. 227–242.

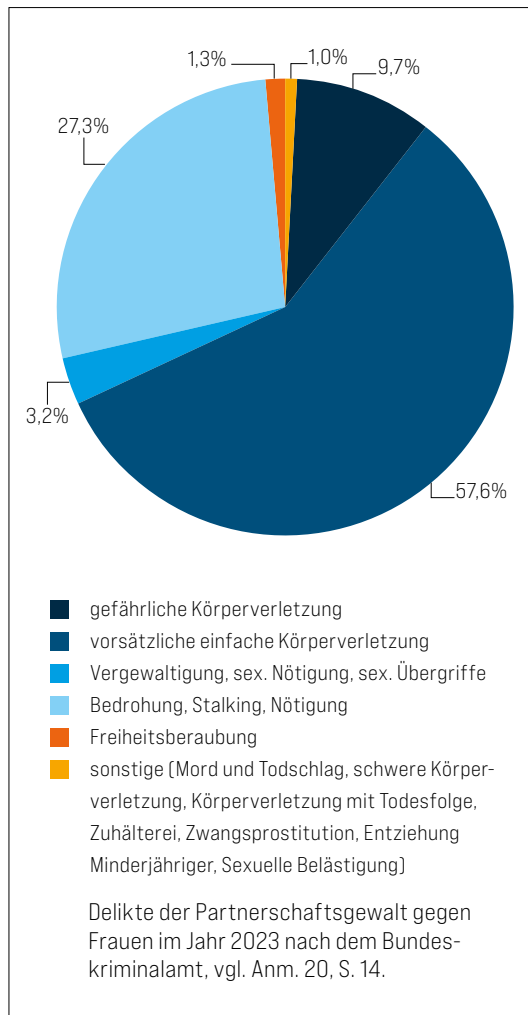
20 Vgl. Bundeskriminalamt: Häusliche Gewalt. Lagebild 2023; https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/HaeuslicheGewalt/HaeuslicheGewalt2023.pdf?__blob=publicationFile&v=6 [Stand: 27.02.2025].

21 Es können keine genauen Angaben zu der Geschlechtsidentität von den Personen, die die Taten begehen, genannt werden, auch wenn sie ganz überwiegend männlich sein werden. Aber auch Gewalttaten in nicht heteronormativen Beziehungen sind in dieser Statistik erfasst, da es allgemein um Gewalt in Paarbeziehungen geht.

22 Vgl. Bundeskriminalamt (wie Anm. 20), S. 14.

23 Vgl. ebd., S. 15.

24 Vgl. Monika Schröttle: Sexuelle Gewalt und Gewalt in Paarbeziehungen, in: Viktimisierungsbefragungen in Deutschland, Band 1, hg. v. Nathalie Guzy/Christoph Birkel/Robert Mischkowitz/Wiesbaden 2015, S. 181–210; Ursula Müller/Monika Schröttle: Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland. Eine repräsentative Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland, Berlin 2004; <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/84328/3bc38377b11cf9ebb2dca-c9a8dc37b67/langfassung-studie-frauen-teil-eins-data.pdf> [Stand: 27.02.2025].



verbleiben also im „Dunkelfeld“.²⁵ Studien gehen davon aus, dass nur zwischen 15 und 25 Prozent der Gewalterfahrungen durch Partner*innen tatsächlich zur Anzeige gebracht werden.²⁶ Zudem wird vermutet, dass selbst Dunkelfeldbefragungen die tatsächliche Häufigkeit unterschätzen, da besonders gefährdete Gruppen – etwa Menschen mit

25 Vgl. Christoph Birkel/Daniel Church/Anke Erdmann/Alisa Hager/Nathalie Leitgöb-Guzy: Sicherheit und Kriminalität in Deutschland – SKiD 2020. Bundesweite Kernbefunde des Viktimisierungssurvey des Bundeskriminalamts und der Polizeien der Länder, Wiesbaden 2022; https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Publikationsreihen/Forschungsergebnisse/SKiD2020_Ergebnisse_V1.4.pdf?__blob=publicationFile&v=24 [Stand: 27.02.2025], S. 69.

26 Vgl. Müller/Schröttle (wie Anm. 24).

eingeschränkten Kommunikationsmöglichkeiten oder solche, die unter extremer Kontrolle stehen – oft nicht erfasst werden.²⁷

Repräsentative bundesweite Dunkelfeldbefragungen ergaben, dass etwa jede vierte Frau bereits körperliche oder sexuelle Gewalt in der Beziehung erlebt hat.²⁸ Das Spektrum der Gewalterfahrungen ist allerdings sowohl hinsichtlich der Häufigkeit als auch der Schwere äußerst heterogen.²⁹ Etwa die Hälfte der befragten Frauen gab an, bereits psychische Partnerschaftsgewalt, wie Herabsetzungen, Demütigungen, Drohungen oder die Einschränkung der Bewegungsfreiheit (ohne die Anwendung von körperlicher Gewalt), erlebt zu haben.³⁰ Eine bundesweite Befragung zu Opfererfahrungen verschiedener Art ergab, dass 0,7 Prozent aller Frauen in den vergangenen zwölf Monaten zum Zeitpunkt der Befragung Partnerschaftsgewalt erlebt hatten.³¹ Die Variation in den dargestellten Ergebnissen kann an unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen, Befragungskontexten und Erhebungsumfängen liegen.³²

Dass häusliche Gewalt insbesondere im Trennungskontext eine Rolle spielt, kann dadurch angenommen werden, dass die größte Tätergruppe im Hellfeld die der Expartner*innen ist (40 Prozent).³³ Bei Betrachtung der Struktur der Opfer zeigt sich, dass mit Abstand am häufigsten die Gruppe der zwischen 30- und 40-Jährigen Anzeige erstattet.³⁴

Dunkelfelduntersuchungen legen allerdings nahe, dass insbesondere im jungen Erwachsenenalter Gewalthandlungen in der Partnerschaft stattfinden, die aber – aus verschiedensten Gründen

27 Vgl. ebd.

28 Vgl. Agentur der Europäischen Union für Grundrechte: Gewalt gegen Frauen: eine EU-weite Erhebung. Ergebnisse auf einen Blick, in: Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, Wien 2014; Müller/Schröttle (wie Anm. 24), S. 30.

29 Vgl. Müller/Schröttle (wie Anm. 24), S. 36.

30 Vgl. Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (wie Anm. 28).

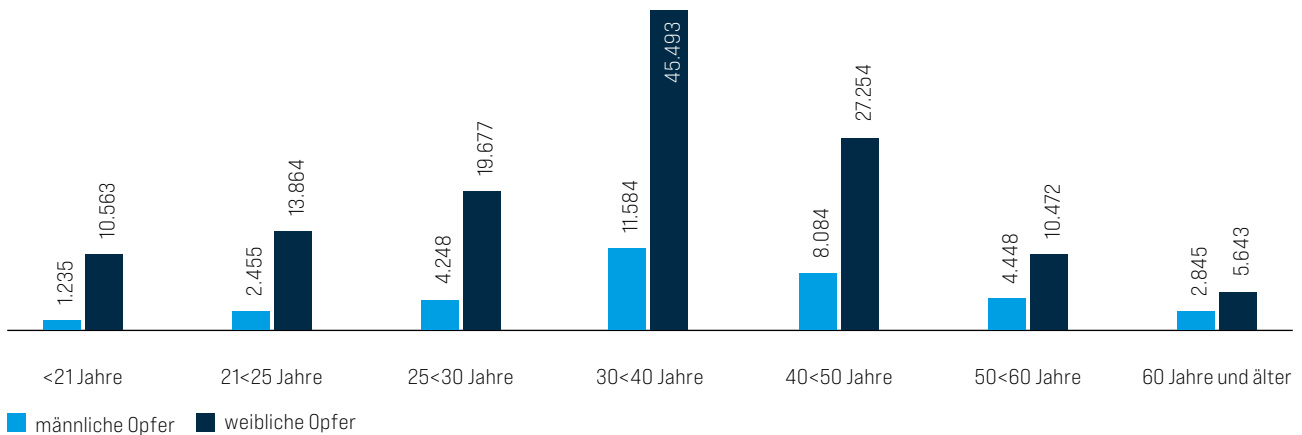
31 Vgl. Birkel/Church/Erdmann/Hager/Leitgöb-Guzy (wie Anm. 25), S. 61.

32 Vgl. ebd., S. 58.

33 Vgl. Bundeskriminalamt (wie Anm. 20), S. 16

34 Vgl. ebd., S. 18.

Verteilung männlicher und weiblicher Opfer partnerschaftlicher Gewalt nach Altersklassen (2023)



– nicht zur Anzeige gebracht werden.³⁵ Das Auftreten von Partnerschaftsgewalt ist unabhängig vom Einkommen und sozialen Status.³⁶

Bei Gewalt in der Paarbeziehung wird in der Wissenschaft differenziert zwischen „Gewalt als systematisches Kontrollverhalten“ und „Gewalt als spontanes Konfliktverhalten“. In dieser Aufteilung werden Geschlechtsunterschiede besonders deutlich, da Frauen häufiger Opfer der erstgenannten Kategorie werden, während in der zweiten Kategorie die Geschlechter der Opfer eher gleich verteilt sind.³⁷

Sexualisierte Gewalt, Nötigung und Belästigung im analogen Leben

Die Formen sexualisierter Gewalt sind vielfältig. Man unterscheidet zwischen Handlungen ohne Körperkontakt („Hands-off“) und solchen mit

Körperkontakt („Hands-on“). Zu ersteren gehören unter anderem sexuelle Belästigung, Beleidigungen, Aufforderungen zu sexuellen Handlungen, das Verbreiten von sexualisierten Gerüchten und das ungewollte Anschauen pornografischer Inhalte. Hands-on-Handlungen umfassen dagegen Taten mit körperlichem Kontakt, wie unerwünschtes Küssen, ungewolltes Anfassen und Penetration.³⁸ Wesentliche Merkmale sexualisierter Gewalt umfassen u. a. „das Vorliegen eines Machtgefälles, Unfreiwilligkeit, die Art der sexuellen Handlung, den Schaden für das Opfer sowie die Handlungsmotive“³⁹.

Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung sind durch die §§ 174-184I StGB strafrechtlich geregelt. Für das Jahr 2023 wurden 126.470 Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in der Polizeilichen Kriminalstatistik registriert. Die Aufklärungsquote lag bei 82 Prozent.⁴⁰ Die Betroffenen waren weit überwiegend

Grafik: eigene Darstellung

35 Vgl. Birkel/Church/Erdmann/Hager/Leitgöb-Guzy (wie Anm. 25), S. 62.

36 Vgl. Müller/Schröttle (wie Anm. 24); Schröttle (wie Anm. 24).

37 Vgl. Daniela Gloor/Hanna Meier: Ringen um das Thema gewaltbetroffene Männer. Forschungserkenntnisse und gesellschaftspolitische Diskurse, in: Halt-Gewalt 16 (2003); Barbara Kavemann: Täterinnen - die Gewaltausübung von Frauen im privaten Raum im Kontext der feministischen Diskussion über Gewalt im Geschlechterverhältnis, in: Neue Kriminalpolitik 2 (2009), S. 46–50; Gerlach (wie Anm. 19).

38 Vgl. Barbara Horten: Metaanalyse zur sexuellen Gewalt unter Gleichaltrigen, in: Kriminalsoziologie, hg. v. Dieter Hermann/Barbara Horten/Andreas Pöge, Baden-Baden, 2024, S. 505–530.

39 Sabine Maschke: Sexuelle Gewalt unter Gleichaltrigen in Schulen, in: Handbuch Aggression, Gewalt und Kriminalität bei Kindern und Jugendlichen, hg. v. Wolfgang Melzer/Dieter Hermann/Uwe Sandfuchs/Mechthild Schäfer/Wilfried Schubarth/Peter Daschner, 2015, S. 299–302.

40 Vgl. Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik. Bundesrepublik Deutschland, Grundtabelle. Tabelle 01. Version 1.0, Wiesbaden 2024.

weiblich (92 Prozent).⁴¹ Die Mehrheit der Tatverdächtigen war hingegen männlich (90 Prozent).⁴² Empirischen Erkenntnissen zufolge kann davon ausgegangen werden, dass der Großteil der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung den Strafverfolgungsbehörden unbekannt bleibt.⁴³ Dies bedeutet, dass in der Polizeilichen Kriminalstatistik lediglich ein Teil der tatsächlich begangenen Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung abgebildet wird.

Die Erkenntnis wird durch den Befund einer aktuellen Dunkelfeldstudie gestützt, in der 6 Prozent der befragten Frauen (ab 16 Jahre) berichten, strafrechtlich relevante Sexualdelikte im letzten Jahr erlebt zu haben. Dabei wurden 95 Prozent der Sexualdelikte von Männern begangen.⁴⁴ Dies deutet darauf hin, dass sexuelle Gewalterfahrungen wie auch sexuell aggressives Verhalten nur ausgehend von den polizeilich bekannt gewordenen Delikten deutlich unterschätzt werden.⁴⁵

Upskirting

Ein besonderes Phänomen sexualisierter Gewalt gegen Frauen ist das sog. „Upskirting“. Es bezeichnet das heimliche und unbefugte Fotografieren oder Filmen unter den Rock einer Person, wobei sich die Aufnahmen typischerweise auf den Intimbereich konzentrieren und oft in der Öffentlichkeit angefertigt werden.⁴⁶ Im Anschluss daran werden die Aufnahmen häufig im Internet

verbreitet.⁴⁷ Solche Verhaltensweisen sind nicht zwingend von einer sexuellen Motivation getragen, sondern können auch dem Zweck dienen, eine andere Person zu demütigen oder ihr gegenüber Macht auszuüben.⁴⁸ Durch den im Jahr 2021 neu geschaffenen § 184k StGB ist ein solches Verhalten als Verletzung des Intimbereichs durch Bildaufnahmen strafbar. Im Jahr 2023 wurden 1.079 Fälle der Verletzung des Intimbereichs durch Bildaufnahmen polizeilich erfasst, davon waren 87 Prozent der Betroffenen weiblich.⁴⁹ Man muss davon ausgehen, dass auch hier der überwiegende Anteil solcher Straftaten im sog. „Dunkelfeld“ verbleibt, nicht zuletzt weil das heimliche Fotografieren von der betroffenen Person unbemerkt bleiben kann. Leider fehlen Untersuchungen, die gezielt die Betroffenheit von „Upskirting“ abfragen, weshalb auf allgemeinere Studien zu sexueller Belästigung (im öffentlichen Raum) verwiesen werden muss.⁵⁰

Catcalling

Als „Catcalling“ werden verbale oder andere nicht körperliche Formen sexueller Belästigung im öffentlichen Raum, bspw. auf der Straße bezeichnet. Diese können sich durch Geräusche (z. B. Pfeif- oder Kussgeräusche), aufdringliche Blicke, vermeintliche Komplimente, anzügliche Bemerkungen oder Kommentare über das Äußere einer Person und durch sexuelle Belästigung mittels digitaler Medien (z. B. ungewollte Konfrontation mit Bildern bzw. Videos mit sexuellem Inhalt) äußern.⁵¹ Eine einheitliche Begriffsdefinition existiert bisher nicht.

41 Vgl. Bundeskriminalamt : Polizeiliche Kriminalstatistik. Bundesrepublik Deutschland, Opfer nach Alter und Geschlecht. Tabelle 91. Version 1.0, Wiesbaden 2024.

42 Vgl. Bundeskriminalamt (wie Anm. 40).

43 Vgl. u. a. Marc Allroggen/Miriam Rassenhofer/ Andreas Witt/Paul L. Plener/Elmar Brähler/Joerg M. Fegert: Prävalenz sexueller Gewalt. Ergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Stichprobe, in: Deutsches Ärzteblatt 113 (2016), S. 107–113.

44 Vgl. Birkel/Church/Erdmann/Hager/Leitgöb-Guzy (wie Anm. 25).

45 Vgl. Allroggen/Bassenhofer/Witt/Plener/Brähler/Fegert (wie Anm. 43).

46 Vgl. Katharina Sachen: Die Strafbarkeit des Upskirting und des Downblousing – Der neue § 184k StGB: Gelungene Reform oder politischer Aktivismus?, in: KriPoZ 4 (2022), S. 248–256.

47 Vgl. Gloria Berghäuser: Upskirting und ähnliche Verhaltensweisen Unbefugte fotografische oder filmische Aufnahmen unter der Oberbekleidung, in: ZIS 10 (2019), S. 463–475.

48 Vgl. ebd.

49 Vgl. Bundeskriminalamt (wie Anm. 9).

50 Vgl. Anja Schmidt: Bildbasierte sexuelle Gewalt. Zum Reformbedarf im deutschen Strafrecht, in: Sexuelle Selbstbestimmung jenseits des Körperlichen, hg. v. Boris Burghardt/Anja Schmidt/Leonie Steinl, 2024, S. 181–199.

51 Vgl. Marleen Gräber/Barbara Horten: Kriminologischer Beitrag: Sexuelle Belästigung ohne Körperkontakt („catcalling“) – zukünftig ein Straftatbestand?, in: Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie 15 (2) (2021), S. 205–208.



Protestaktion auf dem Münchner Odeonsplatz gegen die deutschlandweit tourende Installation „Broken“, 8. Dezember 2020. Das Werk des Künstlers Dennis Meseg zeigt 222 nackte Schaufensterpuppen, versehen mit Sprüchen wie „Talk about it“, „Schäm dich nicht“ und „#MeToo“ und soll auf Gewalt gegen Frauen aufmerksam machen. Etliche Frauen, die sich durch die Darstellung entmündigt und zum Gegenstand herabgewürdigt sehen, rufen zum Protest auf.
Foto: Picture Alliance/
Fotograf: Florian Peljak

Derzeit stellt eine berührungslose, aber aufdringlich und unzumutbar vermittelte Sexualität weder einen eigenen Straftatbestand noch eine Ordnungswidrigkeit dar. Sexuelle Belästigung umfasst im deutschen Strafgesetzbuch nur körperliche Berührungen (§ 184i StGB), während verbale Formen nicht explizit erwähnt werden. In Ausnahmefällen könnte eine Strafverfolgung aufgrund des Tatbestands der Beleidigung (§ 185 StGB) in Betracht gezogen werden, allerdings nur, wenn dadurch das Rechtsgut der Ehre verletzt wird.⁵²

Die „#Me-Too“-Bewegung rückte das Problem der berührungslosen sexuellen Belästigungen durch Männer im Alltag in die internationale Öffentlichkeit. Seit 2018 ist *Catcalling* in mehreren Ländern der Europäischen Union wie Belgien, in den Niederlanden, Portugal und Frankreich als sexuelle Belästigung im öffentlichen Raum strafbar.⁵³ Auch

in Deutschland gibt es Bestrebungen, verbale sexuelle Belästigung und andere nicht körperliche Formen unter Strafe zu stellen.⁵⁴

Zum Thema *Catcalling* existieren bislang nur wenige einschlägige Studien. Eine 2021 durchgeführte untersuchte mithilfe einer Online-Befragung die Erscheinungsformen, Verbreitung und Folgen des Phänomens in Deutschland.⁵⁵ Die Befunde legen nahe, dass *Catcalling* eine weitverbreitete Alltagserfahrung im Leben junger, insbesondere weiblicher oder diversgeschlechtlicher Personen ist.

Gewalt im digitalen Raum

Gewalt gegen Frauen spielt sich nicht nur im analogen, sondern auch im digitalen Raum ab. Als Sammelbegriff beschreibt digitale Gewalt eine Vielzahl unterschiedlicher abwertender, verletzender oder auf Einschüchterung zielender

52 Vgl. Laura-Romina Goede/Lena Lehmann/Alina Christin Ram: *Catcalling*: Empirische Befunde einer Online-Befragung zu Erscheinungsformen, Verbreitung und Folgen von Catcalling in Deutschland, in: RPsych Rechtspsychologie 8 (1) (2022), S. 53-71.

53 Vgl. Joel Schmidt: Sexuelle Belästigung ist kein Kompliment: Junge Frau aus Hessen startet Petition gegen „Catcalling“, 2020; <https://www.fr.de/rhein-main/catcalling-sexuelle-belaestigung-petitionkompliment-hessen-fulda-zr-90098691.html> [Stand: 13.02.2025].

54 Vgl. Deutscher Juristinnenbund: Policy Paper: „Catcalling“ – Rechtliche Regulierung verbaler sexueller Belästigung und anderer nicht körperlicher Formen von aufgedrängter Sexualität, 2021; https://www.djbb.de/fileadmin/user_upload/presse/stellungnahmen/st21-09_policy_paper_catcalling.pdf [Stand: 19.02.2025].

55 Vgl. Goede/Lehmann/Ram (wie Anm. 52).

Online-Phänomene, die sich gegen bestimmte Personen oder Personengruppen richten.⁵⁶ Umfasst sind dabei nicht nur sprachliche Äußerungen wie bei der sog. „Hatespeech“, sondern auch Handlungen wie die ungewollte Verbreitung oder Zusendung intimer Bilder (z.B. „Dickpics“) oder die Veröffentlichung personenbezogener Daten wie der Adresse (sog. „Doxing“).⁵⁷ Manche Phänomene bewegen sich unterhalb der Strafbarkeitsschwelle, werden von Betroffenen aber dennoch als erheblich belastend empfunden.⁵⁸ Je nach konkreter Ausprägung des Phänomens kommt eine Strafbarkeit als Beleidigungsdelikt (§§ 185 ff. StGB), Bedrohung (§ 241 StGB), Nötigung (§ 240 StGB), Volksverhetzung (§ 130 StGB), Nachstellung bzw. Stalking (§ 238 StGB) oder aber als Sexualdelikt (§§ 176 ff. StGB) in Betracht.⁵⁹

Nach einer Auswertung des BKA waren 62 Prozent der Betroffenen von digitaler Gewalt im Jahr 2023 weiblich.⁶⁰ Am stärksten waren weibliche Personen in der Deliktskategorie Nötigung, Stalking und insbesondere Bedrohung betroffen (71 Prozent). Die Tatverdächtigen waren zu 80 Prozent männlich.⁶¹

Andere Untersuchungen bemühten sich, auch Fälle digitaler Gewalt sichtbar zu machen, die bislang im Dunkelfeld verblieben sind. Einer Studie der EU zufolge ist Frauenfeindlichkeit die am stärksten

verbreitete Form von Online-Hass auf allen Plattformen.⁶² Eine Dunkelfeldbefragung in Deutschland kam zu dem Ergebnis, dass nahezu jede dritte Frau im Alter von 16 bis 24 Jahren bereits Erfahrungen mit Hass im Netz gemacht hat.⁶³ Zudem hatten unter den jungen Studienteilnehmerinnen bereits 42 Prozent ungefragt ein Nacktfoto zugeschickt bekommen, jede fünfte junge Frau wurde online sexuell belästigt.⁶⁴ Diese Ergebnisse spiegeln sich in einer Untersuchung zu politisch engagierten Personen wider: Fast ein Viertel der Frauen berichtete von Androhungen sexueller Gewalt und Vergewaltigungsdrohungen, während dies nur für drei Prozent der männlichen Befragten galt.⁶⁵ Auch berichteten über zwei Drittel der befragten Frauen von Sexismus, Frauenhass und misogynen Aussagen.⁶⁶

Nicht nur, aber überwiegend im digitalen Raum geht eine Gefahr für Gewalt gegen Frauen auch von sog. „Incel“ aus (engl. „involuntary celibate“, zu Deutsch „unfreiwillig zölibatär“). Der Begriff bezeichnet eine Online-Community von Männern, die keine Partnerin finden und sich dadurch enorm benachteiligt fühlen.⁶⁷ Die von ihnen begangenen Gewalttaten sind durch soziale, insbesondere romantische Ablehnung, durch Frauen, motiviert.⁶⁸

Diese „digitale Dimension geschlechtsspezifischer Gewalt“⁶⁹ kann gravierende Folgen haben. Durch die gezielte Herabwürdigung können einzelne

56 Vgl. Luise Koch/Angelina Voggenreiter/Janina Steinert: Angegriffen & alleingelassen. Wie sich digitale Gewalt auf politisches Engagement auswirkt. Ein Lagebild, 2025; <https://hateaid.org/wp-content/uploads/2025/01/hateaid-tum-studie-angegriffen-und-alleingelassen-2025.pdf> [Stand: 19.02.2025].

57 Vgl. Das NETTZ/Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur/HateAid/Neue deutsche Medienmacher*innen/Kompetenznetzwerk gegen Hass im Netz: Lauter Hass – leiser Rückzug. Wie Hass im Netz den demokratischen Diskurs bedroht. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung, 2024; https://kompetenznetzwerk-hass-im-netz.de/wp-content/uploads/2024/02/Studie_Lauter-Hass-leiser-Rueckzug.pdf [Stand: 19.02.2025].

58 Vgl. Koch/Voggenreiter/Steinert (wie Anm. 56).

59 Vgl. Deutscher Juristinnenbund (djb): Policy Paper: Mit Recht gegen Hate Speech – Bekämpfung digitaler Gewalt gegen Frauen, 2019; https://www.djb.de/fileadmin/user_upload/presse/stellungnahmen/st19-23_HateSpeech.pdf [Stand: 19.02.2025]; Bundeskriminalamt (wie Anm. 9).

60 Vgl. Bundeskriminalamt (wie Anm. 9).

61 Vgl. ebd.

62 Vgl. Agentur der Europäischen Union für Grundrechte: *Online Content Moderation – Current Challenges in Detecting Hate Speech*, 2023; https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2023-online-content-moderation_en.pdf [Stand: 19.02.2025].

63 Vgl. Das NETTZ/Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur/HateAid/Neue deutsche Medienmacher*innen/Kompetenznetzwerk gegen Hass im Netz (wie Anm. 57).

64 Vgl. ebd.

65 Vgl. Koch/Voggenreiter/Steinert (wie Anm. 56).

66 Vgl. ebd.

67 Vgl. Barbara Horten/Marleen Gräber: Kriminologischer Beitrag. Hass auf Frauen. Ein Beitrag zu Incel-Ideologie und Radikalisierung, in: *Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie* 16 (4) (2022), S. 355–358.

68 Vgl. Björn Pelzer/Lisa Kaati/Katie Cohen/Johan Fernquist: *Toxic language in online incel communities*, in: *SN Soc Sci* (2021); <https://doi.org/10.1007/s43545-021-00220-8>.

69 Vgl. Bundeskriminalamt (wie Anm. 9).

Personen oder Personengruppen aus dem öffentlichen Raum verdrängt werden.⁷⁰ So berichteten 41 Prozent der Betroffenen in einer Untersuchung über sozialen Rückzug, knapp ein Drittel reduzierte seine Online-Aktivität.⁷¹

Rechtliche Vorgaben zum Schutz vor Gewalt gegen Frauen

In Deutschland vorgenommene gesetzliche Regelungen, die – zumindest mittelbar – dem Schutz von Frauen als häufigste Opfer von Sexualstraftaten (Polizeiliche Kriminalstatistik: 92 Prozent) dienen, sind die Anpassungen der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Das Sexualstrafrecht wurde in den letzten Jahren mehrfach umgestaltet.⁷² Neben der Erweiterung von strafbaren Handlungen erfolgten in diesem Zusammenhang auch Strafrahmenerhöhungen.

Von Gewalt betroffene Frauen haben außerdem von etlichen rechtlichen Änderungen zu Gunsten von Opfern im Strafverfahren seit den 1980er Jahren profitiert, die sich insbesondere oder zumindest auch an Betroffene von Sexualstraftaten richteten und die Lebensrealität der Personen in diesen belastenden Situationen in den Blick nahmen.

Durch das Gesetz zum zivilrechtlichen Schutz vor Gewalttaten und Nachstellungen von 2001 (sog. Gewaltschutzgesetz) wurde außerdem die Situation von durch Gewalt in Paarbeziehungen betroffenen Personen verbessert. Demnach können Familiengerichte auf Antrag Aufenthalts-, Kontakt- und Näherungsverbote aussprechen sowie Platzverweise erteilen und dadurch die gewalttätige Person aus der gemeinsamen Wohnung verweisen. Ein Verstoß gegen solche Anordnungen wird als Straftat geahndet.

Explizit dem Schutz von Frauen widmet sich auf europäischer Ebene das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, die sog. „Istanbul-Konvention“. Sie verfolgt einen

integrierten, koordinierten und nachhaltigen Ansatz zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt und zur Förderung der vollen rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern.⁷³ Die Konvention wurde durch den Europarat entwickelt, am 11. Mai 2011 in Istanbul zur Unterzeichnung vorgelegt und noch am selben Tag von den ersten Staaten unterzeichnet. Am 1. August 2014 trat sie schließlich in Kraft⁷⁴ und wurde von Deutschland im Jahr 2017 ratifiziert.

Vor dem Hintergrund des langfristigen Ziels einer gewaltfreien Gesellschaft für Frauen sind die unterzeichnenden Staaten allgemein verpflichtet, eine politische Gesamtstrategie zu entwickeln. Diese muss unter anderem Präventionsmaßnahmen, den Schutz von gewaltbetroffenen Frauen, zivil- und strafrechtliche Maßnahmen, die Schaffung eines öffentlichen Bewusstseins sowie grenzüberschreitende Zusammenarbeit integrieren.⁷⁵ Dabei wird zwar ein gewisser Gestaltungsspielraum eingeräumt, doch die Ziele bleiben verbindlich.⁷⁶ Die Gesamtstrategie, die von der Istanbul-Konvention gefordert wird, verpflichtet die Politik, sämtliche öffentliche und private Strukturen, einschließlich der Zivilgesellschaft, in die Umsetzung einzubeziehen.⁷⁷

Einen erwähnenswerten Schritt zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Deutschland stellt das Gewalthilfegesetz dar, welches im Februar 2025 beschlossen wurde. Dessen Ziele sind die konkrete Umsetzung des Grundrechts auf körperliche und seelische Unversehrtheit, der Schutz von Frauen vor häuslicher und geschlechtsspezifischer

70 Vgl. Deutscher Juristinnenbund (wie Anm. 59).

71 Vgl. Das NETTZ/Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur/HateAid/Neue deutsche Medienmacher*innen/Kompetenznetzwerk gegen Hass im Netz (wie Anm. 56).

72 MüKo-StGB/Renzikowski, § 176 Rn 16.

73 Vgl. Constanze Janda: Gewaltschutz als kommunale Aufgabe? Eine Betrachtung der Umsetzungspflichten aus der Istanbul-Konvention im föderalen System, in: Die Öffentliche Verwaltung (2023), S. 1–11; Europarat (wie Anm. 1).

74 Vgl. Stefanie Schmahl/Rico Neidinger: Die Istanbul-Konvention als Instrument zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, in: Zeitschrift für das Gesamte Sicherheitsrecht (2023), S. 53–60.

75 Vgl. Europarat (wie Anm. 1), 2011.

76 Vgl. Astrid Kempe: Lückenhaftigkeit und Reform des deutschen Sexualstrafrechts vor dem Hintergrund der Istanbul-Konvention, Berlin 2018.

77 Vgl. Heike Rabe: Die Istanbul-Konvention – innerstaatliche Anwendung unter besonderer Berücksichtigung der Entscheidung des OLG Hamburg vom 8.3.2018 (Strafverfolgung häuslicher Gewalt), in: Streit Feministische Rechtszeitschrift (2018), S. 147–153.



Eine Teilnehmerin einer Fahrrad-demo unter dem Motto „No Nipple is free until all Nipples are free!“ zeigt auf ihrem Rücken den Schriftzug „My Body My Choice“, Berlin, 10. Juli 2021.

Foto: Picture Alliance/
Fotograf: Christophe Gateau

Gewalt, Intervention im konkreten Fall von Gewalt, die Abmilderung ihrer Folgen sowie die Prävention. Diese Ziele sollen mit mehr Schutz-, Beratungs- sowie Unterstützungsangeboten, Täterarbeit und Öffentlichkeitsarbeit sowie Vernetzungsarbeit sowohl innerhalb des Hilfesystems als auch mit anderen Behörden umgesetzt werden.⁷⁸

Fazit und Ausblick

Da Gewalt gegen Frauen wie Eingangs beschrieben Ausdruck struktureller Missstände ist, erfordert die Entwicklung von Handlungsstrategien einen

ganzheitlichen Ansatz. Dieser muss darauf abzielen, die zugrunde liegenden Strukturen zu überwinden, gleichzeitig präventive Maßnahmen zu ergreifen und die gezielte Unterstützung der Betroffenen zu gewährleisten.⁷⁹ Besonders wichtig ist dabei die Wirksamkeit von Maßnahmen, die Betroffene unmittelbar nach dem Erleben von Gewalt unterstützen, da die Auswirkungen der Gewalt in ihrer Schwere und Form variieren können. Es ist zudem nicht nur wünschenswert, entsprechende Strategien zu etablieren – vielmehr bestehen völkerrechtliche Verpflichtungen, die auch Deutschland in die Verantwortung nehmen. ▲

78 Vgl. Deutscher Bundestag Drs. 20/14025 Entwurf eines Gesetzes für ein verlässliches Hilfesystem bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt; <https://dserver.bundestag.de/btd/20/140/2014025.pdf> [Stand: 28.02.2025].

79 Vgl. Christian Steffan/Marisa Weinand/Barbara Horten/Raphael Blum: Kriminologischer Beitrag: Gewalt gegen Frauen – eine Herausforderung für die Interdisziplinarität, in: Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie 19 (4) (2024), S. 66–70. DOI: 10.1007/s11757-024-00863-2.

„WIR MÜSSEN UNS MEHR UM MÄDCHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND KÜMMERN“

Ein Interview mit Dr. Hildegard Kronawitter über Frauenpolitik und ihr persönliches Engagement für Frauenrechte

Hildegard Kronawitter wurde 1946 in der Gemeinde Saldenburg in Niederbayern geboren. Von 1973 bis 1977 studierte sie Volks- und Betriebswirtschaftslehre in München, 1987 promovierte sie an der Ludwig-Maximilians-Universität München in Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Während der Oberbürgermeisterzeit ihres Ehemanns Georg Kronawitter übernahm sie zahlreiche soziale Aufgaben, beispielsweise beim BRK-Kreisverband München oder bei der Katholischen Akademie in Bayern. Sie ist Mitglied des Kuratoriums der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie stellvertretende Vorsitzende des Sankt Michaelbunds.



**DR. HILDEGARD
KRONAWITTER**
Vorsitzende der
Weiße-Rose-Stiftung

*Foto: SZ-Photo/
Fotograf:
Robert Haas*

Als SPD-Abgeordnete war Hildegard Kronawitter von 1998 bis 2008 Mitglied des Bayerischen Landtags. Seit 2009 hat sie als Vorsitzende der Weiße-Rose-Stiftung weit über Bayern und auch Deutschland hinaus Akzente in der Erinnerungskultur gesetzt. Sie ist Trägerin des Bayerischen Verdienstordens und des Bundesverdienstkreuzes am Bande. Seit Jahrzehnten ist Frau Kronawitter dem Verein für Fraueninteressen eng verbunden, zunächst als dessen langjährige Vorsitzende, später als Ehrenvorsitzende. Die 1894 von der Frauenrechtlerin Anita Augspurg gegründete Organisation trat für bessere Schulbildung von Mädchen, für das Frauenstudium und nicht zuletzt für das Wahlrecht von Frauen ein. Bis heute unterstützt der Verein Frauen auf ihrem Weg in die gesellschaftliche und berufliche Selbständigkeit auch mit konkreten Projekten.

Persönliches Engagement in der Frauenpolitik

Sie haben sich in Ihrem politischen Leben sehr engagiert für die Belange von Frauen eingesetzt. Hatten Sie von Anfang an eine frauenpolitische „Mission“ oder entwickelte sich bei Ihnen erst über die Jahre das Bewusstsein, dass etwas für die Rechte der Frauen getan werden muss?

Hildegard Kronawitter: Ich habe noch nie das Gefühl gehabt, eine Mission zu verfolgen. Beim Verein für Fraueninteressen wurde ich buchstäblich angeworben, weil meine Vorgängerin für ihre Nachfolge eine Frau suchte, die sich engagieren wollte und die Organisation managen konnte. Darauf habe ich mich gerne eingelassen. Der Verein hat immer schon viele wichtige und lebensnahe Themen relativ pragmatisch aufgegriffen. Aber nicht nur deshalb war die Vereinsarbeit für mich sehr lehrreich. Ich nahm die frauenpolitischen Herausforderungen der Gegenwart hautnah wahr und fand es herausfordernd, Projekte gemeinsam zu entwickeln bzw. abzusichern. Ziel des Vereins ist bis heute, Frauen zu befähigen, ihren eigenen Weg zu gehen. Dies halte ich nach wie vor für sehr unterstützenswert.

Was sehen Sie als größten Erfolg Ihrer Generation von Frauenpolitikerinnen – wo sehen Sie eher ein Scheitern?

Hildegard Kronawitter: Ich glaube, es ist ein großer Erfolg, dass die heutige Frauengeneration viele Perspektiven hat und junge Frauen sehr individuell ihr Leben gestalten können, ob beruflich oder privat. Und das auch viel unabhängiger von ihren familiären Hintergründen. Jede ist gefordert, ihre eigenen Potenziale zu erkennen und zu entwickeln, was zugleich eine Herausforderung ist.

Ganz leicht ist es aber heute auch nicht, Karriere und Kinder miteinander zu verbinden, auch wenn eine neue Männergeneration wohl wesentlich mehr mithilft...

Hildegard Kronawitter: Ja, gerade mit kleineren Kindern ist das ohne Frage noch immer sehr fordernd. Es gibt Studien der Bertelsmann-Stiftung, die zwar zeigen, dass sich Männer und Frauen mehr als früher die so genannte „Care-Arbeit“ teilen, dass es aber dann doch die Frauen sind, die sehr viel mehr Stunden pro Woche für diesen Bereich einzubringen haben als Männer.¹

Unsere Serie „Wegbereiterinnen der Politik“ [s. E+P 2 (2024)] schaut zurück auf Pionierinnen der Frauenpolitik – in diesem Heft geht es um Renate Schmidt. Wie schätzen Sie ihre Rolle und ihre Erfolge ein?

Hildegard Kronawitter: Renate Schmidt ist ein schönes Beispiel für ein sehr gut organisiertes Verhältnis von Familie und politischer Arbeit. Sie war beruflich und politisch außergewöhnlich engagiert. Das wäre ihr nicht möglich gewesen, wenn ihr Mann sie nicht umfassend unterstützt hätte. Ohne Männer in ihrem Rücken können Frauen mit Familie, die in der ersten Reihe der Politik stehen, nicht arbeiten. Ein ähnliches Beispiel ist Ursula von der Leyen, die mit ihren sieben Kindern stark auf die Unterstützung ihres Mannes und weiblicher Hilfskräfte angewiesen war. Ich finde, im Licht der Öffentlichkeit stehende Frauen sollten deutlich machen, wie wichtig es für ihre Karriere ist, familiäre Unterstützung zu haben.

1 Vgl. BSt_Factsheet_Gleichstellung_Arbeitsmarkt.pdf, hier S. 4 [Stand: 07.03.2025].

Bundestags-
präsidentin
Annemarie
Renger (SPD)
im Bundestag,
Bonn 1989
Foto: United
Archives/
Süddeutsche
Zeitung Photo/
Fotograf:
Sven Simon



Dabei haben sich Frauen auch mehr als Männer mit persönlicher Kritik auseinanderzusetzen, die nicht mit ihrem politischen Handeln, sondern mit ihrer Persönlichkeit oder ihrem Aussehen zu tun haben.

Hildegard Kronawitter: Das war leider immer so. Da fällt mir die erste Bundestagspräsidentin, Annemarie Renger, ein. Sie wurde 1972 gewählt und ihre elegante Kleidung wurde sofort öffentlich diskutiert. Besonders kritisch fand man ihren Pelzmantel, obgleich damals Pelzmäntel noch normale Mode waren – Tierwohlbewusstsein spielte noch keine große Rolle. Viele Frauen trugen damals Pelz. Angegriffen dafür wurde nach meiner Wahrnehmung nur besonders Frau Renger.

Das setzt sich bis heute fort, denkt man an die Diskussionen über Merkels Frisuren und Kleidung.

Hildegard Kronawitter: Ich finde, Frau Merkel hat das elegant gelöst – mit Hosenanzügen und farbigen Blazern.

Das muss man aber erst mal aushalten – bei Helmut Kohl und männlichen Führungsriege durch die Jahrzehnte hat niemand über deren Figur oder Kleidung diskutiert.

Hildegard Kronawitter: Ja, niemand ist zum Beispiel darauf eingegangen, warum männliche Politiker häufig dick sind [lacht]. Es ist ganz klar, die Wahrnehmung von Männern und Frauen ist

unterschiedlich. Das Äußere von Männern in der Öffentlichkeit war gewissermaßen festgelegt – dezentere Anzug und Krawatte. Jetzt ändert sich das interessanterweise, Politiker nutzen Krawattenlosigkeit oder das Tragen eines Dreitagebarts als Inszenierung. Doch wir sollten festhalten: Wer sich in die Politik begibt, muss lernen, auch mit Anwürfen unter der Gürtellinie umzugehen. Das gehört gewissermaßen zum Business.

Frauenpolitik in der Perspektive unterschiedlicher Generationen

Was unterscheidet heutige junge Frauen von den Frauenrechtlerinnen des 20. Jahrhunderts im Kampf für mehr Frauenrechte?

Hildegard Kronawitter: Das ist ein ziemlich komplexes Thema. Die Generationen unterscheiden sich vor allem durch ihre Lebenserfahrung, insbesondere, was die Arbeitswelten betrifft. Heutige Frauen profitieren stark davon, was ihre Vorgängerinnen erkämpft haben. Ich komme in diesem Zusammenhang sehr gerne auf Elisabeth Selbert zu sprechen, eine der vier Frauen im Parlamentarischen Rat 1948/49. Sie war wesentlich dafür verantwortlich, dass der Satz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ im Grundgesetz steht.



Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art. 3

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
[...]



Dr. Elisabeth Selbert, 1953
Foto: Picture Alliance/dpa

Für heutige Frauen ist es völlig unvorstellbar, dass bis zur Reformierung des Familienrechts 1976/77 die Auflage bestand, dass sie ihre Arbeit mit der Vereinbarkeit mit der Familie, also konkret gesagt mit ihren Männern, abstimmen mussten.

Hildegard Kronawitter: Ja! Genau das zeigt sehr anschaulich, dass der Stand der Gleichberechtigung, den wir heute haben, auf einem langen Weg durchgesetzt wurde. Der von Elisabeth Selbert durchgeföchtene Artikel 3 Absatz 2 im Grundgesetz hat bedingt, dass eine Reihe von Rechtsmaterien in der Folge angepasst werden mussten, insbesondere das Familienrecht. Das sollte man heute im Bewusstsein halten. Frauen, die sich im und unmittelbar nach dem Krieg auch ohne Männer bewährt hatten, haben in den 1950er Jahren einen Rückschritt erlebt, es hieß „zurück an den Herd“. Die Männer kamen aus dem Krieg zurück und das tradierte Rollenbild wurde in Familien wiederbelebt. Aber dann konnten in den folgenden Jahrzehnten Schritt für Schritt bitter nötige Änderungen durchgesetzt werden.

Spielten die sog. 68er dabei eine spezielle Rolle?

Hildegard Kronawitter: Sie hatten einen Anteil an dieser Entwicklung, indem sie verschiedene Aspekte zuspitzten, zum Beispiel das Thema „Gewalt gegen Frauen“. Auch die Position „Das Private ist politisch“ war ein Akzent der 68er Frauen. Sie wollten, dass über Frauenthemen öffentlich gut wahrnehmbar diskutiert wird. Aber insgesamt haben zu der aus meiner Sicht evolutionär verlaufenden Entwicklung auch viele andere Dinge beigetragen. So wurde es im großstädtischen Bereich oft aus wirtschaftlichen Gründen üblich, dass in Familien beide Eltern berufstätig waren. Damit wurde auch die Forderung nach Kinderkrippen und Horte in die politische Öffentlichkeit gebracht.

Wie haben Sie sich denn in der Zeit positioniert?

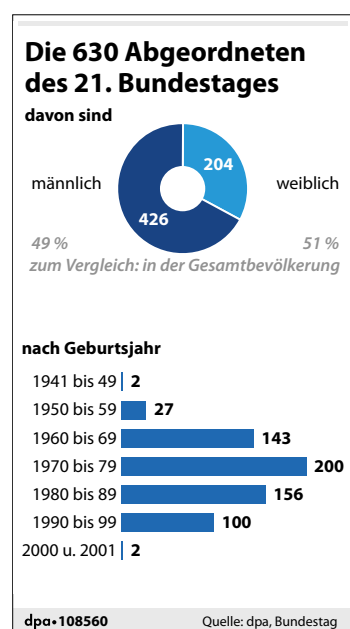
Hildegard Kronawitter: Ich habe mich nicht öffentlich positioniert, sondern war eher von meinem Lebensweg her schon „programmiert“, über einen Bildungsaufstieg zur beruflichen Qualifizierung zu kommen und mir gewissermaßen die Welt zu erschließen. Ich war auf dem Land mit einem traditionellen Familienbild aufgewachsen, erlebte aber meine Großmutter und meine Mutter als sehr tatkräftige Frauen, die auch im Familienverbund viel zu sagen hatten. Persönlich musste ich in meiner Familie nicht rebellieren. Ich war vielmehr dankbar, dass meine Mutter meinen Sprung in die Großstadt unterstützt hat, obwohl sie selbst keine eigenen Berufsvorstellungen realisieren hatte können.

Grafik: Picture Alliance/dpa/dpa Grafik\dpa-infografik GmbH

Die Lage der Frauen 2025

Wenn man die Repräsentanz von Frauen im Bundestag betrachtet, erleben wir gerade so etwas wie eine Rückwärtsbewegung. Besorgt Sie das?

Hildegard Kronawitter: Allerdings! Wir haben im kommenden Bundestag 630 Abgeordnete, davon sind 204 Frauen – also weniger als ein Drittel (32,38 %). Der Frauenanteil teilt sich wie folgt nach Parteien: 23,1 Prozent Union, AfD 11,8 Prozent SPD 41,7 Prozent Linke 56,2 Prozent, Bündnis '90/Die Grünen 61,2 Prozent. Diese Zahlen spiegeln insgesamt eine nicht zufriedenstellende gesellschaftliche



Situation der Frauen. Das muss geändert werden! Wenn man leitende Positionen betrachtet, sieht es noch schlechter aus.

Bei der „Elefantenrunde“ in Bayern nach der Bundestagswahl waren bei allen Parteien samt Moderator nur Männer vertreten, bei der in Berlin waren zwei Frauen zu sehen, die eine vertritt die AfD, die andere das BSW – was läuft hier falsch?

Hildegard Kronawitter: Gute Frage – das passt zum Thema Rückwärtsbewegung. Ich erinnere mich an die Diskussionen, die die SPD-Frauen in den 1980er Jahren erzwungen haben, um eine bessere Repräsentanz zu erreichen. Es kam dann zu einer Quotierung bei den Listenaufstellungen für Wahlen in Kombination mit einem so genannten Reißverschlussverfahren. Auf den Listen müssen also abwechselnd Frauen und Männer stehen. Es hilft nämlich nichts, wenn die Quote stimmt, die Frauen aber auf den hinteren Plätzen der Liste versammelt sind. Ohne solche Mechanismen gibt es keine gleiche Repräsentanz. Es braucht auch *Role Models* für Mädchen und junge Frauen, wie zum Beispiel die bayerische Landtagspräsidentin Ilse Aigner eines sein kann.

Welche politischen Faktoren oder gesellschaftlichen Merkmale befördern eine gute Frauenpolitik?

Hildegard Kronawitter: Aus meiner Sicht sind Strukturen sehr wichtig, über die es möglich ist, Frauen zu positionieren und sie in die Lage zu versetzen sich einzubringen. Und, das haben wir schon angesprochen, eine klare Lösung dafür, wie Kindererziehung neben einer beruflichen Tätigkeit ermöglicht wird. Das sind sozusagen die harten Faktoren. Darüber hinaus ist es wichtig, Frauen darin zu bestärken, dass sie sich eigene Ziele setzen und für diese eintreten.

Welche Gruppen oder Schichten von Frauen in unserem Land halten Sie für besonders förderungsbedürftig?

Hildegard Kronawitter: Meiner Meinung nach sollten wir uns besonders um Mädchen mit Migrationshintergrund kümmern. Ich habe die Vermutung, dass viele in einem Umfeld mit einem lange tradierten, sehr stark festgelegten Frauen- und Mutterbild aufwachsen. Von ihnen wird dann weniger eine Ausbildung verlangt, sondern erwartet, dass sie früh heiraten, Kinder bekommen und vielleicht noch nebenher ein bisschen untergeordnet arbeiten. Das ist ein Riesenpotenzial an Menschen und Talenten, die sich so nicht genügend entfalten

können. Neben den individuellen Gesichtspunkten muss auch unsere Gesellschaft ein großes Interesse daran haben, dass diese heranwachsenden Mädchen auf einen guten beruflichen Weg gesetzt werden. In traditionellen Strukturen bestehen oft noch ziemlich polarisierte Männer- und Frauenbilder. Von den einen erwartet man ein typisches männliches Verhalten, von den anderen die klassische Frauenrolle. Ich finde es wünschenswert, diese Mädchen mehr in den Blick zu nehmen, ihre Begabungen zu fördern und ihnen eine Chance zu geben, ein eigenbestimmtes Leben zu führen.

Haben Sie konkrete Ideen dafür?

Hildegard Kronawitter: Der Ansatzpunkt liegt aus meiner Sicht vor allem in unseren Bildungsinstituten, also bei Kindergarten und Schule, weil hier alle zusammen sind. Ich halte diese Aufgabe für vergleichbar mit der Bildungsförderung ab den 1960er Jahren für Kinder aus Arbeiterfamilien. Auch sie hatten einen relativ einfachen Bildungshintergrund, brauchten Ermutigung und Förderung.

Ein weiteres wichtiges gesellschaftliches Thema, zu dem sich vor der Fußball-EM sogar der Bundeskanzler Olaf Scholz geäußert hat, ist die sog. „Gendergerechtigkeit“ im Fußball bzw. im Sport bezüglich der Prämien / Bezahlung („Equal Pay“). Die DFB-Vizepräsidentin für Diversität und Vielfalt, Celia Šašić, hat in einem Interview mit der BLZ betont, dass sie das von der DFB-Spitze verfolgte Konzept des „Equal Play“ bei weitem nicht als zufriedenstellend ansieht, sondern vielmehr „Equal Pay“ für Frauen als Selbstverständlichkeit betrachtet.

Sollen Frauen also im Sport von den jeweiligen Verbänden grundsätzlich die gleichen Prämien („Equal Pay“) erhalten, auch wenn das mediale Interesse im Vergleich zu den Männern oft geringer ist? Vor kurzem ging die Geschichte der erfolgreichen deutschen Skispringerin Selina Freitag durch die Presse – während ihre männlichen Kollegen eine Prämie von 3.200 € bekamen, schenkte man ihr vier Handtücher, Duschmittel und ein Shampoo ...

Hildegard Kronawitter: Das ist bitter, aber doch sehr interessant. In diesem Fall kann ich mir das nur so erklären, dass der Verband hinsichtlich der gesellschaftlichen Entwicklung regelrecht geschlafen hat. Das sind wohl letzte Refugien der Nicht-Gleichbehandlung. Man sieht, dass die tüchtige junge Frau begabt ist und mit viel Können und Fleiß großartige Ergebnisse erzielt, bringt das aber

nicht mit der Vorstellung zusammen, dass Frauen dann auch Gleichbehandlung erfahren wollen. Ich finde es sehr gut, dass Selina Freitag ihrer Empörung öffentlich Ausdruck verliehen hat. Sie kriegt bestimmt nie wieder ein Duschset, und der Verband hat dazu gelernt!

In Kontext der Frauendebatte spielen feministische Konzepte eine große Rolle, wie die Analyse „toxischer Männlichkeit“. Können Sie damit etwas anfangen?

Hildegard Kronawitter: Es ist erschütternd, welche problematischen männlichen *Role Models* heute auf vielen Kanälen bedient werden. Das sendet die Botschaft aus: Du kannst Frauen mies behandeln und unabhängig von Verurteilungen in Machtpositionen gelangen. Du bist der große Macho und du feierst dich dafür. Das ist zerstörerisch.

In den USA gibt es ja die sich selbst so bezeichnende Gruppe der „Incels“ (Selbstbezeichnung „unfreiwillig zölibatär“ lebender Männer), also Männer, die keine Partnerinnen finden und deshalb einen Hass vor allem auf Frauen entwickeln, denen sie die Schuld für ihren Zustand geben.

Hildegard Kronawitter: Bei uns ist die Situation nicht ganz vergleichbar. Aber es gibt auch hier Männer, die es nicht schaffen, eine Verbindung mit einer Frau oder mit einem Partner aufzubauen und dann voller Aggressionen sind und obendrein den Frauen die Schuld dafür geben. Ich bin allerdings in diesem Punkt optimistisch – ich halte das bei uns für eine Randerscheinung und sehe sehr viele jüngere Männer, die ein gleichberechtigtes und faires Verhältnis zu Frauen suchen.

Was halten Sie von dem in den sozialen Netzwerken immer populärer werdenden Phänomen der „Tradwives“? Einige Tradwives beziehen sich auf den Feminismus und ihr Recht, sich den eigenen Lebensstil selbst aussuchen zu dürfen. Anderen dagegen betonen, dass Femininität im Vergleich zu Feminismus das bessere Konzept sei. Extreme Beispiele setzen sich dafür ein, das Wahlrecht für Frauen abzuschaffen.

Hildegard Kronawitter: Meiner Meinung handelt es sich da häufig um Frauen, die privilegiert sind und erst eine normale Berufstätigkeit gar nicht aufnehmen müssen. Sie handeln als Influencerinnen und verdienen mit der Vermarktung solcher Haltungen oft viel Geld. Wenn eine Frau sich aber dafür einsetzt das Wahlrecht für Frauen abzuschaffen,



kann man das nur mit einer Form von Selbsthass bzw. einfach mit Dummheit erklären. Es mag auch sein, dass wir hier mit einer Form von Sektentum konfrontiert sind.

Von Simone de Beauvoir wird häufig der Satz zitiert: „Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird dazu gemacht.“

Was halten Sie von dieser Aussage?

Hildegard Kronawitter: Ich habe in den 1970er Jahren sehr viel von Simone de Beauvoir gelesen. Im Rückblick heute stimme ich dieser durchaus interessanten These aber nicht mehr uneingeschränkt zu. Die Weise, wie wir uns als Frauen verhalten, ist stark über die Erziehung geprägt. Aber ich glaube mittlerweile, dass auch über die Gene als weiblich geltende Anlagen weitergegeben werden. ▲

Das Interview führte Monika Franz am 5. März 2025.

Simone de Beauvoir, 1957
Foto: SZ PHOTO/
Fotograf:
Roger Violl

HEUTE SIND WIR DRAN! GLEICHBERECHTIGUNG IM GRUNDGESETZ

EINE VERANSTALTUNG VON FRAUEN FÜR FRAUEN AUF DER HERRENINSEL AM CHIEMSEE

von Nadja Renner

Die Dauerausstellung „Der Wille zur Freiheit und Demokratie - der Verfassungskonvent von Herrenchiemsee 1948“ zeigt mit dem Weg zu einem Entwurf des Grundgesetzes das Entstehen des Herzstückes unserer Demokratie. Die BLZ eröffnete diese Ausstellung im August 2023 gemeinsam mit der Bayerischen Schlösserverwaltung als Kooperationsprojekt, bei dem es um die Verbindung von historischer Dokumentation und aktuellen Gegenwartsfragen geht. Das Interesse ist seitdem ungebrochen hoch. In der Ausstellung wird erörtert, wie die „Vorgeschichte“ des Grundgesetzes aussah, wer daran wie und warum gearbeitet hat. Gerade für die Schaffung von Demokratiebewusstsein sind die dort dargestellten historischen Vorgänge von enormer Wichtigkeit. Das Entstehen einer zweiten Demokratie nach der NS-Diktatur soll den Besuchern unterschiedlichster Art nähergebracht werden.

Einen Schwerpunkt, den man inhaltlich in der Ausstellung betrachten kann, stellt die (Nicht-)Bedeutung der Frauen bei dieser historischen Leistung dar. Die Anwesenheit – oder auch Abwesenheit – von Frauen wird an einigen Stellen deutlich gezeigt, beispielsweise bei einer präsent positionierten Schreibmaschine im Plenarraum, die für die Protokollantinnen steht und darauf hinweisen soll, dass Frauen zumindest während des Verfassungskonvents nur im Hintergrund in zuarbeitenden Funktionen beteiligt waren.

Der Verein für Fraueninteressen München e.V. nimmt sich qua Satzung dieses Themas intensiv an, daher tagten Mitglieder des Vereins mit der

Bayerischen Landeszentrale gemeinsam zum Thema „Gleichberechtigung im Grundgesetz“ auf der Herreninsel.

Grundlegend besprachen sich die Anwesenden über ihre privaten Aufgaben und Pflichten in Haushalt und Beruf. Dadurch, dass ganz verschiedene Altersgruppen versammelt waren – von jungen Frauen am Start des Berufslebens bis zu nach wie vor gut beschäftigten Rentnerinnen –, ergaben sich vielfältige Blickwinkel – welche, wie sich herausstellte, so verschieden gar nicht waren.

Gemeinsam erfolgte der Besuch der Dauerausstellung zum Verfassungskonvent von 1948 im Alten Schloss. Zwei Vertreterinnen der Landeszentrale, Monika Franz und Nadja Renner, hatten mit den Mitgliedern des Vereins in zwei historischen Führungen die historischen Grundlagen erarbeitet, die den Teilnehmerinnen einen Einblick in die Geschichte und die Bedeutung des Verfassungskonvents boten. Frauen waren am Konvent als Sekretärinnen, Stenografinnen, Dienstbotinnen beteiligt. Die Ehefrau des Konventteilnehmers Otto Suhr, Susanne Suhr, konnte sich als einzige Frau ein wenig aktiver einbringen. Sie berichtete als Journalistin einer Berliner Zeitung über die Ereignisse auf der Herreninsel, wie inhaltlich durch einen Vortrag von Frau Dr. Kerstin Wolff aus Kassel vom Archiv der deutschen Frauenbewegung anschaulich erklärt wurde. Der Parlamentarische Rat erarbeitete unter Heranziehung des Herrenchiemseer Entwurfs das Grundgesetz bis Mai 1949. Dieser setzte sich anders zusammen als der Konvent. Unter den 65 Mitgliedern des Parlamentarischen Rates fanden sich



Von oben nach unten: Objekte in der Ausstellung, Sitzplätze der Teilnehmer, Plenarraum

vier Frauen: Friederike Nadig, Elisabeth Selbert, Helene Weber und Helene Wessel. Sie waren mit ihren männlichen Kollegen dafür verantwortlich, eine Verfassung für Deutschland zu formulieren. Vieles konnte dabei aus dem Entwurf des Verfassungskonvents übernommen werden, teilweise sogar wörtlich. Eine Ausnahme bildet hier Art. 3 Abs. 2 GG: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Die Gleichberechtigung der Geschlechter wurde von den Herren auf Herrenchiemsee nicht mitgedacht und nicht für notwendig erachtet, wie Dr. Wolff in ihrem Vortrag ausführte. Lediglich Otto Suhr hatte laut Dr. Wolff demnach daran Bedenken angemeldet, seine Einwände wurden aber nicht aufgegriffen. Beim Konvent orientierte man sich bei diesem Aspekt an der Weimarer Verfassung. Die besagt: Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten (Paragraf 109). Was zunächst wie eine einfache Formel und ein Schritt in Richtung Gleichberechtigung aussah, entpuppte sich durch die Einschränkung „grundsätzlich“ als problematisch. Mit dieser Bestimmung wurde eine grundlegende Revision etwa im Ehe- und Scheidungsrecht oder in Vermögensfragen weiterhin blockiert. Das Familienrecht von 1900, indem weiterhin sämtliche Entscheidungsgewalt beim Ehemann lag, blieb weiter bestehen. Ferner bezeichnen die „staatsbürgerlichen“ Rechte vor allem die Möglichkeit zu wählen, aber keine allgemeine Gleichstellung. Im Parlamentarischen Rat zeigten sich sehr unterschiedliche Positionen der Parteien zur Formulierung des Artikels. Selberts Vorschlag „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ wurde heiß diskutiert. Dies lag allerdings nicht nur an der ideellen Frage, ob eine



Führung im Verfassungssaal

Gleichberechtigung sinnvoll sei, sondern vielmehr auch an juristischen Belangen.

Am 1. Januar 1900 wurde das BGB verabschiedet. Frauen liefen damals dagegen Sturm, eine wahre Frauenbewegung angeführt durch den BDF (Bund Deutscher Frauenvereine) entstand, da das BGB in seiner Formulierung als rückschrittlich gegenüber dem preußischen Recht gesehen wurde. Alle Frauen und Ehefrauen wurden durch das BGB und das Familienrecht von 1900 gleich schlecht gestellt; unter anderem mussten sie automatisch den Namen des Ehemannes übernehmen, durften keinen eigenen Wohnsitz anmelden, der Ehemann behielt das alleinige letzte Entscheidungsrecht in allen Belangen, Frauen benötigten sein Einverständnis für eine Berufstätigkeit und sind wirtschaftlich völlig abhängig von ihrem Mann. In der Weimarer Verfassung wurde dieses Geschlechtermodell nicht in Frage gestellt, weder BGB noch Familienrecht überarbeitet – obwohl doch nun zumindest 1919 das Frauenwahlrecht hinzukam, was in der damaligen Zeit einen Quantensprung in der Politik und Gleichberechtigung darstellte. Im Parlamentarischen Rat war man sich dessen bewusst, dass alle Gesetze, die der Gleichberechtigung widersprachen, mit dem Festhalten an der Formulierung „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ verfassungswidrig seien und geändert werden müssten – beispielsweise das Familienrecht in weiten Teilen. Trotzdem setzte sich der Wortlaut nach heftigen Diskussionen im Plenum schlussendlich durch und steht nun so in Art. 3 Abs. 2 GG. Es bestand eine Übergangsfrist für die Anpassung aller Gesetze bis 1953. Erst im Gleichberechtigungsgesetz von

1958 könne man laut Kerstin Wolff von einer langsam beginnenden Gleichstellung sprechen. Dieses besagte kurz gefasst, Frauen seien nun beispielsweise berechtigt, den Führerschein zu machen und ein Konto zu eröffnen – aber nur, solange sie die ehelichen Pflichten, Mann und Kinder nicht vernachlässigen würden. Erst mit der Reform des Ehe- und Familienrechtes 1977 fallen letzte alte Zöpfe: Die „Hausfrauenehe“ wird abgeschafft! Frauen sind nicht mehr alleine zuständig für den Haushalt und die Kinder, endlich rücken die drei „K“ (Kinder, Küche, Kirche) zugunsten einer freieren Selbstbestimmung in den Hintergrund. Dass eine vollständige Gleichberechtigung noch immer nicht erreicht ist, darüber sind sich die Anwesenden einig.

Eine Podiumsdiskussion rund um die (Gleich) Stellung der Frau fand im Anschluss an die Führung statt. Es debattierten Frau Dr. Hildegard Kronawitter - Angehörige der frühen Nachkriegsgeneration und promovierte Juristin -, Frau Sabine Wolf - der Gen X entstammend und Mitglied der Gleichstellungskommission der LH München - und Martha Binz - der Generation Z zugehörig und Schülerin am Ludwig-Thoma-Gymnasium in Prien.

Gerade auch die Jahre 1948 und 1949 – die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR – stellen einen Meilenstein dar. Zwar entsprechen die damaligen Akteure und Akteurinnen inzwischen mehr abstrakten Erinnerungen, doch die Frauen sind sich einig, dass sie ihnen viel zu verdanken hätten, allen voran der genannten Elisabeth Selbert. Frauen erkämpfen sich also Schritt für Schritt ihren Platz in den demokratischen Institutionen – Bundestag – Gerichte – Regierung, dieser Weg ist aber zäh. Bei der Betrachtung der Einführung von Frauenrechten zeigen sich unterschiedliche Perspektiven. Frau Kronawitter berichtete eindrücklich, welche herausragenden Schritte ihre Generation geleistet hatte: Führerschein! Konto! Studium! Arbeit! Frau Wolf durfte zwei Jahrzehnte später diese Errungenschaften bereits zum größten Teil für sich beanspruchen, sieht sich aber als Frau noch immer mit vielen Vorurteilen konfrontiert. Ähnlich betrachtet dies Martha Binz. Die Schülerin kennt zwar die Meilensteine der Frauenrechte, stellt aber für sich fest, dass es noch immer Bereiche gibt, in denen es an Gleichberechtigung mangelt und es noch in vielen Gebieten keine echte Chancengleichheit gibt. Die Gleichstellung von Mann und Frau begann 1948/49 – aber was ist in 75 Jahren passiert? Noch immer erfahren Frauen Benachteiligungen: beim

Einstellungsgespräch, beim Gehalt, bei der Karriere und, wie Frau Wolf einwirft, nicht zuletzt bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bei der Care-Arbeit. Ein zentraler Punkt muss noch ergänzt werden: Häufig wird in Umfragen danach gefragt, inwieweit Männer ihre Frauen beim Haushalt und der Kindererziehung unterstützen würden. Die Formulierung dieser Frage mit dem Begriff „unterstützen“ zeigt die noch sehr tief verwurzelten tradierten Bilder von Mann und Frau. Männer unterstützen die Frauen nicht – es ist ebenso der Haushalt und das Kind des Mannes, sodass dieser schlicht seinen gleichen Teil dazu beitragen sollte.

16 Jahre lang regierte eine Frau als Bundeskanzlerin in Deutschland – erstmalig und einmalig in der deutschen Geschichte. Dennoch scheint sich zwar vieles verändert zu haben, doch dominieren – wie man an den genannten Ungleichheiten sehen kann – noch immer, die so genannten Gläsernen Decken.

Ein weiteres Thema stellt der Sektor Führungspositionen dar, hier zeigt sich eine weitere Ungleichbehandlung. Es gibt eine Bundesstiftung Gleichstellung, die u.a. neue Ideen für die Gleichstellung entwickeln soll. Folgende Daten liegen vor:

Laut Statistischem Bundesamt ist jede dritte Führungskraft 2023 weiblich, die größte Range in Deutschland zeigt sich bei den Frauen zwischen 35-44 Jahren (führend: Lettland bei 45 Prozent, Frankreich bei knapp 40 Prozent). Bei akademischen Berufen sind die Unterschiede kaum mehr spürbar – 50,1 Prozent der Stellen werden von Frauen belegt. Ganz anders ist die Lage bei politischen Ämtern: Bezüglich des Anteils von Frauen in Parlamenten landet Deutschland auf Platz 47 mit 35,3 Prozent, weltweiter Spitzenreiter hier ist Ruanda mit 61,3 Prozent, in Europa liegt Schweden vorn mit 46,7 Prozent. Die Gender Pay Gap beträgt momentan 18 Prozent. Frauen verdienen demnach fast ein Fünftel weniger als Männer. Frauen müssen mehr aufgeben oder sich mehr anstrengen, wenn sie eine Führungsposition einnehmen wollen.

Weitere Themen waren: die rückwärtsgewandte *Trad-Wife*-Bewegung, die Gewalt gegen Frauen, die Verunglimpfung von Frauen in den sozialen Medien. Frauenrechte müssen noch immer und immer wieder in den Mittelpunkt gestellt und sowohl erkämpft als auch weiter umkämpft werden.

Insgesamt war der Veranstaltungstag rund um die Dauerausstellung und einen daraus aufgegriffenen Themenschwerpunkt sehr erfolgreich, wenngleich sich auch mitunter als Ziel zeigte: Es gibt noch viel zu tun, heute sind wir (Frauen) dran! 🟢



Von oben nach unten: Hildegard Kronawitter, Martha Binz, Sabine Wolf mit Martha Binz

INTERVIEW

„Equal Play“ vor „Equal Pay“

BIANCA RECH UND GIULIA GWINN ZU AKTUELLEN ENTWICKLUNGEN IM FRAUENFUSSBALL

Sehr geehrte Frau Gwinn, herzlichen Glückwunsch. Sie sind seit dem 18. Februar 2025 offiziell die Nachfolgerin von Alexandra Popp als Kapitänin der Fußball-Nationalmannschaft der Frauen. Haben Sie eine besondere Agenda, wie Sie Ihr neues Amt ausüben möchten?

Giulia Gwinn: Die Ernennung macht mich natürlich in erster Linie stolz. Kapitänin ist ein Amt, mit dem sehr viel Ehre verbunden ist. Ich durfte das schon zwei Mal interimweise machen und konnte ein bisschen reinschnuppern. Aber es ist natürlich etwas ganz Besonderes, wenn es dann offiziell ist. Mir ist wichtig, mich nicht zu verändern. Ich möchte die Rolle so ausfüllen, wie ich bin, also authentisch. Es gibt ja ganz unterschiedliche Typen, wie man so ein Kapitänamt annimmt. Alexandra Popp zum Beispiel war eher eine Art Lautsprecher der Mannschaft und auch auf dem Platz sehr laut. Mich kann man damit nicht so gut vergleichen. Ich bin eher jemand, der versucht, emotional zu *lead*en und damit auch die Mitspielerinnen mitzuziehen. Ich habe auch schon viel erlebt in meiner Karriere: negative und positive Phasen. Ich will diese Erfahrungen an die Mannschaft weitertragen und einfach eine Person sein, zu der man aufschauen kann.

Möchten Sie als Kapitänin der Frauennationalmannschaft auch über das Spielfeld und den Fußball hinaus eine Rolle einnehmen?

Giulia Gwinn: Ja, aber das hat meines Erachtens gar nicht so viel mit dem Amt selbst zu tun. Ich bin schon immer eine Spielerin gewesen, die ihre Meinung vertritt – auch außerhalb des Platzes. Wir haben einfach inzwischen so eine gute Reichweite stehen in der Öffentlichkeit und können explizit auch Themen angehen, die uns wichtig sind. Das ist ähnlich wie auf dem Spielfeld. Aber es gibt natürlich viele Spielerinnen, die diese Rolle einnehmen



Giulia Gwinn mit der Kapitänbinde im EM-Qualifikationsspiel Österreich gegen Deutschland, Linz, 5. April 2024

Foto: Picture Alliance/Eibner-Pressefoto/Fotograf: Michael Memmler



Giulia Gwinn im Interview nach einem Spiel, Köln, 9. März 2025

Foto: Picture Alliance/BEAUTIFUL SPORTS/BEAUTIFUL SPORTS/Wunderl



Bianca Rech während eines Spiels, Köln, 10. Februar 2024
Foto: Picture Alliance/DeFodi Images/Fotograf: Oliver Kaelke

Zu den Personen

GUILIA GWINN UND BIANCA RECH

Giulia Gwinn (geb. am 2. Juli 1999 in Tettngang) ist eine deutsche Fußballspielerin, die seit 2019 beim FC Bayern unter Vertrag steht und bereits 2015 beim SC Freiburg ihr erstes Spiel in der Bundesliga absolvierte. Am 24. November 2017 debütierte sie in der A-Nationalmannschaft und hat seitdem in 59 Spielen 14 Tore erzielt. Am 18. Februar 2025 gab Bundestrainer Christian Wück bekannt, dass die Abwehrspielerin die Nachfolge von Alexandra Popp als Kapitänin der deutschen Frauenfußballnationalmannschaft antreten wird. Giulia Gwinn, die trotz ihrer jungen Jahre bereits zwei Kreuzbandrisse überwunden hat und als sehr diszipliniert und ehrgeizig gilt, ist eine „absolute Leistungsträgerin. Sie ist meinungsstark und eine Persönlichkeit, die auf und neben dem Platz vorangeht“, sagte Wück bei der Begründung seiner Wahl. Die 25-jährige Sportlerin ist darüber hinaus auch einer breiteren Öffentlichkeit durch ihr Engagement in den sozialen Medien bekannt geworden. Allein auf Instagram hat sie über 600.000 Follower.

Bianca Rech (geb. am 25. Januar 1981 in Bad Neuenahr-Ahrweiler) ist eine ehemalige deutsche Fußballspielerin und aktuell Funktionärin des FC Bayern. Sie machte 1997 für ihren Heimatverein SC 07 Bad Neuenahr ihr erstes Spiel in der Bundesliga und wechselte in der Saison 2000/01 zum 1. FFC Frankfurt, wo sie u.a. dreimal in Folge das Double gewann. Nach einem Jahr in Schweden schloss sie sich 2006 dem FC Bayern an, wo sie insgesamt vier Jahre verbrachte, bevor sie 2012 beim 1. FC Köln ihre aktive Karriere beendete. Die 20-fache Nationalspielerin, die von allen „Jay“ genannt wird, kehrte 2016 zum FC Bayern ins Teammanagement zurück und wurde 2019 Sportdirektorin und 2023 Abteilungsleiterin. Nach einer Umstrukturierung wurde die studierte Sportökonomin 2024 neue Direktorin der bisherigen Frauenfußball-Abteilung und der Frauenfußball erhielt laut Sportvorstand Max Eberl „die Bedeutung [...], die er verdient“. Seitdem sie ein Teil der Führung ist, gewannen die FCB-Frauen u.a. drei Mal die Deutsche Meisterschaft und erreichten zwei Mal das Finale um den DFB-Pokal.

sollten und da geht es gar nicht so sehr nur darum, wer jetzt die Kapitänbinde trägt und wer nicht.

Frau Rech, was bedeutet es für den FC Bayern, dass neben Joshua Kimmich bei den Männern mit Giulia Gwinn bei den Frauen eine weitere Vertreterin des Vereins dieses Amt bei der Fußballnationalmannschaft ausübt?

Bianca Rech: Grundsätzlich macht uns das natürlich in erster Linie stolz. Sie hat es sich verdient und wird diese Rolle sehr gut ausfüllen. Sie ist eine perfekte Besetzung, eben auch durch ihre Erfahrung, die sie in den letzten Jahren in der Nationalmannschaft und natürlich beim FC Bayern gesammelt hat. Wir freuen uns mit ihr, dass sie diese Ehre bekommt und es wird eine spannende Entwicklung für Giulia persönlich. Es ist ja noch einmal eine ganz andere Aufgabe, für eine ganze Mannschaft verantwortliche Ansprechpartnerin zu sein.

Frau Gwinn, Sie haben in einem früheren Interview gesagt, dass sie ihre große Präsenz, die sie in den sozialen Medien haben, auch nutzen möchten, um junge Mädchen dabei zu unterstützen, ihren eigenen Weg zu gehen. Jetzt sind Sie als Kapitänin noch mehr im Zentrum der Aufmerksamkeit. Wie genau möchten Sie gerade dieses Ziel erreichen?

Giulia Gwinn: In erster Linie soll der Fokus natürlich immer beim Fußball liegen. Aber man kennt das selbst, als man noch kleiner war, hat man einfach Spielern oder Spielerinnen nachgeeeifert. Ich möchte eben auch ein Vorbild sein und jemand, an dem man sich orientieren kann. Bei mir war es damals so, dass ich als einziges Mädchen mit Jungs angefangen habe. Da gab es auch einige Widerstände und es war nicht immer leicht. Das kann Mädchen auch abschrecken. Inzwischen gibt es viel mehr Möglichkeiten für Mädchen, beispielsweise auch in Vereinen anzufangen. Da hat sich viel getan. Letztlich muss aber auch heute natürlich jede ihren eigenen Weg finden und es ist mir ein großes Anliegen, dazu zu inspirieren und zu ermutigen.

Frau Rech, als Sie als Spielerin aktiv waren, spielte der Umgang mit sozialen Medien so gut wie keine Rolle. Das hat sich fundamental verändert. Wie können Sie denn als FC Bayern die jungen Spielerinnen in dieser Hinsicht begleiten?

Bianca Rech: Heutzutage ist jede Spielerin sehr vielen Nebengeräuschen ausgesetzt: Social Media ist ein großes Thema. Es sollte eine gewisse Vorsicht geboten sein, wie man sich im Social Media-Bereich präsentiert, was man schreibt, welche



Fotos man postet usw. Unsere Spielerinnen sind aber erfreulicherweise bei dem Thema sehr erfahren. Wir unterstützen sie als Club, wenn Bedarf ist, aber letztendlich sind die Spielerinnen eigenverantwortlich. Sie präsentieren sich professionell und gleichzeitig sehr authentisch.

Sehen Sie einen großen Unterschied zwischen Frauen und Männern bzw. zwischen Spielerinnen und Spielern bei der Darstellung in den sozialen Medien?

Bianca Rech: Guili wird dazu sicherlich noch mehr sagen können, aber von meiner Wahrnehmung aus gesehen bin ich schon der Meinung, dass unsere Spielerinnen noch sehr nahbar und zugänglich sind. Insgesamt wird deutlicher, welcher Mensch und Persönlichkeit hinter der Spielerin steckt.

Frau Gwinn, möchten Sie da noch was ergänzen?

Giulia Gwinn: Das ist definitiv so, wie Jay es gesagt hat. Die Nahbarkeit im Frauenfußball ist einfach etwas Besonderes und wir sehen das Interesse der Fans als eine Wertschätzung. Für uns ist es eben nicht selbstverständlich, dass so viele Fans in die Stadien kommen und dass der Zuspruch und das Interesse so groß sind. Das war nicht immer so – wir und die Generation vorher haben uns das über die Jahre erarbeitet. Deswegen wollen wir das auch beibehalten. Egal, ob das jetzt im Stadion ist und wir uns dort einfach Zeit für die Fans nehmen und in Kontakt kommen, oder eben auch auf Social Media. Wir möchten das Gefühl vermitteln, dass man gemeinsam ein Team ist und den Fans, die uns *supporten*, nicht nur zeigen, was man sowieso vom Fußball kennt, sondern eben auch, was dahinter steckt. Ich habe den Eindruck, dass wir da einen guten Weg fahren und trotzdem die nötige Balance behalten zwischen Nahbarkeit und Privatsphäre.

Giulia Gwinn bei einem Selfie mit Fans nach einem Länderspiel gegen die Ukraine, Aachen, 5. Oktober 2019
Foto: Picture Alliance/foto-2press/
Fotograf: Mirko Kappes

Privatleben ist ein gutes Stichwort. Sie haben mal in einem anderen Interview gesagt, Sie wollen nicht nur den ganzen Tag an Fußball denken und studieren noch „nebenbei“ Sportmanagement. Sie bestreiten allerdings als Profifußballerin die reguläre Bundesligasaison, absolvieren auch regelmäßig Länderspiele, spielen in der Champions League, stehen im DFB-Pokal Halbfinale und sind medial präsent. Wie kriegen Sie das alles unter einen Hut?

Giulia Gwinn: Das Studium mache ich über eine Fernuniversität, das ist für mich der optimale Weg. Dabei gibt es Phasen, da geht eben weniger, gerade in den englischen Wochen (eine Woche mit mehreren Spielen, Anm. d. Red.), und dann gibt es Phasen, da geht ein bisschen mehr. Es kommt mir natürlich sehr entgegen, dass man sich die Arbeitszeit weitgehend selbst einteilen kann. Mittlerweile bin ich in der Endphase: Mir fehlt nur noch die Bachelorarbeit.

Außerdem glaube ich, dass im Bereich des Frauenfußballs generell das Denken etwas anders und es einfach wichtig ist, sich ein zweites Standbein aufzubauen. Man weiß, dass man höchstwahrscheinlich durch den Sport nicht ausgesorgt hat und dass man nicht ewig spielen kann. Außerdem war mir persönlich von Anfang an auch wichtig, etwas neben dem Platz zu haben. Ich bin eben nicht nur eine Person, die sich ausschließlich über Fußball definiert, sondern auch jemand, der noch andere Dinge kann. Etwas für den Kopf zu machen, ist ein hervorragender Ausgleich. Ich halte es auch für sehr entscheidend, in einem anderen Bereich erfolgreich zu sein und zu erkennen, dass es eine Karriere nach der Karriere gibt.

Frau Rech, inwiefern ist es für den FC Bayern wichtig, die Spielerinnen bei ihre Karriere nach der Karriere zu begleiten und zu unterstützen?

Bianca Rech: Das ist ein wichtiger Punkt, der uns und mir persönlich sehr am Herzen liegt. Wahrscheinlich auch deshalb, weil ich die Erfahrung selber gemacht habe, als ich mir im Alter von 21 Jahren zwei Mal hintereinander das Kreuzband gerissen habe. Da wird einem bewusst, wie schnell die Karriere auch zu Ende gehen kann. Umso wichtiger ist es, den Spielerinnen klar zu machen, dass Fußball natürlich aktuell eine große Möglichkeit ist, Geld zu verdienen, aber dass es ebenso ein Leben danach gibt. Wir sind immer noch in einem Gehaltsbereich, bei dem sich die Spielerinnen darüber Gedanken machen müssen. Ich finde es ebenfalls – wie von Giuli angesprochen – wichtig, auch mal vom Fußballalltag wegzukommen. Das gehört sicherlich

ebenso zur Weiterentwicklung der Persönlichkeit und da setzen wir beim FC Bayern an. Wir haben seit knapp zwei Jahren ein spezielles Mentorinnen Programm, „EmpowerHer“. Den Spielerinnen werden Mentorinnen an die Hand gegeben, die sie begleiten. Es geht auch darum, außerhalb des Fußballs Kontakte zu knüpfen und sich als Persönlichkeit weiterzuentwickeln und herauszufinden, welcher Weg nach der Karriere der richtige sein könnte.

Haben Sie den Eindruck, dass viele Spielerinnen diese Ratschläge gerne annehmen? Oder würden Sie sagen, dass die meisten noch zu jung sind, um an ihre Zukunft zu denken? Wie ist Ihre Einschätzung von der aktuellen Spielergeneration?

Bianca Rech: Das ist etwas unterschiedlich. Giuli ist beispielsweise in dieser Generation dazwischen. Allgemein gesprochen haben die jungen Spielerinnen heute wesentlich mehr Möglichkeiten. Wir finden es sehr wichtig, dass wir sie ebenfalls immer wieder daran erinnern, was passieren kann, wenn sie sich zum Beispiel verletzen. Unsere Spielerinnen versuchen während ihrer aktiven Karriere etwas nebenher, beispielsweise ein Fernstudium, zu machen. Das funktioniert bei vielen tatsächlich sehr gut. Am Ende liegt es ein Stück weit auch an jeder einzelnen, wie viel sie da zu welcher Zeit investieren möchte, der Großteil der Spielerinnen macht sich auf alle Fälle Gedanken über die Zukunft nach der aktiven Karriere.

Frau Gwinn, wie ist Ihre Sicht als aktive Spielerin?

Giulia Gwinn: Also, wenn ich unsere Mannschaft durchgehe, machen sehr viele ein Studium oder eine Ausbildung – oder haben das sogar schon

Bianca Rech feiert ihr Tor zum 1:0 im Spiel FC Bayern München - 1. FFC Turbine Potsdam (Endstand 3:3), München, 4. Oktober 2009.

Foto: Picture Alliance/
Augenblick/
Rauchensteiner



Pressekonferenz zur Kooperation des FT Gern mit dem FC Bayern München und Übergabe eines Spendenschecks an die Organisatoren der Initiative „Mädchen an den Ball“, München/ Gern, 7. August 2024 (v.l. Initiatorin Anna Seliger und Bianca Rech)
 Foto: Picture Alliance/M.i.S./ Fotograf: Bernd Feil



abgeschlossen. Es wird zum Beispiel bei Auswärtsfahrten deutlich, dass die meisten Zeit in ihre Fort- und Weiterbildung investieren.

Ein weiteres aktuelles Thema ist die zunehmende Internationalisierung des Frauenfußballs und die Tatsache, dass immer mehr deutsche Nationalspielerinnen einen Wechsel zu einem ausländischen Topclub nicht ausschließen. Bundestrainer Christian Wück hat das in einem Kicker-Interview deutlich kritisiert und sich dabei auch Sorgen um die künftige Attraktivität der deutschen Liga gemacht. Frau Gwinn, Sie haben kürzlich Ihren Vertrag beim FC Bayern bis 2027 verlängert und sich in der Pressekonferenz bei Ihrer Vorstellung als neue Kapitänin am 18. Februar zu diesem Themenkomplex geäußert. Können Sie bitte Ihre Sichtweise noch einmal kurz zusammenfassen?

Giulia Gwinn: Ich habe den Vertrag beim FC Bayern verlängert, weil ich mich unglaublich wohlfühle und an den Weg glaube, den wir mit der Mannschaft eingeschlagen haben. Deswegen – Stand jetzt – bin ich absolut glücklich in München. Grundsätzlich glaube ich auch, dass die deutsche Liga sehr spannend und interessant ist. Es gehen ja nicht nur deutsche Spielerinnen in andere Ligen, sondern es

gibt auch viele Spielerinnen aus dem Ausland, die sich entscheiden, nach Deutschland zu wechseln. Das spricht für unsere Liga und das sieht man auch an unserem Kader beim FC Bayern.

Frau Rech, wie sehen Sie die Tatsache, dass der FC Bayern mittlerweile so viele internationale Spielerinnen in seinen Reihen hat? Hat das ausschließlich positive Effekte oder ergeben sich daraus auch Probleme?

Bianca Rech: Ich sehe da überhaupt keine Nachteile. Im Gegenteil, für mich ist es extrem spannend, täglich mit sehr unterschiedlichen Charakteren und unterschiedlichen Kulturen in Berührung zu kommen. Das halte ich für absolut bereichernd. Wenn Spielerinnen aus dem Ausland kommen, achtet man vielleicht mehr aufeinander, indem man dafür sorgt, dass sie sich wohlfühlen und dass es ihnen gut geht. Das ist beispielsweise etwas, was in unserer Mannschaft eine große Rolle spielt.

Die einzige Schwierigkeit bei vielen internationalen Spielerinnen in einer Mannschaft ist höchstens, dass in der Länderspielpause alle unterwegs sind. Auf der anderen Seite präsentieren sie dabei auch die Farben des FC Bayern München, sodass ich das nicht als Nachteil bezeichnen

möchte. Nachteile in dem Sinne gibt es aus meiner Sicht nicht, sondern ganz viel Positives, das es zu nutzen gilt.

Persönlich kann ich sagen, dass ich selber als Spielerin im Ausland gewesen bin. So eine Entscheidung hat nicht zwingend finanzielle Gründe, sondern es geht auch darum, dass junge Menschen in ihrer aktiven Karriere die Möglichkeit bekommen, etwas anderes zu sehen, eine andere Kultur kennenzulernen und vielleicht eine andere Sprache zu lernen. Dieser Schritt ist nachvollziehbar und menschlich.

Frau Gwinn, wie bereits angesprochen, haben Sie Ihren Vertrag gerade verlängert. Sie gelten außerdem als sehr familienverbunden und sind regional sehr verwurzelt. Würde es Sie auch reizen, mal in einem anderen Land zu spielen?

Giulia Gwinn: Na, reizen würde es, glaube ich, jede Spielerin, wie Jay auch sagt, das sind ganz andere Erfahrungen, die man in Deutschland auch so in der Form nicht kriegen kann und deswegen würde ich mir die Zukunft immer offenhalten. Ich spiele jetzt schon zehn Jahre in Deutschland und bin noch mindestens weitere zwei Jahre beim FC Bayern. Dann wird man sehen, ob vielleicht ein Wechsel in Frage kommt.

Ein weiteres Thema, das immer wieder kontrovers diskutiert wird, ist die Bezahlung. Sind Sie der Meinung, dass der Verband auch bei den Frauen ähnliche oder die gleichen Prämien wie bei den Männern bezahlen sollte („Equal Pay“) oder vertreten Sie eher den Standpunkt, dass man erst einmal die Strukturen anpassen müsste, um gleiche Rahmenbedingungen für alle zu schaffen („Equal Play“)?

Frau Gwinn, wie gehen Sie als Kapitänin in die nächsten Prämienverhandlungen?

Giulia Gwinn: Ich bin kein Freund davon zu sagen, von heute auf morgen sollte das passieren, ohne wirklich die Hintergründe dafür zu kennen. Aus meiner Sicht wäre es im Augenblick vermessen „Equal Pay“ zu fordern. Das ist meiner Meinung nach in der Form nicht gerechtfertigt. Viel wichtiger ist es, dass es beim „Equal Play“ vorangeht. Gerade wenn man den aktuellen Liga-Betrieb anschaut, sollte man noch mehr darauf achten, alle Mannschaften auch mal wirklich so aufzustellen, dass ein richtiger Wettbewerb zustande kommt. Es sind ja immer noch ein, zwei, drei Teams dabei, die nicht im erforderlichen Maße Fußball professionell ausüben können, weil die Spielerinnen beispielsweise neben dem Sport

noch arbeiten müssen. Die Gehaltsstrukturen sind nach wie vor nicht so, wie sie sein sollten. Das ist meiner Meinung nach der erste Punkt, wo man ansetzen müsste. Dann muss man natürlich darauf achten, dass die enorme Entwicklung der letzten Jahre weiter voranschreitet, um dann dahingehend auch die Prämien anzupassen.

Glauben Sie, dass Sie mit dieser doch sehr eindeutigen Positionierung die Meinung der meisten Spielerinnen vertreten? Wird „Equal Pay“ generell heiß diskutiert oder ist das etwas, was eher am Rande mal kurz besprochen wird?

Giulia Gwinn: Ich glaube, das ist tatsächlich die Meinung der Mehrheit, aber um absolut sicher zu sein, müsste man natürlich die Spielerinnen individuell fragen. Generell ist es so, dass dieses Thema tatsächlich gar nicht so im Fokus der Mannschaft steht, weil es sich auch um Dinge handelt, die wir nicht in unserer Hand haben. Unser Einfluss ist es, einfach Werbung für unseren Sport zu machen, indem wir auf dem Platz performen, indem wir den Menschen zeigen, dass es sich lohnt, den Frauenfußball zu verfolgen und dass wir eine enorme Entwicklung genommen haben. Das ist unsere Verantwortung.

Frau Rech, Wie sehen Sie die Thematik als Funktionärin des FC Bayern, aber auch als ehemalige Spielerin?

Bianca Rech: Ich gehe da hundertprozentig mit Giulia mit. „Equal Play“ ist sicherlich der Bereich, der uns viel mehr beschäftigt.

Wir entwickeln uns aktuell im Frauenfußball insbesondere in der Spitze rasend schnell. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass die Basis auch weiter wachsen muss. Wir müssen die Gesamtheit des Frauenfußballs betrachten und da sind wir erst einmal beim Thema „Equal Play“ und nicht bei „Equal Pay“.

Wir müssen dafür sorgen - wie Giuli bereits gesagt hat -, dass es beispielsweise Mindestgehälter in der Frauenfußball-Bundesliga gibt, sodass auch Spielerinnen neben den Topclubs sich zu einhundert Prozent auf den Fußball konzentrieren können und die Infrastruktur zur Verfügung gestellt bekommen, um professionell trainieren zu können.

Mit der zunehmenden Professionalisierung steigen natürlich auch die Anforderungen. Man hört und liest immer mehr davon, wie gnadenlos mittlerweile die Auslese im Sport bei den Heranwachsenden sein soll. Wenn Sie einen Sohn oder



So begann der Frauenfußball in Deutschland, Aufnahme aus dem Jahr 1919.

Foto: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

eine Tochter hätten, der oder die begeistert Fußball spielt, würden Sie ihm oder ihr überhaupt noch empfehlen, eine Profikarriere anzustreben?

Giulia Gwinn: Auf jeden Fall! Ich würde mein Kind auch ermutigen, da der Weg so viele superschöne Seiten hat und es einfach Erfahrungen gibt, die man nur in dieser „Fußballbubble“ machen kann und darf. Deswegen bin ich sehr dankbar und würde es genau in dieser Form auch so an mein Kind weitergeben.

Auf keinen Fall darf diese Entscheidung aber durch Druck oder sogar Zwang erfolgen. Jetzt sind

wir wieder beim Beginn des Gesprächs. Jedes Mädchen und auch jeder Junge muss seinen eigenen Weg finden, und wenn es am Ende nicht Fußball oder Sport ist, dann muss man das akzeptieren. Es geht darum, Spaß an etwas zu haben und dadurch eine Leidenschaft zu entwickeln. So war das bei mir und so habe ich das auch von meinen Eltern vorgelebt bekommen.

Bianca Rech: Ich finde es sehr schön, dass wir heute darüber sprechen können, dass Mädchen diesen Traum haben dürfen, Profi-Fußballerin zu werden. Zu meiner Zeit konnte ich mich damit nicht wirklich auseinandersetzen. Diese Möglichkeit hat es damals in der Form so einfach nicht gegeben.

Darüber hinaus gehe ich zu einhundert Prozent mit Giulia mit: Niemals erzwingen, nur fördern – aber auf ganz natürlichem Wege. Wenn es die Möglichkeit gibt und das Talent und der Ehrgeiz da sind, dann würde ich das immer unterstützen.

Frau Gwinn, zum Abschluss noch eine Frage, wie sehen Sie die Chancen der deutschen Mannschaft bei der kommenden Europameisterschaft in diesem Sommer in der Schweiz? Welche Zielsetzung haben Sie?

Giulia Gwinn: Das ist zum heutigen Zeitpunkt sehr schwierig zu sagen, weil wir als Mannschaft noch in der Findungsphase sind. Wir hatten ja vor kurzem einen riesen Umbruch: ein neues Trainerteam und ganz viele neue Spielerinnen, da viele verdiente Nationalspielerinnen zurückgetreten sind. Deswegen muss man erst einmal schauen, wie wir bis zum Turnier einfach auch zusammenkommen. Wir waren allerdings bei der letzten EM sehr erfolgreich und durften sogar ein bisschen Finalluft schnuppern, obwohl wir am Ende leider verloren haben. Ebenfalls sehr weit gekommen sind wir im vergangenen Sommer bei den Olympischen Spielen in Paris; sowas macht natürlich immer Lust auf mehr und man ist nur Sportlerin, wenn man den Willen hat, wirklich etwas zu erreichen. Deswegen hoffe ich sehr, dass wir so lange wie möglich dabei sind. Ein konkretes Ziel ausrufen möchte ich allerdings nicht. ▲

Das Interview führten Rupert Gröbl und Manfred Fischl am 5. März 2025.

ALLEINE AUF WEITER FLUR: WARUM ES NACH WIE VOR SO WENIGE SCHIEDSRICHTERINNEN IM FUSSBALL GIBT

von Thaya Vester



DFB-Bundestag in Düsseldorf: DFB-Präsident Egidius Braun gratuliert Hannelore Ratzeburg, die als erste Frau in den Vorstand gewählt wurde, 21. Oktober 1995.

Foto: SZ Photo/Horstmüller

Der Fußballsport erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit, gerade erst feierte der Deutsche Fußball-Bund e. V. (DFB) 125-jähriges Bestehen und kann beeindruckende Zahlen vorweisen. 7,7 Millionen Menschen sind derzeit als Mitglied in einem Fußballverein registriert – so viele wie nie zuvor.¹ Da der Fußball wie keine andere Sportart alle Bevölkerungsschichten durchdringt, besitzt er eine besondere gesellschaftliche Relevanz. Trotz einiger Spezifika (oder aber auch gerade deswegen) lassen sich hier interessante Strömungen ablesen, weshalb er durchaus als Gradmesser für gesellschaftliche Entwicklungen dienen kann. Hinsichtlich des Themas Geschlechtergerechtigkeit lässt sich feststellen, dass die Beteiligung von Mädchen und Frauen im Fußball in den letzten Jahren erheblich zugenommen hat. Zum einen findet sich auf den Tribünen inzwischen deutlich mehr weibliches Publikum, laut einer aktuellen Umfrage waren 39,7 Prozent der deutschen Fußball-Fans, also Personen, die Interesse an mindestens einem Verein der Bundesliga haben, weiblichen Geschlechts.² Wenn auch auf einem etwas niedrigeren Level lässt sich auch auf den Plätzen eine überaus positive Entwicklung feststellen. Der Frauenfußball freut sich Jahr für Jahr insbesondere über Zuwächse bei der Zahl von gemeldeten Spielerinnen. Zuletzt wies der DFB hier einen Frauenanteil von 18,0 Prozent auf.

Neuer Rekord, aber auf niedrigem Niveau

Selbst das Präsidium des DFB und andere machtvollen Positionen im Fußball werden inzwischen verstärkt mit Frauen besetzt. Dies gilt jedoch nicht gleichermaßen für alle Bereiche des organisierten Fußballsports, in starkem Kontrast hierzu steht das Schiedsrichterwesen. Dieses zeichnet sich nach wie vor durch große Homogenität aus: Unparteiische sind in der Regel männlich, weisen



seltener als die Durchschnittsbevölkerung einen Migrationshintergrund auf und verfügen über hohe Bildungsabschlüsse.³ Wie sich der aktuellen DFB-Mitgliederstatistik entnehmen lässt, gab es in der vergangenen Saison 2023/2024 bundesweit 2.671 aktive Schiedsrichterinnen. Das entspricht einer Frauenquote von 4,57 Prozent. Im Zuständigkeitsbereich des Bayerischen Fußball-Verbands e. V. liegen die Zahlen noch etwas niedriger, dort machen insgesamt 404 Schiedsrichterinnen einen Anteil von 3,95 Prozent aus. Auch wenn diese Zahlen es auf den ersten Blick nicht vermuten lassen, handelt es sich dabei um die bislang höchsten erreichten Werte – noch nie war das Schiedsrichterwesen so weiblich wie bisher.

Das ist ein deutlicher Fingerzeig darauf, wie ausgeprägt die männliche Dominanz in den letzten Jahrzehnten dort gewesen ist. Nun stellt sich jedoch die Frage, wie sich eine derart geringe weibliche Partizipation erklären lässt. Im Jahr 1969 legte die erste Frau in Deutschland ihre Prüfung zur Schiedsrichterin ab, seitdem wuchs – wie die Daten zeigen – die Zahl der Schiedsrichterinnen zwar kontinuierlich an, bewegt sich jedoch im Gesamten auf einem äußerst niedrigen Niveau und entwickelt sich nicht in vergleichbarem Maße so positiv wie in anderen Bereichen des Fußballs. Insbesondere der Umstand, dass auch viele Spiele

DFB-Bundestag in Bonn. Von 15 Mitgliedern des amtierenden DFB-Präsidiums sind fünf weiblich, 11. März 2022.

Foto: Picture Alliance/Getty Images/Fotograf: Simon Hofmann

1 Deutscher Fußball-Bund (2024): Mitgliederzahlen: Fußball wird jünger – mehr Mädchen und Schiris; <https://www.dfb.de/news/detail/mitgliederzahlen-fussball-wird-juenger-mehr-maedchen-und-schiris-262836> [Stand: 03.03.2025].

2 IfD Allensbach (2024): Fußball-Fans der Bundesliga in Deutschland nach Geschlecht im Vergleich mit der Bevölkerung im Jahr 2024. Statista. Statista GmbH; <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/727821/umfrage/fussball-fans-in-deutschland-nach-geschlecht/> [Stand: 03.03.2025].

3 Thaya Vester: Zielscheibe Schiedsrichter - immer noch!? Eine Trendstudie zum Sicherheitsgefühl und zur Opferwerdung von Schiedsrichtern im Amateurfußball, Baden-Baden 2019, S. 78 ff.

Bibiana Steinhaus zeigt bei ihrem letzten Einsatz als Schiedsrichterin beim DFL-Supercup Bayern München – Borussia Dortmund in der Allianz Arena Lucas Hernandez die gelbe Karte. Sie war die erste Frau, die im deutschen Männer-Profifußball Spiele leitete, München, 30. September 2020.
Foto: Picture Alliance/dpa/Reuters/Pool/Fotograf: Andreas Gebert

der Frauenteamen in der Regel von Männern geleitet werden, weist auf ein besonderes Ungleichgewicht in der Geschlechterverteilung hin.

Wenn Fußballfunktionäre mit dem geringen Frauenanteil im Schiedsrichterbereich konfrontiert werden, lässt sich häufig vernehmen, dass man diesen Umstand zwar durchaus bedauere, aber nicht wirklich etwas daran ändern könne: Schließlich stünden die Angebote ja allen offen, aber die Frauen kämen einfach nicht. Auf diese Art und Weise wird die Verantwortung dafür den Frauen zugeschrieben und eine eigene Verantwortlichkeit bezüglich des derzeitigen Status quo negiert. Alternativ könnte man(n) sich aber auch hinterfragen und prüfen, ob die derzeitigen Strukturen denn so ausgestaltet sind, dass sich Mädchen und Frauen im Schiedsrichterwesen angesprochen und willkommen fühlen.



Dies beginnt bereits mit der Frage, wie das Amt der Spielleitung auf den Internetpräsenzen der Landesverbände dargestellt wird, welche für die Ausbildung von Unparteiischen verantwortlich sind. Viele Landesverbände werben immer noch nicht aktiv für weibliche Schiedsrichter, häufig werden ausschließlich Abbildungen von Männern für die Außendarstellung genutzt. Nur rund ein Drittel der Verbände verwendet eine geschlechtersensible Sprache auf ihren Webseiten. Dies kann dazu führen, dass sich Frauen von Anfang an nicht angesprochen fühlen, sondern eher den Eindruck vermittelt bekommen, dass es sich beim Schiedsrichterwesen um eine Art „Männer-Bund“ handeln könnte.

Auf Bundesebene ist man sich über den besonderen Nachholbedarf im Schiedsrichterwesen durchaus bewusst. So wurde seitens des DFB vor einiger Zeit die „Strategie Frauen im Fußball FF27>>“ ausgegeben, um das Potenzial von Mädchen und Frauen für den Fußballsport stärker zu nutzen. Eines der insgesamt vier angestrebten Ziele stellt eine Erhöhung der Anzahl von aktiven Spielerinnen und Trainerinnen um 25 Prozent dar, die Zahl der Schiedsrichterinnen soll laut einer Projektbroschüre hingegen bis ins Jahr 2027 um 50 Prozent gesteigert werden.⁴ In den weiteren Ausführungen werden dann allerdings nur Strategien und Maßnahmen zur Gewinnung von Mädchen und Frauen benannt, die sich an die Funktionsgruppen der Spielerinnen und Trainerinnen richten, nicht aber an die der Schiedsrichterinnen. Dementsprechend mangelt es auch hier noch an einer systematischen Förderung.

Hinzu kommt, dass es derzeit in den obersten Spielklassen kaum Identifikationsfiguren gibt, die junge Schiedsrichterinnen motivieren könnten. Die wenigen höherklassigen Schiedsrichterinnen, die zum Teil auch im Herren-Spielbetrieb pfeifen, müssen sich gegen Vorurteile behaupten und finden auch medial nur wenig Beachtung, ganz im Gegensatz zur Berichterstattung, die Bibiana Steinhaus während der 2010er Jahre zuteil wurde. Als erste Schiedsrichterin in Deutschland, die auch Spiele in der Herren-Bundesliga leitete, hatte sie eine enorme Strahlkraft und konnte vielen Mädchen und Frauen im Fußball als Vorbild dienen.

4 Deutscher Fußball-Bund [2022]: FF 27>> FRAUEN IM FUSSBALL FAST FORWARD, S. 19; https://www.dfb.de/ePaper/DFB22_Frauen_im_Fussball_DE/#20 [Stand: 03.03.2025].

Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer

Zum damaligen Zeitpunkt gingen viele davon aus, dass die Erfolge von Bibiana Steinhaus, aber vor allem auch ihr tapferes Ertragen verschiedenster Ungerechtigkeiten und Widrigkeiten den Weg für nachfolgende Schiedsrichterinnen ebnen und diese es deutlich leichter haben werden, sich im oberen Segment des Schiedsrichterwesens durchsetzen zu können. Leider hat sich dies nicht bewahrheitet. Vielmehr lässt sich der Eindruck gewinnen, dass die Tür, die dadurch einen Spalt breit geöffnet war, inzwischen wieder geschlossen ist. Auch die Tatsache, dass der DFB die Expertise von Bibiana Steinhaus nach dem Beenden ihrer aktiven Karriere als Elite-Schiedsrichterin nicht nutzte, sondern sie sich stattdessen der Förderung von Schiedsrichterinnen in England widmete, stellt definitiv eine verstrichene Chance dar.

Doch wie kann es nun gelingen, Mädchen und Frauen für das Schiedsrichteramt auch ohne ganz große weibliche Vorbilder zu gewinnen? Neben spezifischeren Angeboten für die Zielgruppe, z. B. in Gestalt von separaten Neulingskursen, bedarf es einer starken Sichtbarkeit in der Ansprache. Diesbezüglich ist die Symbolkraft von Wort und Bild zu berücksichtigen, die die Mädchen und Frauen prinzipiell suggerieren kann, dass sie im Schiedsrichterwesen willkommen sind – oder eben auch nicht. Daher ist es sehr begrüßenswert, dass die Werbematerialien, die den DFB den Vereinen über die sog. „Schiri-Toolbox“ für die Nachwuchswerbung zur Verfügung stellt, so gestaltet werden können, dass Frauen explizit angesprochen werden. Hierbei können sehr einfach Plakate generiert werden, auf denen Schiedsrichterinnen zu sehen sind. Des Weiteren können Slogans, welche spezifisch Frauen ansprechen, wie beispielsweise „Die Waffen einer Frau: Pfeife, Karten, Selbstvertrauen“ oder „Für mehr Frauen in Führungspositionen“ gewählt werden.

Wie gewonnen, so zerronnen?

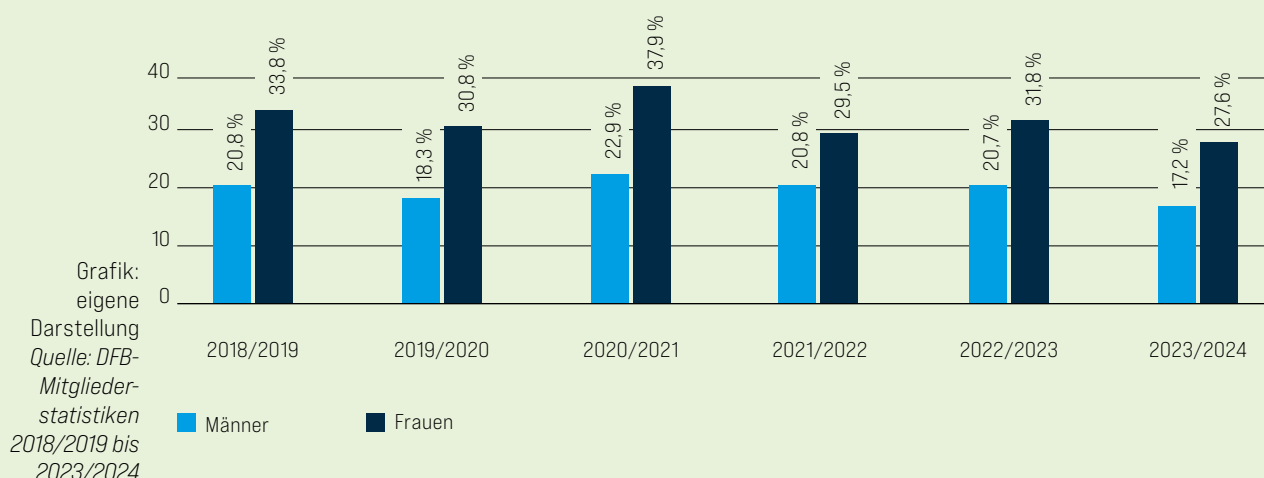
Allerdings stellt die Rekrutierung von Schiedsrichterinnen nur einen Aspekt der niedrigen Frauenbeteiligungquote dar. Denn ein detaillierterer Blick in die Zahlen zeigt, dass es den Verbänden – wenn auch auf einem niedrigen Niveau – durchaus gelingt, Mädchen und Frauen für die Schiedsrichterausbildung zu gewinnen. Die noch viel größere Herausforderung besteht allerdings darin, die dann ausgebildeten Schiedsrichterinnen auch im System zu halten.



So weisen die Daten des DFB der letzten Jahre darauf hin, dass eine große Fluktuation im Schiedsrichterwesen herrscht. Dabei hielten sich Zu- und Abgänge zumeist weitestgehend die Waage, allerdings lässt sich konstant ein deutlicher Unterschied zwischen den Geschlechtern bezüglich der persönlichen Bindung ans Schiedsrichterwesen ausmachen: Während bei den Männern über die Jahre hinweg etwa jeder Fünfte das System wieder verlässt, ist es bei den Frauen knapp jede Dritte.

Foto:
Schiri-Toolbox [<https://schiedsrichter-toolbox.dfb.de/>]

Drop-Out-Quoten im Schiedsrichterwesen, separiert nach Geschlecht



Einer Abkehr von der Schiedsrichterei liegen individuell die unterschiedlichsten Ursachen zugrunde, allerdings ist die hier dargestellte geschlechtsspezifische Differenz nicht von der Hand zu weisen. Dies untermauern auch die wenigen zu diesem Thema vorliegenden Forschungsarbeiten. So besagt eine jüngere Umfrage, dass rund 59,7 Prozent der männlichen Unparteiischen nie darüber nachdenken, mit dem Pfeifen aufzuhören; bei den Frauen hingegen sind es nur 42,0 Prozent, die solche Gedanken nie haben.⁵ Zweifels- ohne spielt dabei eine wesentliche Rolle, wie Frauen auf und neben dem Platz begegnet wird, wenn sie als Spielleiterinnen agieren.

Multiple Herausforderungen auf und neben dem Platz

So berichten Schiedsrichterinnen von einer Vielzahl an Herausforderungen auf verschiedenen Ebenen. Das beginnt häufig bereits damit, dass vielerorts keine separaten Kabinen für Frauen in

der Spielleitungsfunktion vorgesehen sind und sich diese, z. B. wenn sie im Gespinn unterwegs sind, gemeinsam mit ihren Kollegen umkleiden und duschen müssen.

Auf dem Sportplatz selbst sind sie dann offenem und verdecktem Sexismus ausgesetzt, sei es durch anzügliche oder abwertende Kommentare und andere unangemessene Äußerungen von Spielern, Trainern oder aus der Zuschauerschaft.⁶ Wie Befragungen zeigen, sind Frauen weitaus häufiger von Diskriminierung betroffen als ihre männlichen Kollegen.⁷ Vielfach werden diese von den Schiedsrichterinnen aber gar nicht erst an das Sportgericht gemeldet, entweder weil sie das Gefühl haben, dass sich niemand dafür interessiert oder aber, weil ihnen gar nicht bewusst ist, an wen sie sich mit diesem Thema wenden können.

5 Vgl. Thaya Vester: Gewalt gegen Unparteiische im Fußball – eine unendliche Geschichte? Längsschnittdaten zur Opferwerdung und zum Sicherheitsgefühl. In: Thaya Vester/Jörg Kinzig/Jennifer Grafe/Benedikt Iberl/Sarah Schreier/Katharina Stelzel (Hg.): Am Puls der Zeit?! Trends, Transfer und Tradition in der Kriminologie. Mönchengladbach [im Erscheinen].

6 Vgl. exemplarisch Andreas Reiners [2024]: Sexismus gegen Schiedsrichterinnen: „Das Schlimmste ist es, an der Linie zu stehen“; <https://web.de/magazine/sport/fussball/sexismus-schiedsrichterinnen-schlimmste-linie-stehen-39539408> [Stand: 03.03.2025].

7 Vgl. Thaya Vester: „So eine Fotze, die sieht doch nichts!“ – Eine empirische Annäherung an das Erleben und den Umgang mit persönlichen Diskriminierungen von Schiedsrichterinnen im deutschen Amateurfußball. FuG – Zeitschrift für Fußball und Gesellschaft, 2(1) (2020), S. 22–41; <https://www.budrich-journals.de/index.php/fug/article/view/35928> [Stand: 03.03.2025].

Dies betrifft insbesondere auch solche Fälle, die sich nicht auf dem Fußballfeld bzw. im Spielbetrieb, sondern im Schiedsrichterwesen selbst ereignen. Denn auch dort wird Mädchen und Frauen nicht automatisch bedingungsloser Rückhalt zuteil, vielmehr befinden sie sich in diesem Kontext ebenso in einer Außenseiterposition. Dort erleben sie entweder, dass ihre Arbeit weniger ernst genommen wird oder, dass sie stärker unter Beobachtung stehen als ihre männlichen Kollegen. Neben strukturellen Benachteiligungen sind sie aber auch in diesem Rahmen nicht vor sexistischen Äußerungen oder anderen unangemessenen Verhaltensweisen innerhalb der eigenen Gruppe gefeit. Diese Gemengelage führt dazu, dass viele Frauen dem Schiedsrichterwesen den Rücken kehren und nur diejenigen erhalten bleiben, die über genügend Resilienz verfügen, um in dieser Sonderrolle bestehen zu können.

Kipppunkt noch nicht in Sicht

Diese hohen Dropout-Quoten wirken sich in mehrerlei Hinsicht nachteilig aus. Zunächst handelt es sich dabei ganz nüchtern betrachtet um ein Vergeuden von Ressourcen. Aber dadurch, dass nur wenige Frauen längerfristig im System verbleiben, gibt es für die Einsteigerinnen auch kaum weibliche Vorbilder in den höheren Spielklassen, denen man nacheifern könnte. Durch die insgesamt niedrige Partizipation von Frauen sind in der Folge auch die Organisationsstrukturen sowie das Lehrwesen

bzw. Positionen in Aus- und Fortbildung zu meist ausschließlich männlich besetzt. Dementsprechend bleiben auch hier die gesonderten Bedürfnisse von Frauen unberücksichtigt (wie z. B. spezifische Beschwerdemöglichkeiten bei Sexismusvorfällen), was wiederum den gegenwärtigen Zustand zementiert.

Solange keine Personen in entsprechenden Positionen sitzen, die die spezifischen Herausforderungen für Frauen (er)kennen, wird sich erfahrungsgemäß nur wenig ändern. Wie sich in anderen gesellschaftlichen Bereichen feststellen lässt, ist auch die Partizipation einzelner Frauen in Gremien noch nicht ausreichend, da sich kleine Minderheiten oft der Mehrheitsmeinung anschließen (müssen). In diesem Zusammenhang wird häufig davon gesprochen, dass eine kritische Masse erst dann erreicht ist, wenn der Anteil von Menschen mit anderem Geschlecht, anderer Hautfarbe oder sonstigen Diversitätsdimensionen mindestens 30 Prozent beträgt.⁸

Davon sind wir zum jetzigen Zeitpunkt noch weit entfernt. Allen Mitgliedern der Fußballfamilie sei daher empfohlen, Schiedsrichterinnen insgesamt mit mehr Wertschätzung zu begegnen. Um die Situation nachhaltig zu verbessern, müssen gezielt Maßnahmen ergriffen werden, die von einer geschlechtersensiblen Nachwuchsgewinnung über stärkeren Schutz vor Diskriminierung bis hin zu einer stärkeren Verankerung von Frauen im Funktionärsbereich reichen. Nur so kann sichergestellt werden, dass der Fußball als Sport für alle auch im Schiedsrichterbereich gerechter und inklusiver wird. 🟢

8 Rosabeth M. Kanter: *Some effects of proportions on group life: Skewed sex ratios and responses to token women*. *American Journal of Sociology*, 82(5) (1977), S. 965–990; <https://www.journals.uchicago.edu/doi/10.1086/226425> [Stand: 03.03.2025].

EINE EINFACHE LÖSUNG...

von Angelina Heckmann

Angelina Heckmann ist Künstlerin und unterrichtet Kunst und Englisch in Kecskemet/Ungarn.



MUSIK UND POLITIK: DER SOUND DER ZEIT – FRAUENPERSPEKTIVEN

DIE FIGUR DER STARKEN FRAU IM COUNTRY POP

„Man! I feel like a woman!“ von Shania Twain (1997)



Shania Twain bei einem Auftritt in Hamburg, 28. Februar 2004
Foto: Picture Alliance/
dpa/Fotograf: Kay Nietfeld

Die kanadische Sängerin und Songwriterin Shania Twain hatte keine einfache Kindheit: Vor einigen Jahren berichtete sie davon, dass ihr Stiefvater sie sexuell missbraucht habe und gegenüber ihrer Mutter gewalttätig geworden sei. Diese traumatischen Erfahrungen sollten ihr weiteres Leben und auch ihre international erfolgreiche Karriere wesentlich beeinflussen: In einem Interview sagte Twain, sich jahrelang für ihr Frausein geschämt und Angst vor dem Zeigen ihres Körpers gehabt zu haben – zu schlimm waren die Erinnerungen. Irgendwann aber habe sie das ständige Versteckspiel satt gehabt und angefangen, ihre Weiblichkeit zu akzeptieren und sich in ihrem Körper wohlfühlen. In dieser Zeit entstand in Zusammenarbeit mit ihrem damaligen Ehemann Mutt Lange auch ihr im Jahr 2000 mit einem Grammy für die „beste weibliche Gesangsdarbietung“ in der Countrymusik ausgezeichnete Song „Man! I Feel Like a Woman“, in dem sie ihr eigenes Empowerment musikalisch verarbeitet. Ihre Angst vor dem Frausein ist im Song vollends verschwunden: „The best thing about bein' a woman/Is the prerogative to have a little fun [...]“. Viele Dinge, die sich Twain lange Zeit nicht vorstellen konnte, scheinen für sie nun eine Selbstverständlichkeit zu sein: „I'm goin' out tonight [...] Color my hair [...] We're gonna let our hair hang down [...] Men's shirts, short skirts“. Die Message ist deutlich: Frausein bedeutet für sie, alles tun zu können, ohne dabei bestimmten Geschlechterstereotypen gerecht werden zu müssen: „[...] forget I'm a lady [...] I wanna be free yeah, to feel the way I feel“. Obwohl Twain mit diesem Song die Figur der starken Frau im Country Pop entscheidend mitgeprägt hat, betonte sie: „Man darf meine Musik nicht als Contra-Mann und Pro-Frau verstehen. Mir geht es um Selbstbewusstsein. [...] Es geht um Freiheit und Unabhängigkeit. Das können Männer genauso auf sich beziehen“.

Jakob Nawrath

„NUR EIN MÄDCHEN“ – JUST A GIRL

– die sarkastische Momentaufnahme zur Lage der Frauen



Gwen Stefani auf einem Konzert in Berlin, 9. Juni 2022
Bild: snapshot-photography/SZ Photo/
Fotograf: Russell Price.

1995 veröffentlichte die geniale Rock-/Ska-/New Wave-Band No Doubt aus Anaheim, Kalifornien, ihre Platte „Tragic Kingdom“, die mit dem fetzigen Song „Just a girl“ beginnt. Leadsängerin Gwen Stefani, damals 26 Jahre alt, kommentierte damit ihren Frust, dass Frauen am Ende des 20. Jahrhunderts immer noch als grundsätzlich gefährdete, unselbstständige Wesen betrachtet würden, die auf den Schutz von Männern angewiesen seien, um sich in der Welt sicher fühlen zu können: „Take this pink ribbon off my eyes/I'm exposed and it's no big surprise/Don't you think I know exactly where I stand?/This world is forcing me to hold your hand“. Sie hatte den Text angeblich geschrieben, nachdem ihre Eltern sie angehalten hatten, nicht allein in der Nacht unterwegs zu sein, weil das für ein Mädchen zu gefährlich sei.

Dabei waren die 1990er eigentlich ein gutes Jahrzehnt für Frauen (im Westen). Pionierinnen wie Madonna hatten Konventionen eingerissen, die längst überfällig waren. Die Generation von Gwen Stefani (elf Jahre jünger als Madonna) hatte von diesen Tabubrüchen bereits profitiert. In „Just a girl“ konstatiert sie aber, dass vieles eben auch 1995 für Frauen noch *strange* und schwierig sei – man fühle sich wie ein Freak mit dieser Mädchen-Identität: *Oh, I'm just a girl, all pretty and petite/So don't let me have any rights*. Dass das nur beißend sarkastisch gemeint ist, offenbart der Sound des Lieds: laut, wild, gar nicht brav. *Oh, I've had it up to here* – endet der Song und lässt ahnen, dass noch vieles kommen werde.

„Just a girl“ wurde zu einer feministischen Hymne, die auch Frauen eine Generation später noch inspiriert. In einem Interview 2024 kommentierte Stefani, der Gedanke hinter dem Song sei gewesen, dass Frauen lernen sollten, ihre weibliche Attitüde zu nutzen – um frei zu leben.

Monika Franz

PAULINA RUBIO

„El último adiós“



Paulina Rubio bei einem Auftritt fürs spanische Fernsehen in Madrid, 30. Januar 2001
Foto: Getty Images/
Fotograf: Carlos Alvarez/Newsmake

„Como todos ustedes saben - yo soy un poco feminista“ („Wie Ihr alle wisst - ich bin ein bisschen feministisch“). Mit diesen Worten leitete die mexikanische Sängerin Paulina Rubio 2001 auf dem internationalen Musik-Festival in Viña del Mar (Chile) ihr Lied „El último adiós“ ein.

Der Text handelt von einer jungen verliebten Frau, die (erneut) von ihrem Freund betrogen worden war, doch dieses Mal endlich Konsequenzen ziehen will. Selbst wenn der unverbesserliche Schwerenöter reumütig auf Knien ankommen („*aunque vengas de rodillas*“) und unter Tränen um Verzeihung bäte („*y me llores, que te absuelva y te perdone*“) würde sie ihm mitteilen, dass sie sich von seinen „Ketten“ endgültig befreit habe („*te he tirado tus cadenas*“).

In einem Kulturkreis, in dem bis heute männliche (!) „Untreue Tradition“ (Die Welt) hat und oft sogar bewundert wird, waren diese Aussagen ein klares gesellschaftliches Statement, das nicht zwingend in der Biografie von Rubio angelegt schien.

So wurde die zierliche blondgelockte Pau ähnlich wie Britney Spears schon früh als tanzender, singender und schauspielender Kinderstar bekannt und mit ihren Auftritten als 17-Jährige bei der Tele-Soap „*pasión y poder*“ („Macht und Leidenschaft“) schien das Rollenbild unzweideutig zementiert. Doch „*La chica dorada*“ („das goldene Mädchen“) entwickelte sich für viele überraschend schnell zu einer Art „lateinamerikanischen Madonna“ und mischte die traditionell von Männern dominierte Musikindustrie ordentlich auf (LAT). Auch von vielen Angehörigen der LGBTQ-Gemeinde wurde sie schon früh auf Grund ihrer Affinität zu queeren Themen als Ikone entdeckt und bis heute verehrt.

So geht es in „*Enamorada*“ aus dem Jahr 1997 ebenfalls um eine betrogene junge Frau. Jedoch zeigt sich die verletzte Protagonistin deutlich weniger zornig als in „*El último adiós*“, sondern stellt vielmehr in dem offenen Ende des Videos traditionelle Geschlechterrollen in Frage. Im Anzug und Zigarre rauchend verlässt sie die Szenerie. Sie hat entdeckt, dass ihr Partner ein Doppelleben führt – allerdings mit einem anderen Mann.

Manfred Fischl

„HYMNE DES FEMMES“

Merci, Gisèle!



Gisèle Pelicot in Avignon, 4. November 2024
Foto: Picture Alliance/
Fotograf: Christophe Agostinis

Einen Sound der Zeit zu „Feminismus“ zu finden, ist sowohl unproblematisch als auch gleichzeitig unglaublich schwierig. Ursprünglich dachte ich sofort an Shirin Davids „Lächel doch mal“. David rappt darüber, was Frauen jeden Tag erleben, wie Männer mit ihnen umgehen. Sehr treffend in der heutigen Zeit, in der Vorstände häufig nur aus Männern bestehen, Frauen als „nettes Beiwerk“ betitelt werden, hauptsächlich Männer die Verhandlungen für eine neue Regierung gestalten und dafür medientauglich posieren, Frauen bei Übergriffen durch Männer eine Teilschuld aufgrund ihrer Kleidung zugesprochen wird (wenn nicht justiziell, dann zumindest doch medial).

Ganz unüblich für „meine Generation“ möchte ich aber zurückgehen in die 1970er Jahre. Das französische Chanson „*Hymne des Femmes*“ entstand 1971. Im letzten halben Jahr hat das Singen des Songs große Bedeutung erlangt. Unterstützerinnen von Gisèle Pelicot empfangen sie jeden Tag mit zustimmenden Plakaten und Rufen, wenn sie das Gericht in Avignon verließ. Am 19. Dezember 2024, dem Tag der Urteilsverkündung, wurde Pelicot nicht nur mit Schildern und Zustimmung begrüßt, die Anwesenden sangen im Chor das leicht abgeänderte Chanson. Vor allem der Refrain „*Debout, debout, debout*“ („Steh auf, steh auf, steh auf“) wurde mehrfach angestimmt. Das Chanson handelt von „*femmes achetées, vendues, violées*“ (gekauften, verkauften, vergewaltigten Frauen), die aufstehen und die Barrieren brechen sollen. Passender könnte ein Lied für Gisèle Pelicot kaum gewählt werden. Sie wurde von ihrem Mann jahrelang unter Drogen gesetzt, vergewaltigt und anderen Männern angeboten. Sie wehrte sich und zeigte ihren Mann an. Ihr nun Ex-Mann wurde zu 20 Jahren Haft verurteilt, weitere 50 Männer zu Haftstrafen zwischen drei und 15 Jahren.

Gisèle Pelicot – Opfer und Heldin zugleich. Sie hatte entschieden, dass der Prozess öffentlich stattfindet, die mediale Berichterstattung war länderübergreifend überwältigend. Was von Gisèle Pelicot bleiben muss – am besten im kollektiven Gedächtnis – ist ihre Forderung: DIE SCHAM MUSS DIE SEITE WECHSELN.

Nadja Renner



INFO

Wir freuen uns über
Zuschriften von Leserinnen und
Lesern, die ebenfalls einen Song
zu dieser Thematik empfehlen.

Bitte schreiben Sie uns:
landeszentrale@blz.bayern.de

Wegbereiterinnen und Vorbilder - Spitzenpolitikerinnen im Bayerischen Landtag
 Folge 2: Renate Schmidt

2

„DIE ROTE RENATE“
 EIN NEUER TYP FRAU IN DER POLITIK

von Daniela Neri-Ultsch

Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Renate Schmidt, ist die neue Hoffnungsträgerin der bayerischen SPD. Sie soll als erste Frau die SPD-Landesliste in Bayern zu Bundestagswahl anführen, Nürnberg, 17. November 1988.

Foto: Picture Alliance/
 Fotograf: dpa Kemmether



Die Sozialdemokratin Renate Schmidt aus Nürnberg war bereits seit 1980 Mitglied des Deutschen Bundestages und seit 1990 auch dessen Vizepräsidentin, als sie vom damaligen SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel den Auftrag erhalten hatte, die SPD als Spitzenkandidatin in den Landtagswahlkampf 1994 zu führen. Nach dem enttäuschenden Ergebnis der SPD bei den

Landtagswahlen von 1990¹ rief Vogel sie an und forderte: „Renate, da in Bayern muss sich jetzt endlich was ändern.“² Schmidt, die seit 1991 auch SPD-Landesvorsitzende in Bayern war, erklärte sich bereit diese Aufgabe zu übernehmen. 1994 führte sie die SPD als Herausforderin des damaligen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber in den Landtagswahlkampf und wirkte wesentlich dabei mit, das Wahlergebnis der SPD auf 30 Prozent zu steigern. Sie zog als Oppositionsführerin in den Bayerischen Landtag ein. Diesen Posten hatte sie bis in das Jahr 2000 inne, als sie schließlich in die Bundespolitik zurückkehrte: 2002 wurde sie von Bundeskanzler Gerhard Schröder als Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in sein zweites Kabinett berufen. Der ehemalige Ministerpräsident Edmund Stoiber, den Renate

- 1 Die SPD erzielte bei den Landtagswahlen von 1990 ein Wahlergebnis von 26 Prozent. Vgl. dazu: https://www.bavariathek.bayern/medien-themen/portale/geschichte-des-bayerischen-parlaments/landtage-seit-1819.html?tx_parlament_pi4%5Baction%5D=show&tx_parlament_pi4%5Bcontroller%5D=Landtag&tx_parlament_pi4%5Bkategorie%5D=36&tx_parlament_pi4%5Blandtag%5D=3696cHash=d33ec51345a-2587ca4370e17e0bc12be [Stand 14.02.2025].
- 2 Zit. nach: Hilde Balke: Sie waren die Ersten. Frauen im Bayerischen Landtag nach 1945, München 1996, S. 160.



Die bayerische Vorsitzende der SPD, Renate Schmidt, mit ihrer Enkelin Monika und Bauernbub Max beim Urlaub auf einem Bauernhof im Sommer 1992

Foto: Picture Alliance/
Fotograf: Frank Mächler

Schmidt zwei Mal in Bayern als Spitzenkandidatin bei den Wahlkämpfen 1994 und 1998 herausgefordert hatte, attestierte seiner Kontrahentin im Rückblick: „Frau Schmidt war natürlich eine ganz schwierige Gegenkandidatin, weil sie eine außerordentlich sympathische und entschlossfreudige Frau war, das war schon eine besondere Herausforderung. Der Respekt war immer und wird auch immer bleiben.“³ Vor gut dreißig Jahren war das noch eine ungewöhnliche Konstellation - eine Frau als politische Kontrahentin und Oppositionsführerin: Schmidt hat in Bayern diese Tür erstmals für die Frauen aufgestoßen und damit neue Maßstäbe gesetzt.

Herkunft und Prägungslinien

Renate Schmidt wurde als Renate Pokorny am 12. Dezember 1943 in Hanau am Main als erstes Kind

eines leitenden technischen Angestellten und seiner Frau geboren. Sie wuchs mit ihrer jüngeren Schwester Katharina in einem evangelischen Elternhaus auf. Ihre Kindheit verbrachte sie zunächst in Coburg, ihre Jugendzeit erlebte sie in Fürth. Der Vater stammte aus einer Juristen- und Offiziersfamilie in Prag⁴ und ihre Mutter kam von einem Großbauernhof aus Frauendorf in Siebenbürgen und hatte eine Ausbildung in Hauswirtschaft absolviert. Da die unmittelbare Nachkriegszeit sehr entbehrungsreich war, waren beide Elternteile berufstätig, um den Lebensunterhalt der Familie zu sichern. So lernte Schmidt schon in frühen Jahren Selbstständigkeit und Verantwortung zu übernehmen: „Bereits mit sieben Jahren habe ich den gesamten Einkauf für den elterlichen Haushalt besorgt, habe beim Lebensmittelhändler auch, wenn das Geld einmal nicht reichte, anschreiben lassen und dann, wenn ich bezahlt habe, die Rabattbücher geführt. Wenn ich zum Beispiel billige Eier oder

3 Edmund Stoiber in dem Filmporträt: „Renate Schmidt – die Unbeirrbare“ in der Sendereihe Lebenslinien, erstmals gesendet am 11.12.2023 im Bayerischen Fernsehen; <https://www.br.de/br-fernsehen/sendungen/lebenslinien/renate-schmidt-die-unbeirrbare-politikerin100.html> [Stand: 14.02.2025].

4 Vgl. Renate Schmidt im Gespräch mit Rainer Burchardt am 23.02.2012 im Sendeformat „Das Zeitzeugengespräch“ des Deutschlandfunks: „Sozialdemokratin mit gutem Gespür für das konkret Machbare“; <https://www.deutschlandfunk.de/sozialdemokratin-mit-gutem-gespuer-fuer-das-konkret-machbare-100.html> [Stand 14.02.2025].

sonst etwas Preiswertes entdeckt habe, durfte ich das ohne weiteres einkaufen, weil meine Eltern das vernünftig fanden.“⁵ Politik spielte in der Familie eine Rolle, auch wenn ihre Eltern sich nicht aktiv politisch engagierten. „Bei uns zuhause ist immer über Politik diskutiert worden, und das Gute war, wir Kinder durften auch mitdiskutieren und wir wurden auch ernst genommen. Es war nicht so, dass man da nach dem Motto: „Das verstehst Du noch nicht“, abgewürgt wurde. Und das verschafft auch Selbstbewusstsein und auch in der Schule gehörte ich zu den eifrigsten Diskutiererinnen.“⁶ Daraus folgend setzte sich Schmidt als Klassensprecherin für Gerechtigkeit und Schwächere ein. Sie war eines von drei Mädchen von insgesamt 40 Mitgliedern, die dem Arbeitskreis Politik aus drei Fürther Gymnasien angehörte.⁷ Eine wichtige Rolle für die weitere Entwicklung spielte ihre im Familienhaushalt lebende Großmutter, die Renate Schmidts stark ausgeprägtes Leseinteresse durch gemeinsame Bibliotheksbesuche förderte. Wie damals üblich, waren ihre Eltern zunächst der Meinung, für ein Mädchen genüge es, eine Ausbildung zur Verkäuferin oder Büroangestellten zu machen und dann zu heiraten. Da sie eine gute Schülerin war, empfand sie diese Berufsperspektive für ein Mädchen als ungerecht und hielt dagegen, sie wollte Lehrerin werden.⁸ Obwohl sich Schmidt damit durchsetzte und die gymnasiale Schullaufbahn einschlug, musste sie 1961 ein Jahr vor dem Abitur von der Schule abgehen, weil sie mit 17 Jahren schwanger wurde. Da die Schulleitung sie der Schule verwies, weil „sie Schande über die Schule gebracht habe“⁹, war der Traum vom Lehramtsstudium hinfällig. Im selben Jahr heiratete Renate Schmidt den drei Jahre älteren Gerhard Schmidt,

den sie im Tanzkurs kennengelernt hatte. Auch dabei musste Renate Schmidt früh erfahren, welche Stellung die Frau in der damaligen Gesellschaft noch zugewiesen bekam. Sie erläuterte dazu in einem Interview: „Wir wollten heiraten und das war damals nicht so einfach, denn er war noch nicht volljährig, er war 20 und ich war noch nicht ganz 18. Er musste für volljährig erklärt werden, ich nicht, weil ich dann automatisch unter der Vormundschaft meines Mannes stand. Sowas gab es damals noch!“¹⁰ Die junge Familie lebte anfangs in einem Zimmer bei der Schwiegermutter. Gerhard und Renate Schmidt versuchten beruflich Fuß zu fassen, um den Lebensunterhalt zu sichern. Am Beginn ihres Familienlebens fiel zunächst ihr allein die Führung des Haushalts zu, die junge Mutter hielt dies aber für überholt und bewirkte nach intensiven Diskussionen mit ihrem Mann schließlich, dass sie sich künftig die Hausarbeit teilten.¹¹

Ausbildung und Einstieg in die Politik

Aufbruchsgeist und Mut zu Neuem führten Schmidt dann zu einem damals ganz neuartigen Beruf. Anfang der 1960er Jahre war die Pionierzeit der EDV-Branche. Sie bewarb sich für die Ausbildung zur Programmiererin beim Versandhaus Quelle und bestand die Aufnahmeprüfung, wobei sie sich gleich in mehrfacher Hinsicht abhob: die Jüngste, Frau und schwanger in einem ansonsten reinen Männerteam. Durch ihr berufliches Umfeld lernte sie, für ihre Rechte zu kämpfen, was anfangs in dieser Männerdomäne nicht einfach war. Besonders nach der Geburt ihres ersten Kindes musste sie vehement dafür eintreten, dass auch sie den in ihrer Abwesenheit stattgefundenen Lehrgang nachholen durfte und als vollwertiges Mitglied der EDV-Abteilung akzeptiert wurde. Sie verdiente zwar gut, erhielt jedoch weniger Gehalt als ihre männlichen Kollegen, wie sie später feststellen musste. Sie selbst sagt rückblickend dazu: „Aber das muss ich auch sagen, sie hatten nicht mehr zu sagen als ich. Für mich war es wichtig, dass ich mich durchsetzen konnte.“¹² Renate Schmidt setzte ihre berufliche Laufbahn mit der Weiterbildung zur Systemanalytikerin fort und stieg in

5 Renate Schmidt: Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten: Frauen auf dem Weg zur Macht, in: Frauen an der Macht. 21. Einflussreiche Frauen berichten aus der Wirklichkeit, hg. v. Maybrit Illner, München 2005, S. 175–184, hier S. 175 f.

6 Vgl. dazu: Schmidt in dem Filmporträt: "Renate Schmidt - die Unbeirrbare" (wie Anm.3)

7 Vgl. Renate Schmidt im Gespräch mit Rainer Burchardt am 23.02.2012 (wie Anm. 4).

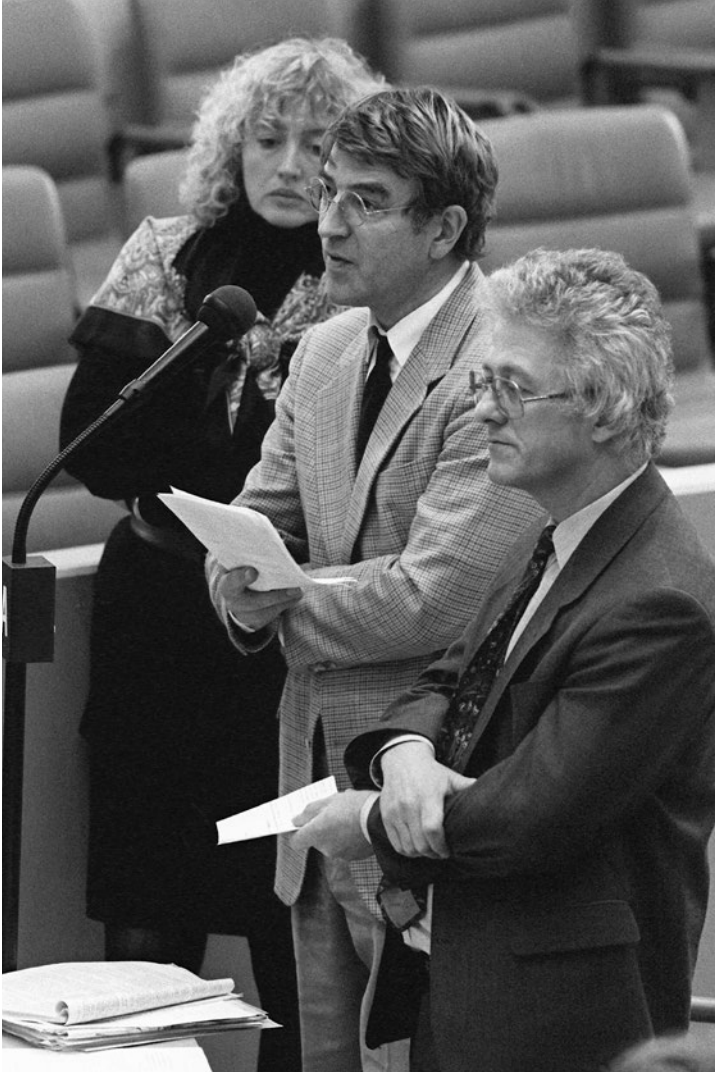
8 Vgl. dazu: Schmidt in dem Filmporträt: „Renate Schmidt – die Unbeirrbare“ (wie Anm. 3).

9 Vgl. dazu: Renate Schmidt in der WDR - Hörfunkreihe „Erlebte Geschichte“ vom 19.06.2011; <https://www1.wdr.de/radio/wdr5/sendungen/erlebtegeschichten/schmidtrenate100.html> [Stand 14.02.2025].

10 Ebd.

11 Ebd.

12 Zit. nach: Schmidt (wie Anm. 5), S. 177.



Die SPD-Politiker (r.-l.) Karsten Voigt, Norbert Gansel und Renate Schmidt in einer Fragestunde des Bundestages an Bundesfinanzminister Stoltenberg. Die Kritik der Opposition richtet sich auf ein Vorhaben der Bundesregierung, den Export von acht Tornados nach Jordanien durch die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau mitfinanzieren zu lassen, Bonn, 26. Oktober 1988. Foto: Picture Alliance/Fotograf: Heinrich Sanden

der Karriereleiter auf. Nachdem die Familie mit der Geburt zweier weiterer Kinder stetig wuchs, kamen Gerhard und Renate Schmidt überein, dass Gerhard sich ganztags um Haushalt und die Kinder kümmerte und sie weiterhin berufstätig blieb. Das war damals noch eine sehr ungewöhnliche Entscheidung und wurde durchaus sehr kritisch wahrgenommen. Besonders ihr Mann musste sich rechtfertigen. Renate Schmidt fasst pragmatisch zusammen: „Wir haben in diesem Fall einfach die

Rollen getauscht, weil was anderes einfach überhaupt nicht möglich war.“¹³ Es gab damals weder eine flächendeckende Kinderbetreuung durch ein entsprechendes Kindergartenangebot noch eine Ganztagsbetreuung nach dem Schulunterricht.

Mitte der politisch bewegten 1960er Jahre zur Zeit der ersten Großen Koalition (1966–1969) begann sie gemeinsam mit ihrem Mann politisch aktiv zu werden. Sie nahm an Demonstrationen teil und trat 1970 in die Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG) ein. Schmidt setzte sich innerbetrieblich bei Quelle für die Umsetzung des neuen Betriebsverfassungsgesetzes ein, engagierte sich zunächst im Betriebsrat und ab 1975 auch im Gesamtbetriebsrat. 1972 erfolgte gemeinsam mit ihrem Mann der Eintritt in die SPD, um für soziale Gerechtigkeit, mehr Rechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie mehr Gleichberechtigung zu streiten. „So der letzte Schubs, in die SPD einzutreten, war dann das Misstrauensvotum¹⁴, das anstehende, und war natürlich – ich war damals gerade ganz neu gewählte Betriebsrätin – das neue Betriebsverfassungsgesetz, das ja maßgeblich durch die SPD zustande gekommen ist.“¹⁵

Das Motto des ersten sozialdemokratischen Bundeskanzlers Willy Brandt „Mehr Demokratie wagen“ begeisterte und motivierte sie, sich auch in ihrem Beruf politisch einzubringen. Ein wichtiges Anliegen war damals die gerechte Bezahlung für Schichtarbeiterinnen. Mit anderen forderte Schmidt, dass Frauen, die am Fließband die Arbeit erbringen mussten, mindestens so gut zu bezahlen wie die Männer, die die Arbeit der Frauen kontrollierten – diese waren eine Lohngruppe

13 Ebd.

14 Gemeint ist das konstruktive Misstrauensvotum gegen Willy Brandt im April 1972. Die sozial-liberale Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) und Außenminister Walter Scheel (FDP) hatte nur eine knappe Mehrheit von zwölf Stimmen. Bei der Abstimmung zur Ratifizierung der Ost-Verträge traten mehrere Mandatsträger der SPD und der FDP zur Union über. Oppositionsführer Rainer Barzel von der CDU versuchte mit einem konstruktiven Misstrauensvotum Bundeskanzler Willy Brandt und damit die sozial-liberale Regierung Brandt/Scheel zu stürzen. Dieses scheiterte und Brandt blieb Bundeskanzler. Vgl. dazu: https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/28290403_misstrauensvotum01-200574 [Stand 14.02.2025].

15 Schmidt im Gespräch mit Rainer Burchardt (wie Anm. 4).

höher eingestuft. Sie stieg zur leitenden Systemanalytikerin und stv. Betriebsratsvorsitzenden auf und wurde zur „roten Renate“. Als politische Vorbilder betrachtete sie Gustav Heinemann¹⁶ und Willy Brandt¹⁷. Da für Schmidt durch ihre eigene Erfahrung vor allem auch in der Gleichberechtigung von Mann und Frau ein wichtiges politisches Ziel sah, orientierte sie sich an Elisabeth Selbert¹⁸. Selbert hatte im Parlamentarischen Rat den entscheidenden Satz in Artikel 3 des Grundgesetzes durchgesetzt – nämlich, dass Männer und Frauen gleichberechtigt seien.

Die erste Station ihrer politischen Karriere war der SPD-Ortsverein in Nürnberg, wo Renate Schmidt 1978 für den Stadtrat kandidierte, jedoch nur als „Füllkandidatin“. Sie engagierte sich in unterschiedlichen Projekten wie beispielsweise als Vorsitzende einer von den JUSOS gegründeten Bürgerinitiative für den Abenteuerspielplatz Goldwiese in Nürnberg. Dort lernte sie nicht nur das notwendige Rüstzeug für die Politik im direkten Handeln wie beispielsweise die vielen

Auseinandersetzungen mit der Verwaltung oder dem Stadtrat, sondern konnte auch wichtige inhaltliche Schwerpunkte setzen, wie die Chancengerechtigkeit für Kinder. Der Abenteuerspielplatz diente nicht nur den Kindern aus dem eigenen Stadtteil, sondern bezog auch Kinder aus einer nahegelegenen Obdachlosensiedlung mit ein. Diese sollten aus ihrer Sicht auch gesellschaftliche Teilhabe erleben können. Die ersten ehrenamtlichen politischen Aktivitäten wertete sie selbst als einen wichtigen Lernprozess: „Diese Erfahrungen waren die notwendige Basis, ohne die ich den nächsten Schritt zur hauptberuflichen Politik sicher nicht getan hätte.“¹⁹ Andererseits hielt sie es für unerlässlich, zuerst Erfahrungen im Berufsleben vorweisen zu können. Bevor sie in die aktive Politik wechselte, arbeitete sie 19 Jahre lang in der Wirtschaft. Sie selbst erklärt das so: „Die Zeit vor der Politik. Das waren immerhin 19 Jahre meines Erwachsenenlebens und die waren für mich in der Politik ganz, ganz wichtig. Weil es darum geht, glaube ich, wenn man was für Menschen tun will, dann muss man auch wissen, wie es den Menschen geht und selber einmal in einem Unternehmen gewesen sein, wo es Kündigungen gab, und wo man selber auch einmal Angst gehabt hat, ob es einen trifft. Und solche Lebenserfahrungen sind wichtig, weil nur wenn man eine Lebenserfahrung hat, kann man Politik für Menschen machen.“²⁰

Aufstieg in die Bundespolitik „Nürnbergers Frau für Bonn“²¹

Obwohl Renate Schmidt beruflich außerordentlich engagiert und eingespannt war, erreichte sie an einem Sonntag im Dezember 1979 ein Anruf von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen mit der Aufforderung, für die Bundestagswahl 1980 zu kandidieren. Das Angebot kam für sie vollkommen unerwartet und

16 Gustav Heinemann (1899 – 1976) war von 1969 bis 1974 der dritte Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland und sah sich selbst als „Bürgerpräsident“, der sich als Repräsentant aller Mitglieder der bundesrepublikanischen Gesellschaft verstand. Er setzte sich für die sozial Schwachen ein und förderte die Erinnerungskultur für die freiheitlich demokratischen Traditionen mit der Gründung der Erinnerungsstätte der Freiheitsbewegungen in der Deutschen Geschichte in Rastatt. Vgl. dazu: Helmut Lindemann: Gustav Heinemann. Ein Leben für die Demokratie, München 1978.

17 Willy Brandt (1913 – 1992) war der erste sozialdemokratische Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland von 1969 bis 1974. Er stellte seine sozialliberale Regierungskoalition unter das Motto „Mehr Demokratie wagen“. Vgl. dazu: Gregor Schöllgen: Willy Brandt. Die Biographie, Berlin 2013.

18 Elisabeth Selbert (1896-1986) war Juristin und sozialdemokratische Politikerin im Parlamentarischen Rat 1948/49. Sie ist eine der vier „Mütter“ des Grundgesetzes und setzte sich maßgeblich für Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes ein, vgl. dazu: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“: Elisabeth Selbert. Die große Anwältin der Gleichberechtigung, hg. v. der Hessischen Landesregierung, Frankfurt am Main 1999. Zur Vorbildfunktion von Selbert für Schmidt siehe Daniela Neri-Ultsch: „Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort! Frauen gestalten Politik in Bayern (1946 – 2016)“, München 2019, S. 165.

19 Zit. nach: Balke (wie Anm. 2), S. 149.

20 Zit. nach: Renate Schmidt zu Gast im Alpha-Forum am 17.12.2013; <https://www.ardmediathek.de/video/Y3JpZDovL2JyLmRlL3ZpZGVvLzBiMmJlZ-DkyLTkxMjEtNGI4My1iMWFjLTc0NGYyYWFjMGM4Zg> [Stand: 04.03.2025].

21 Das war der Slogan des Wahlflyers von Renate Schmidt für ihre erste Bundestagswahl 1980, vgl. dazu Schmidt in dem Filmporträt: „Renate Schmidt – die Unbeirrbare“ (wie Anm. 3).

ihre erste Reaktion lautete: „Ausgeschlossen!“ Jedoch stimmte sie zu, darüber nachzudenken. Zunächst konnte sich Schmidt diese Option gar nicht vorstellen, beriet sich aber mit ihrem Mann, der ihr folgende Antwort gab: „Als Genosse sage ich, mach' es, als dein Mann, lass' es um Himmels willen bleiben.“ Nach weiteren Gesprächen mit Familie und Freunden kam sie jedoch zu dem Entschluss sich der Herausforderung zu stellen, denn „man kann nicht jahrelang fordern, dass mehr Frauen in die Parlamente sollen, und dann davonlaufen.“²² Ehe sie sich das Mandat bei der Bundestagswahl holen konnte, musste Schmidt sich noch bei der Kandidatennominierung erfolgreich gegen zwei männliche Mitbewerber durchsetzen. Nach einem engagierten Wahlkampf gelang es ihr, im Alter von 36 Jahren mit einem Direktmandat in den Deutschen Bundestag einzuziehen, was für Frauen damals noch eine große Ausnahme war, die meist mit einem Listenmandat kandidierten. 1980 waren unter 519 Mitgliedern des Deutschen Bundestags nur 44 Frauen, was einem Anteil von 8,5 Prozent²³ entsprach. Von 1980 bis 1994 war Schmidt Mitglied des Deutschen Bundestags und arbeitete in diesem Zeitraum in den Ausschüssen für Bildung und Wissenschaft sowie für Jugend, Familie und Frauen. Sie sah sich anfangs mit einer Flut von Informationen konfrontiert, in die sie sich jedoch schnell einarbeiteten konnte. Zu den Themen, die sie bereits aus ihrem beruflichen Umfeld kannte, ergriff sie rasch das Wort und trat ans Rednerpult vor dem Plenum. Ihre zweite Rede im Bundestagsplenum beschäftigte sich mit Frauenpolitik und brachte ihr sofort große öffentliche Aufmerksamkeit ein – auch in den ZDF-Nachrichten wurde darüber berichtet. Sie stieg 1987 zur stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden an der Seite Hans-Jochen Vogels auf und hatte diese Position bis 1990 inne. Dabei verantwortete sie u.a. den Themenbereich Frauen, Zivildienst und Tierschutz. Außerdem wirkte sie als Vorsitzende des Fraktionsarbeitskreises „Gleichstellung von Mann und Frau“. Schmidt selbst erklärt rückblickend: „Ich fand Beachtung, weil ich drei Dinge verkörperte: Ehemalige Betriebsrätin, hatte einen

Männerberuf und war dreifache Mutter, eine unschlagbare Kombination.“²⁴

Trotz dieser Karrieresprünge gab sie unumwunden zu, dass die ersten Jahre im Deutschen Bundestag keine einfache Zeit für eine Frau in der Politik gewesen seien: „Frauen wurden im Bundestag in früheren Jahren schon sehr eigenartig behandelt. Ich bin in einer 15-minütigen Rede 52 Mal ausweislich des Protokolls durch Zwischenrufe unterbrochen worden. 52 Mal in 15 Minuten!“²⁵ Dieses Erlebnis steht sinnbildlich für die damals noch vorhandenen Hürden, die Frauen auf dem politischen Parkett zu überwinden hatten. Zum einen lässt sich feststellen, dass regelmäßig Unruhe herrschte, wenn Frauen ans Mikrofon im Plenum traten und überdurchschnittlich häufig durch Zwischenrufe unterbrochen wurden; zum anderen wurden gerade Frauen gerne in bestimmte Ausschüsse berufen, die den so genannten „typisch weiblichen“ Themen zugeordnet waren, wie beispielsweise Bildung und Soziales. Harte Themenfelder der Politik wie Verteidigung oder Finanzen blieben ihnen lange verwehrt. Eindrucksvoll und erschütternd zugleich berichten Pionierinnen der Bundespolitik in dem Dokumentarfilm „Die Unbeugsamen“²⁶ von typischen Situationen, mit denen sie sich noch Mitte der 1980er Jahre konfrontiert sahen. Hier halfen zum einen die Solidarität unter den Politikerinnen über die Fraktionsgrenzen hinweg und zum anderen das private Umfeld. Auch Renate Schmidt hatte in ihrem Mann nicht nur einen wichtigen Unterstützer, sondern auch einen kritischen Ratgeber gefunden. Um so härter traf sie der Schicksalsschlag, als ihr Mann im November 1984 vollkommen überraschend im Alter von nur 43 Jahren verstarb. Sie überlegte ernsthaft, sich aus der aktiven Politik zurückzuziehen und wieder in ihrem Beruf als Systemanalytikerin bei der Firma Quelle zu arbeiten, damit sie sich um den jüngsten Sohn, der erst 14 Jahre alt war, kümmern konnte. Jedoch bot ihr ältester Sohn an, nach Hause zurückzukehren und sich damit des jüngeren Bruders

22 Zit. nach: Balke (wie Anm. 2), S. 155; außerdem auch Schmidt in dem Filmporträt: „Renate Schmidt – die Unbeirrbar“ (wie Anm. 3).

23 Vgl. dazu: Michael F. Feldkamp/Christa Sommer: Parlaments- und Wahlstatistik des Deutschen Bundestages 1949-2002/03, Berlin 2003, S. 16.

24 Zit. nach: Balke (wie Anm. 2), S. 156.

25 Schmidt in dem Filmporträt: „Renate Schmidt – die Unbeirrbar“ (wie Anm. 3).

26 Der Dokumentarfilm „Die Unbeugsamen“ von Thorsten Körner, der 2021 erschienen ist, zeigt den mühsamen und harten Kampf der Politikerinnen im Deutschen Bundestag um die politische Teilhabe von Frauen. Vgl. <https://www.dieunbeugsamen-film.de/> [Stand: 14.02.2025].



Sozialministerin
Regine Hildebrandt (m.) und
Bundestag-
vizepräsidentin
Renate Schmidt
(r.) diskutieren
auf dem Forum
des Vereins
Frauenbrücke
Ost-West über
Gleichstellung,
Verfassung
und Arbeits-
welt, Potsdam,
1. März 1993.

Foto: Picture
Alliance/

Fotografin:
Christel Köster

anzunehmen. Nach einer Bedenkzeit entschied sie, ihr Bundestagsmandat in Bonn fortzuführen: „Man schmeißt nichts hin, was man anfängt, sondern führt es zu einem vernünftigen Ende.“²⁷ Bei der Bundestagswahl 1990 konnte sie ihr Direktmandat erneut verteidigen. Damit einhergehend erreichte sie die nächste Karrierestufe, die sie sich mit hohem Arbeitsethos, Sachkompetenz, Zähigkeit und Fleiß erarbeitet hatte: Sie übernahm von 1990 bis 1994 das Amt der Bundestagsvizepräsidentin, bevor 1994 die nächste Herausforderung auf sie wartete: als erste Spitzenkandidatin der SPD in den Landtagswahlkampf in Bayern zu ziehen.

Von Bonn nach München mit einer außergewöhnlichen Mission: Erste sozialdemokratische Spitzenkandidatin in Bayern

Obwohl Renate Schmidt nach dem schlechten Ergebnis der SPD bei den Landtagswahlen in Bayern 1990 vom Bundesvorsitzenden der SPD, Hans-Jochen Vogel, zur Übernahme dieser Aufgabe telefonisch aufgefordert wurde: „Renate, da in Bayern muss sich jetzt endlich etwas ändern“, war der Weg

zur Landesvorsitzenden und Spitzenkandidatin alles andere als einfach. Zunächst galt es, den Vorsitz des SPD-Landesverbandes in Bayern zu erobieren. Im April 1991 wurde sie in das Amt der Landesvorsitzenden in Rosenheim gewählt und konnte sich nun auf ihre Spitzenkandidatur im Kampf um das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten konzentrieren. Dabei musste sie eine Erfahrung machen, die damals noch typisch für eine Frau in der Politik war, die sich anschickte nach höheren Ämtern zu streben: „Die Kompetenzfrage wird bei Frauen immer gestellt, wenn sie sich anmaßen in vermeintliche „Männerreviere“ vorzudringen. Das war so, als ich in Bayern als Spitzenkandidatin, also für die Position der Ministerpräsidentin, aufgestellt wurde.“²⁸ Im politischen Schlagabtausch wurde sie in einer Aschermittwochsrede vom damaligen Ministerpräsidenten Max Streibl als „Mäuschen“ bezeichnet, was ihr nicht nur mediale Aufmerksamkeit, sondern auch Solidaritätserklärungen der Politikerinnen aus dem bürgerlichen Lager einbrachte, die sich entschieden gegen diese Form der politischen Auseinandersetzung wehrten.

Renate Schmidt selbst schildert die beiden Seiten der Medaille als erste Frau in der bayerischen SPD Spitzenkandidatin zu sein und diese erfolgreich durch den Wahlkampf zu führen folgendermaßen: „[...] in einem überwiegend von Männern bestimmten Umfeld, die eigentlich alle nicht so genau wussten, wie sie mit mir umgehen sollen – das heißt, wie sie mit einer Frau in einer solchen Position umgehen sollen –, das war am Anfang manchmal unangenehm, aber natürlich nicht nur, gerade weil ich als Frau ein vergleichsweise seltenes Exemplar in dieser Position war. Durch diese „Unikatsposition“ habe ich natürlich deutlich mehr Beachtung erfahren, was es manchmal auch ein Stückchen leichter macht, Dinge in Bewegung zu setzen.“²⁹ Bei der Landtagswahl von 1994 erreichte die SPD unter der Führung Schmidts einen deutlichen Stimmenzugewinn auf 30 Prozent, wohingegen sie bei der Landtagswahl 1998 einen Stimmenverlust auf 28,7 Prozent verkraften musste – Werte, die heute in weiter Ferne liegen. Es gelang ihr jedoch bei beiden Landtagswahlen das Direktmandat in Nürnberg-Nord zu holen. Hans-Jochen Vogel äußerte zufrieden: „Renate Schmidt weiß nicht nur Menschen in Veranstaltungen für sich einzunehmen, sondern

27 Zit. nach: Balke: [wie Anm. 2], S. 157.

28 Zit. nach: Schmidt (wie Anm. 5), S. 178.

29 Zit. nach: ebd., S. 179.



Der frühere SPD-Chef Hans-Jochen Vogel (l.) und die FDP-Politikerin Hildegard Hamm-Brücher (r.) erhalten aus der Hand der SPD-Landes- und Fraktionschefin Renate Schmidt den Wilhelm-Hoegner-Preis, München, 25. Juni 1996
Foto: Picture Alliance/
Fotograf: Peter Kneffel

sie hat inzwischen auch als Fraktionsvorsitzende die Dinge gut in der Hand.³⁰ In beiden Legislaturperioden führte Renate Schmidt die SPD als kritische Oppositionspartei an, wobei ihr Engagement auch hier – neben den Debatten zur Verfassungsreform und der äußerst kontrovers geführten Auseinandersetzung um das heftig diskutierte Bayerische Schwangerenberatungsgesetz von 1996 – vor allem der Familien- und Bildungspolitik galt. 2000 gab sie sowohl den SPD-Fraktions- wie auch den Parteivorsitz ab und wollte sich mit 56 Jahren aus der aktiven Politik zurückziehen. Über ihre Zeit im Bayerischen Landtag urteilte sie selbstbewusst: „Ohne mich wäre es meiner Partei schlechter gegangen hier in Bayern.“³¹

Privat hatte sie mit der Heirat des Malers Hasso von Henninges im Jahr 1998 erneut ihr Glück gefunden. Zum geplanten Rückzug ins Privatleben kam es jedoch nicht – Schmidt erhielt einen Anruf von Bundeskanzler Gerhard Schröder. Er bot ihr das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in seinem zweiten Kabinett an. Da Familienpolitik eines ihrer politischen Kernthemen war, sagte sie zu und übernahm 2002 die Aufgabe der Bundesfamilienministerin.³²

30 Zit. nach: Hans-Jochen Vogel im Zeitzeugengespräch am 28. Oktober 1997, in: Haus der Bayerischen Geschichte: Zeitzeugen berichten; <https://hdbg.eu/zeitzeugen/detail/parteien-und-politiker/dr-hans-jochen-vogel/2221> [Stand: 15.02.2025].

31 Zit. nach: Bayerischer Landtag (Hg.): Maximilianeum 8 (2000), S. 117.

32 „Renate, Du musst das jetzt machen.“ beschied Gerhard Schröder. Vgl. dazu: Schmidt (wie Anm.3).

Rückkehr in die Bundespolitik: Familienministerin im 2. Kabinett Gerhard Schröder

Das Amt der Familienministerin hatte Renate Schmidt von 2002 bis 2005 inne und verfolgte dabei das Konzept einer von Nachhaltigkeit geprägten Familienpolitik. Wichtige Eckpunkte ihres Engagements waren u.a. die Erhöhung der Anzahl guter Betreuungseinrichtungen, die Bekämpfung der Kinderarmut, die Entlastung von Alleinerziehenden und die schrittweise Fortentwicklung des Familienlastenausgleichs³³. In erster Linie richtete sie ihre politischen Maßnahmen nach dem Leitgrundsatz ihrer Familienpolitik aus: „Deutschland braucht mehr Kinder“.³⁴ Um dieses Ziel zu erreichen, setzte sie auf eine Vielfalt von unterschiedlichen Maßnahmen. Zur besseren Vereinbarkeit für Familie und Beruf initiierte Renate Schmidt mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz, das Anfang 2005 in Kraft trat, dass die Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen bis 2010 um 230.000 Plätze aufgestockt werden sollten. Dabei waren ihr nicht nur der Ausbau der Infrastruktur hinsichtlich



Ordensträgerin Renate Schmidt bei der Verleihung des Aachener Karnevalsordens „wider den tierischen Ernst“, 12. Februar 1995.

Foto: Picture Alliance/Fotograf: Roland Scheidemann

33 Die Familie betreffende Leistungen, die den Mehraufwand ausgleichen sollen, der Familien für Unterhalt und Ausbildung der Kinder entsteht; dies können sowohl steuerliche Entlastungen als auch Transferleistungen sein

34 Vgl. dazu: Renate Schmidt, in: Ministerinnen und Minister. Die Geschichte des Ministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/ministerium/geschichte> [Stand: 14.02.2025].



Renate Schmidt erhält im Schluss Bellevue von Bundespräsident Johannes Rau die Ernennungs-urkunde zur Bundesministerin für Familie, Senioren und Jugend im zweiten Kabinett Schröder, Berlin, 22. Oktober 2002.
Foto: Picture Alliance/
Fotograf: nicht genannt

der Betreuungseinrichtungen, sondern auch die Qualität der Betreuung wichtig, weshalb sie erstmals Qualitätsstandards in den Kindertageseinrichtungen und der Tagespflege festlegte. So brachte sie das Bundesprogramm „KitaPlus“ auf den Weg: die Verbesserung der frühkindlichen Betreuung. Eine andere wichtige Maßnahme betraf die erhöhte finanzielle Unterstützung der Familien, wobei sie vor allem diese mit geringem Einkommen oder vielen Kindern sowie Alleinerziehende im Blick hatte. Bereits in ihrer Amtszeit bereitete sie die wichtige Reform des Elterngeldes vor – hier wurden die Grundlagen für das Elterngeld gelegt, das 2007 eingeführt wurde. Sie selbst bezeichnet es als ihren größten politischen Erfolg. Ein weiteres Anliegen war das Gesetz zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, das darauf abzielte, Frauen besser zu schützen und Hilfsangebote auszubauen. Das beinhaltete vor allem die Förderung von mehr Frauenhäusern und die Einrichtung von mehr Beratungsstellen. Auf dem Gebiet der Seniorenpolitik rief sie die Initiative „Allianz für Menschen mit Demenz“ ins Leben, um die Lebensqualität von Menschen mit Demenz und deren Angehörigen zu verbessern. Wichtig dabei waren insbesondere die Förderung von Informations- und Unterstützungsangeboten. Nach wie vor stand auch die Reform der Kinder- und Jugendhilfe im Mittelpunkt ihrer Politik. Als Bundesfamilienministerin konnte Renate Schmidt ihre ganze Lebenserfahrung in die Gestaltung der Ressortbereiche Familie, Senioren, Frauen und Jugend einfließen lassen.

Sie hätte das Familienministerium auch in der neuen Legislaturperiode ab 2005 gerne weitergeführt, doch im Zuge der Koalitionsverhandlungen der Großen Koalition nach der Bundestagswahl

von 2005 kam beim Familienministerium die Union zum Zug, und damit Ursula von der Leyen. Schmidt hielt es für einen großen Fehler, dass ihre Partei – die SPD – dieses Ministerium nicht für sich reklamiert hatte: „Weil ich immer noch der Meinung bin: Das ist eines der großen Zukunftsthemen und man gibt nicht ein Zukunftsthema einfach aus der Hand.“³⁵ Sie hatte 2005 erneut erfolgreich für den Bundestag kandidiert und arbeitete u.a. im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung mit. 2009 zog sie sich aus der aktiven Politik zurück, engagierte sich jedoch weiterhin ehrenamtlich und setzte sich für Themen wie beispielsweise Wahlrecht von Geburt an, „mehr direkte Demokratie“ und eine vernünftige Frauenquote ein.³⁶ Sie ist nach wie vor fest davon überzeugt, dass mehr Frauen nicht nur in der Politik wichtig sind, sondern auch in der Wirtschaft. Und um die noch immer langsame Entwicklung entsprechend zu beschleunigen, spricht sie sich für die Frauenquote aus: „Sowohl in einer Demokratie als auch in einem Unternehmen erreicht man dann die besten Ergebnisse, wenn man altersgemischte, ethnisch gemischte und geschlechtergemischte Belegschaften hat; heißt also, wenn das Parlament möglichst viele Lebenserfahrungen



Renate Schmidt als Ministerin bei einer Rede im Deutschen Bundestag, Berlin, 30. Oktober 2002
Foto: Picture Alliance/Fotograf: BPA Kühler

35 Vgl. dazu: Schmidt im Gespräch mit Rainer Burhardt (wie Anm. 4).

36 Vgl. dazu: Renate Schmidt, Bundesministerin a.D. im Gespräch mit Klaus Kastan im BR-Alpha-Forum vom 17.12.2013; <https://www.br.de/fernsehen/ard-alpha/programmkalender/ausstrahlung-70604.html> [Stand: 14.02.2025].



Weltpremiere des Dokumentarfilms „Die Unbeugsamen“ im Delphipalast in Berlin (v.l.n.r.: Regisseur Torsten Körner, Tira Süßmuth, Christa Nickels, Angela Merkel, Renate Schmidt, Roswitha Verhülsdonk und Produzent Leopold Hoesch), 16. August 2021.

Foto: Picture Alliance/Fotograf: Eventpress Golejewski

unterschiedlicher Art bündelt, dann kriegt man unterm Strich vernünftige Entscheidungen. Und das ist in einem Unternehmen ganz genauso, wenn also die Erfahrungen von einer Hälfte der Gesellschaft nicht miteinfließen, dann wird's nichts. Und insofern ist die Quote etwas für die Wirtschaft und nicht gegen die Wirtschaft. Und es war für die Politik gut, dass es mehr Frauen gibt. Und ich hoffe, dass die anderen Parteien, die sie noch nicht haben, alsbald auch haben werden.“³⁷

Renate Schmidt verkörpert bis heute mit ihrem außergewöhnlichen biografischen und beruflichen Werdegang – junge Mutter, Programmiererin und Systemanalytikerin, Betriebsrätin – einen ganz neuen Typus von Politikerin. Mit Neugierde, Mut und Hartnäckigkeit erkämpfte sie sich ihren Platz zunächst im Deutschen Bundestag und empfahl

sich dann in der SPD für die schwierige Mission in Bayern. Sie stellte unter Beweis, dass Frauen auch als Spitzenkandidatinnen in der Politik eine ernstzunehmende politische Herausforderung darstellten und öffnete damit die für Frauen lange verschlossene Türe in politische Spitzenpositionen. Ihr Mut und ihr Pioniergeist wurden mit der Berufung zur Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend belohnt. Damit gehört sie zu den entscheidenden Wegbereiterinnen der Frauen in der Politik nicht nur auf Bundes-, sondern vor allem auch auf Landesebene in Bayern. Sie hat für ihre Verdienste zahlreiche Ehrungen und Auszeichnungen erhalten, darunter: die bayerische Verfassungsmedaille in Gold, die Ehrenbürgerwürde der Stadt Nürnberg und die Luthermedaille der Evangelischen Kirche in Deutschland. ▀

37 Zit. nach: Ebd.



LESESTOFF



Im Auftrag des Bayerischen Landtags konzipierte und kuratierte Daniela Neri-Ultsch die zweiteilige Wanderausstellung "Frau Abgeordnete. Sie haben das Wort!" - Frauen gestalten Politik in Bayern 1918-1933 und 1946 - 2016. In diesem Zusammenhang entstand die von ihr verfasste Biografie "Barbara Stamm - Politikerin aus Leidenschaft für die Menschen", die 2024 erschien. Ein von der Autorin des Buches verfasster Artikel ist in E+P 2 (2024) Im Rahmen der Serie über Pionierinnen in der bayerischen Politik erschienen.

DEMOKRATISCHE RESILIENZ

TEIL 1: BEGRIFFE, PERSPEKTIVEN UND STRATEGISCHE HERAUSFORDERUNGEN

von Alexander Stulpe

1

Ein zentrales Kriterium demokratischer Resilienz ist das normative Selbstverständnis der liberalen Demokratie, das aufs Engste mit dem modernen Leitwert der Freiheit von Individuen verbunden ist. Die gegenwärtigen Infragestellungen der Demokratie zielen auf diesen Wert: als autoritäre Angriffe auf die Freiheit zur Durchsetzung antimodernistischer Gegenentwürfe, aber auch im Namen „alternativer“ Freiheitsverständnisse. Eine theoretisch an demokratischer Resilienz ausgerichtete Betrachtungsweise zeigt, was in diesem Konflikt auf dem Spiel steht, mit welchen Gegnern es die liberale Demokratie zu tun und worauf sie sich einzustellen hat.

Resilienz ist die Fähigkeit einer mechanischen Feder, nach einer externen Krafteinwirkung in ihren Ausgangszustand zurückzuspringen (lat. *resilire*). Resilienz ist auch die Fähigkeit eines Öko-Systems, sich nach Umweltkatastrophen zu regenerieren oder sich den Folgen des Klimawandels anzupassen und fortzubestehen. Hier ist das *bouncing back* nicht mehr wörtlich im Sinne der Wiederherstellung eines vorherigen Zustands zu verstehen, denn die betroffenen Systeme verändern sich ohnehin permanent, und erst recht dann, wenn sie ihre Fortexistenz durch Adaption erreichen. Das Kriterium ihrer Resilienz kann nicht im *status quo ante* gesucht werden. Das gilt auch für die psychologische Verwendung des Resilienz-Begriffs, der wohl am stärksten zu dessen Popularisierung beigetragen hat, in Verbindung mit der allgemeinen gesellschaftlichen Stimmung einer durch multiple Krisen geprägten Gegenwart. Resilienz bezeichnet in diesem Kontext die psychische

Fähigkeit von Individuen, lebensgeschichtliche Krisen unbeschadet zu überstehen, Schicksalsschläge und andere potenziell traumatisierende Ereignisse zu bewältigen, also eine generelle Widerstandsfähigkeit gegenüber den ihrerseits widrigen Umständen und Herausforderungen des Lebens. Psychische Resilienz ist ebenfalls kein striktes *bouncing back*. Neben generellen Entwicklungsprozessen und einer Adaptivität, die gerade Ausweis ihrer Resilienz sein kann, sorgt das Gedächtnis psychischer Systeme dafür, dass ihr Zustand nach einem einschneidenden Ereignis nicht derselbe sein kann wie davor: Es gibt kein Zurück. Die Frage, ob – und auch: ab welchem Zeitpunkt – das betroffene Individuum die Krise im Wesentlichen unbeschadet überstanden hat, entscheidet sich auf einer anderen Ebene, nämlich derjenigen seiner Identität: Ist die betroffene Person trotz aller krisenbedingten möglichen Schädigungen und adaptiven Veränderungen im Wesentlichen mit sich

identisch, sie selbst geblieben? Gerade die für die Resilienz komplexer Systeme zentrale Adaptivität bedingt die Notwendigkeit eines Kriteriums, anhand dessen zu entscheiden ist, ob sich das System in seiner Transformation während und infolge einer Krise oder eines Schadensereignisses als resilient bewährt – oder aber kollabiert. Dieses Kriterium verweist begrifflich auf den Resilienz-Faktor der Persistenz, der auch zentral ist bei der Betrachtung demokratischer und generell gesellschaftlicher Resilienz.¹

Psychische und gesellschaftliche Resilienz verweisen in mehrfacher Hinsicht aufeinander, sind aber unter theoretischen wie praktischen Gesichtspunkten voneinander zu unterscheiden. So stellen die meisten gesellschaftlich relevanten Krisen und Schadensereignisse zwar sowohl die Resilienz eines Gemeinwesens als auch die psychische Resilienz seiner Angehörigen auf die Probe; man denke etwa an Pandemien, Kriege und Terroranschläge. Aber umgekehrt gilt das nicht unbedingt; und individuelle Resilienz-Ausfälle schwächen, sofern sie nicht ihrerseits pandemisch werden, nicht unbedingt die Widerstands- und Regenerationskraft der Gesellschaft. Umgekehrt mögen die psychische Stabilität und Robustheit seiner Bürgerinnen und Bürger der Resilienz eines Gemeinwesens in Krisensituation grundsätzlich zuträglich sein. Aber es gibt auch aus psychologischer Sicht sinnvolle Kompetenzen, die die individuelle Resilienz in Krisensituationen stärken, sich aber vom Standpunkt demokratischer Resilienz eher kontraproduktiv auswirken können, namentlich die Fähigkeit, sich mit widrigen äußeren Umständen, auch konkret demokratiegefährdenden gesellschaftlichen Entwicklungen einfach individuell zu arrangieren.

Vor allem aber spielen bei gesellschaftlicher Resilienz Faktoren eine Rolle, die jenseits der psychologischen Betrachtung von Individuen liegen, insbesondere materielle, organisatorische, institutionelle und auch gesellschaftlich relevante mentale Dispositionen, die sich in der Abwehr von Gefahren, Bedrohungen und Krisen beziehungsweise der Minderung ihrer Schadenswirkungen und ihrer möglichst schnellen Bewältigung bewähren.

Das betrifft konkret beispielsweise Sicherheitsbehörden und Krankenhäuser, Notfallpläne und andere Ressourcen im Bereich des Katastrophen- und Bevölkerungsschutzes oder der Zivilverteidigung und der Streitkräfte im Falle bewaffneter Angriffe. In spezifisch sicherheitspolitischer Perspektive geht es darum, in einer durch hybride Bedrohungen und die Gefahr militärischer Eskalation geprägten Lage die eigene Verwundbarkeit (Vulnerabilität) durch den Aufbau von Resilienz zu reduzieren, um die Schadenswirkung von Angriffen zu minimieren und den Aggressor so günstigstenfalls durch die Einsicht der Vergeblichkeit seiner Bemühungen abzuschrecken (*deterrence by denial*). Die NATO versteht in diesem Sinne „resilience“ als „*first line of deterrence and defence*“.²

Aspekte demokratischer Resilienz

In einem im engeren Sinne auf die Demokratie als Regierungssystem bezogenen Kontext definiert Wolfgang Merkel „demokratische Resilienz“ im Sinne der bisher skizzierten Überlegungen als „Fähigkeit eines demokratischen Regimes, externe Herausforderungen und interne Stressoren zu absorbieren“ und in den darin gegebenenfalls notwendigen Anpassungsprozessen seine Identität zu bewahren.³ Sein Hauptaugenmerk gilt dabei den „Resilienzpotentialen“, die er im Hinblick auf Normen, Strukturen, Akteure und deren Interaktionen auf vier institutionellen Ebenen, den „fundamentalen Politikarenen“ des demokratischen Regierungssystems, analysiert: „konstitutionelle Gewalten“, „Parteiensystem“, „Zivilgesellschaft/Diskurse/politische Kultur“ und „politische Gemeinschaft“.⁴ Man kann also im Anschluss an Merkel „demokratische Resilienz“ als Kurzformel für den etwas sperrigen Begriff der Resilienz demokratischer Regierungssysteme oder eben synonym mit „Resilienz der Demokratie“⁵ verwenden. Man kann aber auch an der semantischen Differenz von „gesellschaftlicher Resilienz der Demokratie“ und

1 Zu Theorie und Begriff gesellschaftlicher Resilienz vgl. Alexander Stulpe: Republikanismus und Resilienz. Elemente einer Politischen Theorie der Lebensfähigkeit liberaler Demokratien, in: Zeitschrift für Politische Theorie 14 (2023), H. 1, S. 54-84.

2 NATO – *Topic: Deterrence and defence*, https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_133127.htm [Stand: 11.03.2025].

3 Wolfgang Merkel: Wie resilient ist unsere Demokratie?, in: APuZ 74 (2024), H. 27, S. 18-25, hier S. 19.

4 Ebd., S. 19 f.

5 Ebd., S. 21.

Deutsche Revolution:
Gemälde von Ferdinand Bött aus dem Jahr 1906 von der Eröffnung der Deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche in Frankfurt am Main am 18. Mai 1848. Die Ereignisse von 1848/49 sind zentral für die deutsche Demokratie- und Nationalstaatsgeschichte. Bild: Picture Alliance/akg-images|akg-images



„demokratischer Resilienz“ ansetzen und hieraus einen theoretischen Mehrwert ziehen. Dieser Weg soll hier besprochen werden.

Im vorliegenden Zusammenhang soll daher „demokratische Resilienz“ terminologisch für eine Perspektive reserviert werden, die, ausgehend von einem theoretischen Begriff gesellschaftlicher Resilienz,⁶ Demokratien unter dem Aspekt ihrer Herausforderung und Infragestellung als Demokratien betrachtet, mit Blick auf die damit einhergehenden Bedrohungen und Vulnerabilitäten, aber auch auf demokratiespezifische Quellen von Resilienz. Einer solchen Betrachtungsweise ist neben dem analytischen Nutzen zugleich ein strategischer Sinn eingeschrieben, sowohl mit Blick auf die Infragestellung der Demokratie als Demokratie durch deren Gegner als auch durch die Implikationen des Resilienz-Begriffs selbst. Beides betrifft

6 Vgl. Stulpe (wie Anm. 1), S. 62 ff.

zunächst das Selbstverständnis der Demokratie, ihre normative Identität.⁷ Denn diese normative Identität ist einerseits das Kriterium, anhand dessen sich die Persistenz der Demokratie als zentraler Faktor von Resilienz zu bewähren hat,⁸ und sie ist andererseits das Angriffsziel: das, was infrage gestellt wird, wenn die Demokratie als Demokratie herausgefordert wird. Was in diesem Konflikt auf dem Spiel steht, lässt sich auf den Begriff der Freiheit bringen. Darin zeigt sich auch die praktische Relevanz der hier theoretisch unter dem Titel demokratischer Resilienz eingenommenen Perspektive.

7 Die weiteren strategischen und begrifflichen Implikationen demokratischer Resilienz werden in den folgenden Beiträgen dieser Serie vertieft.

8 Zur „P3-Formel“ aus den systemischen, strukturellen und operativen Faktoren *persistence*, *preparedness* und *prevention* vgl. Stulpe (wie Anm. 1), S. 67 ff.

Moderne Freiheit und liberale Demokratie

Den konstitutiven Kern des westlichen Demokratiemodells bildet die für liberaldemokratische Verfassungen wesensbestimmende Verbindung von substanziell universalistischem, egalitär-individualistischem Wertefundament mit der institutionellen Verschränkung von (liberaler) Rechtsstaatlichkeit und (demokratischer) Volkssouveränität.⁹ In ideengeschichtlicher Perspektive steht die liberale Demokratie in der Tradition der emanzipatorischen Ideale von Aufklärung, Amerikanischer und Französischer Revolution: dem Streben nach der Verwirklichung einer vernünftigen, menschenrechtsbasierten Ordnung, der Kritik an und Selbstbefreiung von Vorurteilen und illegitimen Autoritäten, im Geiste der „Ideen von 1789“ – Freiheit, Gleichheit, Solidarität – und des in der Unabhängigkeitserklärung von 1776 konstatierten gleichen Rechts eines jeden Menschen auf *life, liberty and the pursuit of happiness*. Von Abraham Lincoln, aus seiner *Gettysburg Address* von 1863, stammt die vielleicht schönste Formulierung der Einsicht, dass eine solche Ordnung sich nur als Demokratie verwirklichen lässt, als *government of the people, by the people, for the people*, also durch Volkssouveränität, politische Partizipation und (republikanische) Gemeinwohlorientierung. Auf einer höheren Abstraktionsstufe verweisen diese ideellen Motive auf den normativen Gehalt einer Moderne, die sich als „Projekt“¹⁰ der Verwirklichung der Freiheit von Individuen als ihres Leitwerts verschreibt.¹¹ In dieser Perspektive lässt sich der institutionelle Kern liberaler Demokratien, die Verschränkung von Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität, als Verkörperung eines anspruchsvollen und komplexen Begriffs der Freiheit rekonstruieren.

Klassisch werden in der Politischen Theorie und Ideengeschichte „negative“ und „positive“



Freiheitsbegriffe unterschieden.¹² Negative Freiheit wird als Abwesenheit von äußeren Hindernissen verstanden, positive als Autonomie oder Selbstbestimmung, wobei entscheidend hierbei das Verständnis des „Selbst“ und seiner Ziele ist: Eine Person mag negativ frei sein, wenn sie ungehindert gemäß ihrer Willkür handeln kann, aber wenn die Ziele, die sie dabei verfolgt, nicht ihrem „Selbst“ entsprechen – etwa, weil sie unvernünftig oder unauthentisch, zum Beispiel durch Verblendung oder Manipulation bewirkt sind –, ist sie im positiven Sinne unfrei. Demgemäß wird negative Freiheit auch als „Freiheit von“ Hindernissen oder Einmischungen von außen definiert, positive Freiheit als „Freiheit zu“ authentischer Selbstverwirklichung oder vernünftiger Selbstbestimmung. Mit der Negativ-Positiv-Unterscheidung nicht deckungsgleich lassen sich liberale und republikanische Freiheitsverständnisse unterscheiden: Zwar ist das klassisch liberale Verständnis von Freiheit in der Eigentumsformel von John Locke¹³ – *property* umfasst demnach *life, liberty and estate* – negativ akzentuiert. Denn Eigentum (*property*) bezeichnet ein andere ausschließendes, nicht rechtfertigungspflichtiges Verfügungsrecht. Die oben zitierte, von Locke abgeleitete Formulierung aus der Unabhängigkeitserklärung verweist

Französische Revolution: Sturm auf die Bastille am 14. Juli 1789. Die Ereignisse erschüttern nicht nur Frankreich, sondern sie sind auch der Ausgangspunkt für die Verbreitung demokratischer Ideale in Europa. Bild: Picture Alliance/Bildagentur Sunny Celeste

9 Vgl. z. B. Dieter Grimm: Alt, aber nicht veraltet. Das Grundgesetz im 75. Jahr, in: APuZ 74 (2024), H. 9–11, S. 4–10. Vgl. auch Jürgen Habermas: Moralischer Universalismus in Zeiten politischer Regression, in: *Leviathan* 28 (2020), H. 1, S. 7–28.

10 Jürgen Habermas: Die Moderne – ein unvollendetes Projekt, in: ders.: *Kleine politische Schriften (I–IV)*, Frankfurt am Main 1981, S. 444–464.

11 Vgl. Axel Honneth: *Das Recht der Freiheit. Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit*, Berlin 2011, S. 35 ff.

12 Der *locus classicus* ist Isaiah Berlins Oxforder Antrittsvorlesung von 1958, vgl. Isaiah Berlin: Zwei Freiheitsbegriffe, in: ders.: *Freiheit. Vier Versuche*, Frankfurt am Main 2006, S. 197–256.

13 Vgl. John Locke: Zwei Abhandlungen über die Regierung, Frankfurt am Main 1977, S. 253, 278.



US-amerikanische Revolution: Die Menschen setzen sich bei der Boston Tea Party am 16. Dezember 1773 gegen die Besteuerung des British Empire zur Wehr; sie gründen eine eigene Nation mit der ersten demokratischen Verfassung der Welt.
Bild: Picture Alliance

aber mit dem individuell garantierten Recht, nach Glück zu streben (*pursuit of happiness*), auf eine positive Konzeption, und auch gegenwärtige liberale Theorien verstehen: Freiheit im Anschluss an Kant als individuelle Autonomie.¹⁴ Auf der republikanischen Seite wiederum findet sich zwar die klassisch positive Vorstellung von Freiheit als kollektiver Autonomie in Rousseaus Konzeption der Volkssouveränität als *volonté générale*.¹⁵ Aber gegenwärtige republikanische Theoretiker beanspruchen, bewusst von einem voraussetzungsärmeren, negativen Freiheitsverständnis auszugehen, wie der neorömische Republikaner Quentin Skinner, oder konzipieren, wie Axel Honneth, einen anspruchsvollen, höherstufigen Begriff der Freiheit von Individuen als „soziale Freiheit“, der die Berechtigung „negativer“ und „reflexiver Freiheit“ (moralischer Autonomie) mit beinhaltet.¹⁶

-
- 14 Prominent und exemplarisch John Rawls: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt am Main 1979.
- 15 Dies war der Bezugspunkt für Berlins Warnung vor dem potenziell totalitären Charakter positiver Freiheitskonzeptionen, denen zufolge es unter Umständen geboten sein kann, dass man ein Individuum – in Rousseaus berühmter Formulierung – „dazu zwingt, frei zu sein“. Jean-Jacques Rousseau: Vom Gesellschaftsvertrag, in: ders.: Politische Schriften. Bd. 1, Paderborn 1977, S. 59–208, hier S. 77.
- 16 Vgl. Quentin Skinner: Die Idee der negativen Freiheit. Machiavelli und die moderne Diskussion, in: ders.: Visionen des Politischen, Frankfurt am Main 2009, S. 135–170. Vgl. Honneth (wie Anm. 11), S. 42 ff.

Honneths Begriff der sozialen Freiheit, verstanden als individuelle Freiheit, die sich durch Kooperation „in einer Einstellung der wechselseitigen Anteilnahme“ unter Gemeinschaftsmitgliedern realisiert, beinhaltet neben dem egalitären auch das solidarische Moment der Ideen von 1789.¹⁷ Das gilt auch für den „expressiven Egalitarismus“ und die solidarischen Implikationen im Freiheitsverständnis von Philip Pettit, eines weiteren neorömischen Republikaners, der „Freiheit als Nichtbeherrschung“ begreift,¹⁸ im Gegensatz zum anspruchsräumeren liberalen Verständnis von Freiheit als (bloß faktische) „Nichteinmischung“.¹⁹ Auch hier verläuft die Differenz nicht zwischen negativen und positiven Konzeptionen, sondern zwischen der bloßen Faktizität des Nicht-Behelligt-Werdens und dem gesicherten Status, nicht von einem anderen abhängig, nicht dessen Willkür unterworfen zu sein, also nicht beherrscht zu werden. Denn der bloßen Nichteinmischung könnte sich unter günstigen Umständen auch ein Sklave erfreuen, der die Gunst seines Herrn genießt, er bleibt aber dennoch unfrei: der persönlichen Willkür seines Herrn unterworfen, der ihm alle Annehmlichkeiten jederzeit entziehen kann und in dessen existenzieller Abhängigkeit er sich befindet. Das republikanische Verständnis von Freiheit als Nichtbeherrschung impliziert daher mit der Notwendigkeit rechtlicher Status-Gleichheit auch, als effektive Garantie dieser Gleichheit, die Forderung nach einer sozialstaatlich organisierten Solidarität, die Individuen davor bewahrt, aufgrund existenzieller Notlagen in persönliche Abhängigkeiten zu geraten.

Ordnung der Freiheit

Man kann die moderne, liberaldemokratische Ordnung der westlichen Demokratien und ihrer säkularisierten, pluralistischen und individualistischen Gesellschaften im umfassenden Sinne als Verwirklichung dieser anspruchsvollen und komplexen Freiheitsidee in ihren unterschiedlichen Aspekten

-
- 17 Axel Honneth: Die Idee des Sozialismus, Berlin 2015, S. 53.
- 18 Philip Pettit: Gerechte Freiheit. Ein moralischer Kompass für eine komplexe Welt, Berlin 2017, S. 120, 120 ff.
- 19 Ebd., S. 12 ff.



Verteidigung der Demokratie: Alliierte Truppen landen am „D-Day“ am 6. Juni 1944 in der Normandie und beginnen mit der Befreiung Frankreichs. Ein knappes Jahr später kehrt mit der Kapitulation NS-Deutschlands zumindest in Teilen Kontinentaleuropas die Demokratie zurück.

Foto: Picture Alliance/SZ Photo |SZ Photo

betrachten und normativ rekonstruieren.²⁰ Dabei werden sowohl die emanzipatorischen Errungenschaften der Moderne erkennbar als auch deren Bedarf und Potential für weiteren „Fortschritt im Bewusstsein der Freiheit“,²¹ wobei schon der Stellenwert der Freiheit als normativer Maßstab in der kritischen Selbstreflexion der modernen Gesellschaft die zentrale Bedeutung dieser Idee im modernen Selbstverständnis belegt.

Dieses Selbstverständnis liegt auch der normativen Identität der liberalen Demokratie zugrunde, die sich so als institutionalisierte Synthese liberaler und republikanischer Aspekte der Freiheitsidee darstellt. Das lässt sich an den zentralen Motiven der Rechtsstaatlichkeit und der Volkssouveränität und an ihrem Verhältnis verdeutlichen. Das auf die Kontrolle und Begrenzung von politischer Macht zielende rechtsstaatliche Konzept der Gewaltenteilung wurzelt ideengeschichtlich sowohl im neuzeitlichen Liberalismus²² als auch in der republika-

nischen Idee der gemischten Verfassung.²³ Durch ihre Bindungswirkung gegenüber der Staatsgewalt wie gegenüber dem demokratischen Volkswillen schützt die rechtsstaatliche Verfassung die liberalen Freiheitsrechte von Individuen auch vor staatlichen Übergriffen und bewahrt Minderheiten vor einer „Tyrannei der Mehrheit“.²⁴ Man kann darin eine konstitutive Spannung zwischen liberaler Verfassungsstaatlichkeit und demokratischer Volkssouveränität sehen, die das westliche Demokratiemodell als spezifisch liberale Demokratie charakterisiert – und diese durch den ihr eingeschriebenen, konstitutionell garantierten Vorrang der liberalen Freiheitsrechte legitimiert. Aus Sicht der stärker republikanisch akzentuierten deliberativen Demokratietheorie handelt es sich hierbei weniger um ein Spannungs- als um ein wechselseitiges, „gleichursprünglich[es]“

20 Vgl. Honneth (wie Anm. 11).

21 Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte. Werke Bd. 12, Frankfurt am Main 1992, S. 32.

22 Vgl. Locke (wie Anm. 13), S. 291 ff.

23 Seit der römischen Antike ein zentrales Motiv republikanischen Denkens, vgl. Marcus Tullius Cicero: *De re publica*. Vom Staat, Stuttgart 2013, S. 90ff. Vgl. Niccolò Machiavelli: *Discorsi*. Gedanken über Politik und Staatsführung, Stuttgart 2007, S. 10 ff. Vgl. auch Pettit (wie Anm. 18), S. 37 ff.

24 John Stuart Mill: *Über die Freiheit*, Stuttgart 1988, S. 9.



Friedliche Revolution:
Nach der Öffnung der Grenzen am 9. November 1989 stehen Berliner aus beiden Teilen der Stadt auf der Mauer am Brandenburger Tor. Die Diktatur in der DDR ist zu Ende, ganz Deutschland wird demokratisch.
Foto: Picture Alliance/Pansegrau

Bedingungsverhältnis.²⁵ Demnach sind die liberalen Freiheitsrechte Voraussetzung für die Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger an der politischen Selbstbestimmung ihres Gemeinwesens; aber umgekehrt gewährleistet diese republikanische Selbstbestimmung erst die Legitimität und Substanz dieser Rechte, und zwar in dem demokratischen Sinne, dass „sich diejenigen, die als Adressaten dem Recht unterworfen sind, zugleich als Autoren des Rechts verstehen können“.²⁶ Auch für den neorömischen Republikanismus in der Tradition Machiavellis ist ein politisch-partizipatives, demokratisches Gemeinwesen der beste Garant der individuellen Freiheitsrechte seiner Bürgerinnen und Bürger.²⁷ Die liberale Demokratie zeigt sich so aus verschiedenen Perspektiven in ihrem institutionellen Kern als Verkörperung der Idee der Freiheit, die sich in ihr bewährt und aus der sie sich legitimiert.

Despotie: faule Existenz, parasitäre Gegenordnung

Den Gegenentwurf zu freien Gesellschaften kann man mit Charles Taylor und im Anschluss an die antike und neuzeitliche Tradition republikanischen

25 Jürgen Habermas: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt am Main 1992, S. 155.

26 Ebd., S. 153.

27 Vgl. z. B. Skinner (wie Anm. 16).

Denkens als „despotisch“ bezeichnen.²⁸ In despotischen Regimen ist die „Masse der Bürger der Herrschaft eines Einzelnen oder einer Clique unterworfen“,²⁹ die Despotie ist der Inbegriff unkontrollierter Willkürherrschaft. In der Antike bezeichnete der Begriff die Machtposition des Hausherrn über die Angehörigen seines Haushalts (griech. *oikos*) – Frau, Kinder, Sklaven –, eine seinerzeit für legitim befundene Herrschaft über vermeintlich von Natur aus Ungleiche.³⁰ Vom menschenrechtlichen Standpunkt der Moderne ist die Despotie, wie die mit ihr verknüpfte Sklaverei, Inbegriff des Unrechts und, wo sie noch vorkommt, mit einem Ausdruck Hegels, „faule Existenz“;³¹ illegitim, aber auch obsolet, also durch historische Entwicklungsprozesse überholt und deswegen letztendlich zum Verschwinden verurteilt – eine optimistische Sicht.

Eine in dieser Hinsicht in ihren geschichtsphilosophischen Implikationen weniger zuversichtliche und mehr auf die Funktionsbedingungen despotischer Verhältnisse abzielende Metapher bietet John Keane an, wenn er die von ihm unter dem Begriff des „neuen Despotismus“ untersuchten zeitgenössischen Autokratien und Autoritarismen als „Parasiten“ bezeichnet, die sich „von den Dysfunktionen der Demokratie ernähren“.³² Anders als die Metapher der faulen Existenz impliziert diejenige des Parasiten kein Verfallsdatum. Noch beunruhigender ist, dass diese Parasiten auf solche Dysfunktionen, wie Keane sie anspricht, womöglich gar nicht angewiesen sind. Aus gesellschaftstheoretischer Sicht nutzt eine „parasitäre Ordnung“ die unter funktionalen Gesichtspunkten durchaus sinnvollen Unbestimmtheiten bestehender Sozialstrukturen, um sich zu ernähren, bis sie „vom Zustand der Ausnahme oder der Abweichung in die Position der Primärordnung

28 Charles Taylor: Aneinander vorbei: Die Debatte zwischen Liberalismus und Kommunitarismus, in: Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften, hg. von Axel Honneth, Frankfurt am Main, New York 1993, S. 103–130, hier S. 110.

29 Ebd.

30 Vgl. Aristoteles: Politik, Reinbek bei Hamburg 2009, S. 51 ff.

31 Hegel (wie Anm. 21), S. 53.

32 „*They are like parasites, feeding upon democracy's present dysfunctions.*“ John Keane: The New Despotism, Cambridge (MA) 2020, S. 20.



übergleitet“,³³ beziehungsweise sich als regelmäßig erwartbar in der Gesellschaftsstruktur dauerhaft einnistet und verfestigt. Man kann hierbei beispielsweise an informelle oder illegale Netzwerke denken, die sich die funktionssystemische Inklusionsbedürftigkeit von Individuen in der modernen Gesellschaft für den Aufbau von Machtasymmetrien durch persönliche Abhängigkeiten, Protektion und Gefälligkeiten zunutze machen. Ob „Personen als mitwirkungsrelevant oder nichtmitwirkungsrelevant“ behandelt werden,³⁴ wird dann im Netzwerk entschieden und hängt von persönlichen Beziehungen und der Bereitschaft zu willfährigem Verhalten ab. In ähnlicher Weise können subkulturelle Parallelstrukturen den rechtlich als Freiheit vor staatlichen Eingriffen geschützten Kontingenzspielraum individuellen Verhaltens zur macht- und ideologiegestützten Einrichtung hierarchisch strukturierter Ordnungen parasitär nutzen. Damit wird dann zugleich jener individuelle Kontingenzspielraum durch die Installation vollinklusive Kollektividentitäten und Kontrollregime konterkariert. Beides verbindet sich exemplarisch „im Falle mafioser Organisationen“, die subkulturelle Unterwerfungsordnung und Abschottung (*omertà*) mit dem „Netzsystem“ aus

persönlicher Abhängigkeit, Protektion und Korruption verbinden.³⁵

In dieser Perspektive nisten sich parasitäre Formen wie der Despotismus nicht erst dort ein, wo Demokratie und Gesellschaft möglicherweise bereits dysfunktional sind. Sondern sie nutzen gerade die in dem funktionalen Differenzierungsprimat und seinem Verzicht auf zentrale Vorgaben begründeten offenen Strukturen der modernen Gesellschaft – die Lern- und Selbstkorrekturfähigkeit begründende „Ergebnisoffenheit“, ihre „Lücken“³⁶ für soziale Formbildungen, die sich nicht nur der Reproduktion dieser Strukturen verweigern, sondern sie schädigen und dadurch ins Dysfunktionale erst verkehren. Es steht also zu befürchten, dass die freiheitliche Ordnung der liberalen Demokratie trotz ihrer normativen Attraktivität im modernen Selbstverständnis und trotz ihrer funktionalen Anpassbarkeit an die Komplexität der modernen Gesellschaft nicht vor der Heimsuchung durch soziokulturell-evolutive Wiedergänger beziehungsweise parasitäre *survivals* vormoderner Epochen der

Demokratische Bewegungen weltweit:

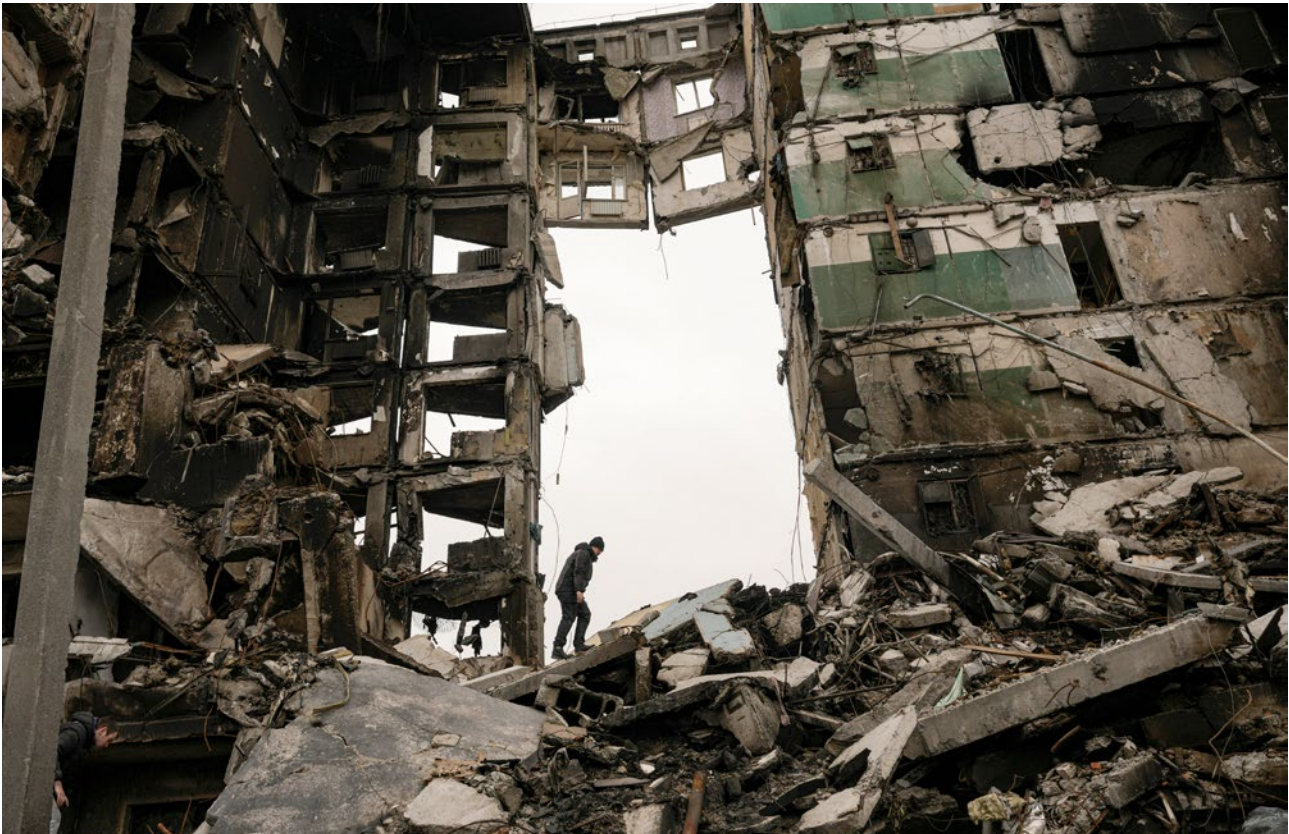
Demonstranten im Iran singen „*Soroode Zan*“. Die Proteste begannen, als die 22-jährige Mahsa Amini am 16. September 2022 in der Obhut der iranischen Sittenpolizei starb, nachdem sie wegen des „unsachgemäßen“ Tragens ihres Hijabs festgenommen worden war. Foto: Picture Alliance/Fotograf:in: Allison Bailey

33 Niklas Luhmann: Die Gesellschaft der Gesellschaft, Frankfurt am Main 1997, S. 661; vgl. auch S. 683.

34 Ders. Inklusion und Exklusion, in: ders.: Soziologische Aufklärung 6, Opladen 1995, S. 237–264, hier S. 261 f.

35 Ebd., S. 256. – Neben Korruption lässt sich auch an die Art von Machtmissbrauch unter Ausnutzung organisational-rollenspezifischer Positionen in Entscheidungshierarchien denken, die exemplarisch durch #MeToo publik gemacht wurden.

36 Armin Nassehi: Die Rückkehr des Feindes. <https://www.zeit.de/kultur/2022-02/demokratie-bedrohung-russland-ukraine-krieg-wladimir-putin> [Stand: 12.03.2025].



Krieg gegen die Demokratie: Bewohner eines zerstörten Gebäudes in der Ukraine suchen in den Trümmern nach Überresten, Borodyanka, 5. April 2022.

Foto: Picture Alliance/
Fotograf: Vadim Ghirda

Menschheitsgeschichte gefeilt ist, die darauf zielen, die Errungenschaften des Projekts der Moderne zu vernichten. Ein derartiger Angriff ist wohl im großen Stil gerade zu erleben, im antagonistischen Konflikt zwischen liberaler Demokratie und Autoritarismus, zwischen den westlichen Demokratien und den diese herausfordernden Autokratien und ihren Parteigängern.

Feinde der Freiheit: okzidentalischer Autoritarismus

„Der Einmarsch Russlands in die Ukraine am 24. Februar 2022 war die erste militärische Schlacht im Konflikt zwischen der Achse der Autokraten und der demokratischen Welt“, befand jüngst Anne Applebaum.³⁷ Um das Wesen dieses Konflikts zu bestimmen, griff Armin Nassehi in einem am 25. Februar 2022 veröffentlichten Essay auf den

Begriff der „Feindschaft“ zurück,³⁸ im Sinne Carl Schmitts „die seinsmäßige Negierung eines anderen Seins. Krieg ist nur die äußerste Realisierung dieser Feindschaft.“³⁹ Die Feindschaft ist, anders als die Konkurrenz, unversöhnlich, nicht verhandelbar. Nassehi zufolge begründet sie sich in Putins Sicht des liberaldemokratischen Westens als einer Bedrohung seiner autokratischen Herrschaft: Ein durch freie Öffentlichkeit und Wahlen, Teilung und Bindung der staatlichen Gewalten an Recht und Gesetz und andere Formen der Machtbegrenzung und Herrschaftskontrolle charakterisiertes Gesellschafts- und Regierungssystem steht dem „Durchregieren“⁴⁰ des autokratischen Herrschers entgegen und würde seiner Macht Grenzen setzen. Die Anziehungskraft der liberalen Demokratie und ihrer Freiheits- und Wohlstandsversprechen auf sein eigenes Volk ist daher die größte Bedrohung

38 Nassehi (wie Anm. 36).

39 Carl Schmitt: Der Begriff des Politischen, Berlin 1987, S. 33.

40 Nassehi (wie Anm. 36).

37 Anne Applebaum: Die Achse der Autokraten, München 2024, S. 20.

für den Autokraten. Solange sie existiert und ihre Attraktivität ausstrahlt, ist seine Herrschaft in Gefahr. Daraus erwächst dem Westen der Feind, dessen „Rückkehr“ Nassehi konstatiert und für den Anne Applebaum die Bezeichnung einer „Achse der Autokraten“ gefunden hat, die neben Russland auch China, Iran, Nordkorea und noch einige Dutzend weiterer gegenüber dem Westen feindlich gesinnte und gegenüber der regelbasierten internationalen Ordnung revisionistische Regime umfasst. Russland kommt hier demnach aufgrund seiner Aggressivität und seiner Vorreiterrolle in der Verbindung von Autokratie und Kleptokratie eine „Schlüsselstellung“ zu, die Stärke dieser Achse und damit ihre Gefährlichkeit für die demokratische Welt wird aber durch den Netzwerkcharakter, die gegenseitigen Unterstützungsleistungen und die Kooperation gegen den Westen innerhalb dieser Achse noch gesteigert.⁴¹ Applebaums Charakterisierung dieser Achsenregime als „autokratische Kleptokratie[n]“⁴² verweist auch in der Metaphorik auf Keanes Neue Despotien. Die Kleptokratie ist ein „Mafiastaat, dessen Zweck ausschließlich darin [besteht], seine Führer zu bereichern“,⁴³ ein auf Korruption, persönlichen Loyalitäten und Abhängigkeiten innerhalb des Unterdrückungsapparats beruhendes, staatlich organisiertes Herrschaftssystem, das „wie ein Verbrechersyndikat [operiert], ein Parasit, der seinen Wirt aussaugt“.⁴⁴

Ideologisch scheint die Kleptokratien der autokratischen Achse vordergründig wenig zu verbinden: „Ihre Bande untereinander und mit ihren Freunden in der demokratischen Welt sind keine Ideale, sondern Geschäftsbeziehungen, die der Aufweichung internationaler Sanktionen, dem Austausch von Überwachungstechnologie und der gegenseitigen Bereicherung dienen.“⁴⁵ Dennoch ist die ideologische Ebene ihres Konflikts mit der liberaldemokratischen Welt relevant und verweist, jenseits der auch ideologisch-programmatischen Diversität und zum Teil Rivalität dieser Akteure, auf ihre anti-westliche Frontstellung als auch ideologische Gemeinsamkeit. Denn, erstens, ist es die Idee der Freiheit, deren Attraktivität die Feindschaft des Autokraten gegen den Westen

begründet. Sie ist es, die seine Herrschaft bedroht, wenn seine Bevölkerung davon ergriffen wird. Deswegen wird, zweitens, der Konflikt auch auf der ideologischen Ebene ausgetragen. Die Ideologie ist, neben anderem, Mittel der Konfliktaustragung, die von autoritärer Seite auf Selbstlegitimierung und die Mobilisierung von Unterstützung im Kampf gegen den Westen und auf dessen Entwertung zielt.⁴⁶ Davon ausgehend, lässt sich der Klammerbegriff des Autoritarismus für die ideologische Gemeinsamkeit dieser Akteure weiter spezifizieren: als okzidentalistischer Autoritarismus.



Ian Buruma und Avishai Margalit haben zu Beginn der 2000er Jahre, geprägt von 9/11 und dem *war on terror*, zur Bezeichnung und Analyse solcher, spezifisch anti-westlicher, insbesondere auf die Entwertung des Westens abzielender Ideologie den Begriff „Okzidentalismus“ eingeführt. Sie bezeichnen damit ein ideologisches Konglomerat von negativen Stereotypen und Vorurteilen gegen den Westen, im Sinne jenes als Projekt der Moderne

Angriff auf die Demokratie: Die Zwillingstürme des World Trade Centers am 11. September 2001 kurz vor dem Einsturz
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Gulnara Samoilova

41 Applebaum (wie Anm. 37), S. 20; vgl. S. 10 ff., 56 ff.

42 Ebd., S. 35.

43 Ebd.

44 Ebd., S. 51.

45 Ebd., S. 11.

46 Dazu gehören auch hybride Einflussnahmen in Form von Desinformationskampagnen und der Verbreitung antiwestlicher Propaganda und Narrative, auch unter Einsatz von Sympathisanten in der westlichen Welt, die darauf zielen, die liberalen Demokratien zu destabilisieren und auch dadurch ihrer Anziehungskraft zu berauben.

verstandenen ideellen Traditionszusammenhanges, der sich gegenwärtig in der politischen Ordnung der liberalen Demokratie und ihrer säkularisierten, individualistischen und pluralistischen Gesellschaft verkörpert. Es sind gerade diese emanzipatorischen Errungenschaften, die die okzidentalistische Feindschaft und die Verachtung der westlichen Welt und ihrer Angehörigen als dekadent, degeneriert, spirituell verarmt, götzendienerisch und vertiert motivieren. Okzidentalismus ist das „dehumanizing picture of the West painted by its enemies“,⁴⁷ – und zwar in Worten wie Taten. Exemplarisch hierfür ist die Auskunft Osama bin Ladens, der Terroranschlag vom 11. September 2001 habe das Ziel verfolgt, „Amerika zu schlagen, zu demütigen, zu erniedrigen, zu entwürdigen.“⁴⁸

Historisch handelt es sich beim Okzidentalismus um ein ursprünglich europäisches Phänomen, das in der Ablehnung der emanzipatorischen Entwicklung der Moderne infolge von Aufklärung und Französischer Revolution wurzelt und sich im 20. Jahrhundert beispielsweise in den konservativ-revolutionären, faschistischen und verwandten antidemokratischen Strömungen der Zwischenkriegszeit artikuliert und zugleich auch globalisierte. Die Perspektive eines davon abgeleiteten Begriffs des okzidentalistischen Autoritarismus sensibilisiert für die mit dem Dekadenznarrativ verknüpften ideologischen Gemeinsamkeiten der antiwestlichen Akteure der Gegenwart. Es sind Motive wie Antisemitismus, Misogynie und, damit verbunden, ein toxisches Männlichkeitsideal und dessen spezifische Ausprägung zu einem politisch-religiös verbrämten Führerkult, die sich nicht nur in der für Buruma und Margalit wichtigsten religiösen Quelle des gegenwärtigen Okzidentalismus finden, dem Islamismus,⁴⁹ sondern etwa auch im „Chauvinismus“⁵⁰ des Putin-Regimes und seiner slawophilen und eurasistischen, im Kern faschistischen

Vordenker.⁵¹ Der seit der Reaktion gegen die Französische Revolution dezidiert antimodernistische Affekt des Antisemitismus,⁵² „Hypermaskulinität und die Unterordnung von Frauen“⁵³ prägen die Narrative und Praktiken des okzidentalistischen Autoritarismus.



Ideologische Pathologien der Freiheit: identitärer und libertärer Populismus

Es entbehrt nicht der (traurigen) Ironie, dass ausgerechnet JD Vance, der vormalige Kritiker und jetzige Vizepräsident Donald Trumps, den liberalen Demokratien Europas Prinzipienverrat vorwarf, als er deren Vorgehen gegen Desinformation und Hassrede als Bedrohung der Freiheit anprangerte und sie im Namen der Demokratie zur Zusammenarbeit mit autoritär-populistischen Kräften aufforderte.⁵⁴ Von europäischer Seite wurde dieser Auftritt auf der Münchner Sicherheitskonferenz

Toxische Männlichkeit? Putin und Xi prosteten sich im März 2023 bei einer Veranstaltung im Kreml zu.
Foto: Picture Alliance/
Fotograf: Pavel Byrkin

47 Ian Buruma/Avishai Margalit: *Occidentalism. The West in the Eyes of Its Enemies*, New York 2005, S. 5.

48 Osama bin Laden: „Taktische Empfehlungen“ (2002), in: Gilles Kepel/Jean-Pierre Milelli (Hg.): *Al-Qaida. Texte des Terrors*, München, Zürich 2006, S. 107–113, hier S. 112.

49 Vgl. Buruma/Margalit (wie Anm. 47), S. 102.

50 Sabine Fischer: *Die chauvinistische Bedrohung. Russlands Kriege und Europas Antworten*, Berlin 2023, S. 15 ff.

51 Vgl. Timothy Snyder: *Der Weg in die Unfreiheit. Russland Europa Amerika*, München 2018, S. 24 ff., 92 ff.

52 Vgl. Buruma/Margalit (wie Anm. 47), S. 33 ff.

53 Fischer (wie Anm. 50), S. 53; vgl. Buruma/Margalit (wie Anm. 47), S. 128 ff.

54 Die Rede im Original unter: https://www.realclearpolitics.com/video/2025/02/14/full_speech_vice_president_jd_vance_addresses_munich_security_conference.html [Stand 12.03.2025].

im Februar 2025 nicht nur als Einmischung in den in Deutschland laufenden Wahlkampf wahrgenommen, wie zuvor schon die Aktivitäten Elon Musks zugunsten der AfD, Vances Mitstreiters und zugleich libertären Konkurrenten im Trump-Lager, den er in seiner Rede mit einem Seitenhieb bedachte, sondern als aggressive Aufkündigung der transatlantischen Wertegemeinschaft seitens der vormaligen Führungsmacht des Westens: „*JD Vance declares ideological war on Europe*“, titelte *Le Monde* in der internationalen Ausgabe und verglich die Rede in ihrer Feindseligkeit mit derjenigen Wladimir Putins bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2007.⁵⁵

Vance, als führender Vertreter einer Regierung, die gegenwärtig dabei ist, das Mutterland der liberalen Demokratie nach ihrem Gusto umzugestalten und gleichzuschalten, mit dem Versprechen *to make America great again* („MAGA“), liest den verbleibenden liberalen Demokratien des Westens im Namen der Freiheit die Leviten. Dies ist nicht nur wegen der geopolitischen Implikationen beunruhigend, sondern auch charakteristisch für den „autoritären Populismus“⁵⁶ der sich in der *MAGA*-Bewegung Trumps exemplarisch zeigt und spätestens seit dessen erstem Wahlsieg 2016, zugleich das Jahr des Brexit-Referendums im Vereinigten Königreich, in praktisch allen westlichen Demokratien Erfolge feiert, wie sich in Deutschland zuletzt besonders bei den Landtagswahlen 2024 und bei der Bundestagswahl 2025 zeigte. Armin Schäfer und Michael Zürn definieren autoritären Populismus als „eine Ideologie, die nationalistische Positionen gegen liberale Eliten setzt und der zufolge politische Entscheidungen möglichst unverfälscht dem nichtmediatisierten Mehrheitswillen entsprechen sollen.“⁵⁷ Damit untergräbt der autoritäre Populismus die liberalen Demokratien des Westens von innen und greift sie unter Berufung auf Freiheit und Demokratie an, mit dem Ziel der Übernahme. Bereits die auffällige Affinität vieler populistischer Akteure zu autoritären Herrschern und Autokratien, von denen sie in deren Interesse

an der Destabilisierung des verhassten Westens alimentiert werden, rechtfertigt es, den autoritären Populismus auf der Seite der autoritären Herausforderer der liberalen Demokratie zu verorten. Das ideologische Selbstverständnis dieses autoritären Populismus ist allerdings im Hinblick auf die Tatsache, dass er sich in seinen Angriffen gegen die liberale Demokratie regelmäßig auf den modernen Wert der Freiheit beruft, vor diesem Hintergrund erläuterungsbedürftig.

Der Vorschlag, der hier gemacht werden soll, lautet, die autoritär-populistische Freiheitssemantik, in Anlehnung an ein theoretisches Konzept Axel Honneths, als ideologischen Ausdruck einer „Pathologie der Freiheit“ zu verstehen. Honneth bezeichnet solche sozialen Phänomene als „Pathologien der Freiheit“, die durch eine systematisch verzerrte Fehlinterpretation des Freiheitskonzepts dessen Verwirklichung in intersubjektiver Verständigung und Kooperation strukturell entgegenstehen bzw. sie effektiv sabotieren.⁵⁸ Überträgt man diese theoretische Deutungsfigur nun auf das Feld populistischer Ideologie, dann lassen sich zwei dominante Erscheinungsformen des autoritären Populismus in ihrem Kern als komplementäre Verseitigungen und Verkürzungen, als Pathologien der Freiheitsidee erkennen.

Das populistische Narrativ vom „wahren“, homogen gedachten Volk, dessen Einheit von sozialem Pluralismus bedroht und dessen „wirkliche“ Interessen von korrupten, „kosmopolitischen“ Eliten verraten und nur von populistischen Führern artikuliert und umgesetzt werden,⁵⁹ beruht auf der abstrakt positiv-freiheitlichen Vorstellung subjektiver Autonomie, die verkürzt auf das als in sich einheitlich gedachte Makrosubjekt eines nur in dieser Homogenität souveränen Volkes projiziert wird. Der Ansatzpunkt dieser einseitig verkürzten Freiheitskonzeption für den Umschlag ins Autoritäre – ins Anti-Egalitäre und Repressive – und damit zugleich die Anschlussfähigkeit für andere autoritäre

55 https://www.lemonde.fr/en/international/article/2025/02/15/in-munich-jd-vance-declares-ideological-war-on-europe_6738189_4.html [Stand: 12.03.2025].

56 Armin Schäfer/Michael Zürn: Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus, Berlin 2021, S. 64 ff.

57 Ebd., S. 69.

58 Beispielsweise ein bis ins Terroristische gesteigerter Rigorismus als Pathologie moralischer Autonomie oder, als Pathologie rechtlicher Freiheit, die Dominanz strategischer Einstellungen in Interaktionsbeziehungen, nach dem Vorbild einer wechselseitigen Wahrnehmung der Akteure als potenzielle Gegner in einem Gerichtsverfahren. Vgl. Honneth (wie Anm. 11), S. 157 ff., 206 ff.

59 Vgl. Jan-Werner Müller: Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin 2016.

Ideologien, etwa Varianten des okzidentalistischen Autoritarismus, liegt in der Bindung der Freiheit an die homogene Identität des Makrosubjekts; das Heterogene ist auszuschließen oder zu unterdrücken, gegebenenfalls zu bekämpfen: kosmopolitische Eliten, nonkonformistische Individuen, fremde Individuen, Gruppen und Völker. Die illiberale und antiindividualistische Grundannahme der Gegebenheit und normativen Vorrangigkeit einer – nicht zwingend, aber regelmäßig ethnisch definierten – homogenen Kollektividentität teilt dieser autoritäre Populismus mit der Identitätspolitik der progressiven Linken⁶⁰ und den Identitären auf der extremen Rechten und macht ihn rechts wie links anschlussfähig für die einschlägigen Diskurse. Um diesen Aspekt des autoritären Populismus zu kennzeichnen und ihn zugleich von einem anderen Aspekt zu unterscheiden, sei hier vorgeschlagen, von einem identitären Populismus zu sprechen.

Neben diesem identitären Populismus treten in letzter Zeit phänomenologisch, besonders deutlich seit den Wahlerfolgen Javier Mileis und aufgrund der prominenten Rolle Elon Musks im US-Präsidentenwahlkampf und der Regierung Donald Trumps, die Konturen einer zweiten autoritär-populistischen Ausprägung hervor, die man als libertären Populismus bezeichnen kann. Im Sinne der freiheitspathologischen Fehlinterpretation lässt er sich als systematische Verzerrung negativer Freiheit ableiten: als Leitbild eines souveränen Individuums, das seine Ziele nicht rechtfertigungspflichtig in abstrakt negativer Freiheit von den vermeintlich „widernatürlichen“ Einschränkungen staatlicher Gängelung und moralischer Bevormundung verfolgt und jene Souveränität dadurch behauptet, dass es sich aufgrund seiner Stärke, Leistungsfähigkeit und Überlegenheit gegen andere durchsetzt. Die daraus erwachsende soziale Ungleichheit ist als Folge der angenommenen natürlichen Ungleichheit der Individuen nicht nur gerechtfertigt, sondern zugleich Garant der Auslese des besten Führungspersonals zum Wohle der Gesellschaft. Ideengeschichtlich lässt sich dieses Motiv auf die „aristokratisch-individualistischen“ und „individualanarchistischen“ Positionen in den von Nietzsche und Stirner beeinflussten intellektuellen Avantgarden und künstlerischen Subkulturen des späten 19. Jahrhunderts und den

60 Hierzu instruktiv Francis Fukuyama: Identität. Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet, Hamburg 2020, S. 135 ff.

daran anschließenden Individualismus-Diskurs zurückführen.⁶¹ Der Individualismus des souveränen Individuums wurde seinerzeit explizit als Antithese zum „Demokratismus“ der modernen Gesellschaft behandelt und war diskursiv über Nietzsches „Übermensch“ eng verknüpft mit dem zeitgenössischen Geniekult. Im Verlauf des 20. Jahrhunderts über weitere Stationen ideologisch angereichert, fand diese libertäre Semantik, vermittelt etwa durch Ayn Rand und durch die kalifornische Gegenkultur der 1960er Jahre ihren Weg auch in das Denken des Silicon Valley – und damit in die Köpfe von Tech-Milliardären wie Peter Thiel und Elon Musk.⁶²

Man kann diese beiden Ausprägungen des autoritären Populismus, die identitäre und die libertäre, also als ideologische Pathologien der Freiheit bezeichnen, als ideologische Vereinseitigung und Verkürzung der Freiheitsidee, die dadurch ins Autoritäre umschlägt und insofern pathologisch ist: zunächst eine Vereinseitigung auf den positiven Aspekt von Freiheit im identitären, auf den negativen Aspekt im libertären Populismus, die sodann jeweils verbunden wird mit einem verkürzten Verständnis des jeweiligen Freiheitssubjekts. Dabei stehen die Souveränität des homogenen Volks und die Souveränität des sozial bindungslosen Individuums und ihre jeweiligen abstrakten Freiheitsansprüche im autoritär-populistischen Ideologieangebot unvermittelt nebeneinander. Dies äußert sich auch in programmatischen Spannungen und mitunter aufbrechenden Konflikten

61 Vgl. hierzu und zum folgenden Alexander Stulpe: Gesichter des Einzigen. Max Stirner und die Anatomie moderner Individualität, Berlin 2010, S. 470 ff., 902 ff. – Vgl. auch Alexander Stulpe: Max Stirner, Der Einzige und sein Eigentum (1845), in: Geschichte des politischen Denkens. Das 19. Jahrhundert, hg. von Manfred Brocker, Berlin 2021, S. 315–328.

62 Vgl. Adrian Daub: Was das Valley denken nennt. Über die Ideologie der Techbranche, Berlin 2020. Auch die Kritik an den autoritären Tendenzen dieser libertären Ideologie wurde bereits seit den 1890er Jahren immer wieder formuliert, aus marxistischer Perspektive paradigmatisch von Georg Plechanow, in den 1960er Jahren beispielsweise von Hans G. Helms; vgl. Stulpe (2010, wie Anm. 61), S. 436 ff., 867 ff. Mit Blick u. a. auf Corona-Proteste und „Querdenker“ haben das Thema aufgenommen Carolin Amlinger/Oliver Nachtwey: Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus, Berlin 2022.



Demokratische Bewegungen weltweit: Südkoreanische Protestierende fordern am 4. Dezember 2024 den Rücktritt von Präsident Yoon Suk Yeol, nachdem dieser als Reaktion auf von der politischen Opposition blockierte Haushaltsentwürfe das Kriegsrecht ausgerufen hatte.

Foto: Picture Alliance/Fotograf: Kyodo

innerhalb des populistischen Lagers,⁶³ wird aber weitgehend verdeckt durch die gemeinsamen, identitär wie libertär motivier- und mobilisierbaren Idiosynkrasien gegenüber der liberalen Demokratie und ihrem Staat: etwa in der Rebellion gegen als *woke* und kosmopolitisch diffamierte Eliten und gegen vermeintliche moralische Bevormundung; in der Ablehnung staatlicher Regulierung, sozialstaatlicher Umverteilung, gesellschaftspolitischer Programme zur Förderung benachteiligter Gruppen, generell von Minderheitenschutz und Gleichstellungspolitik. So treffen sich identitärer Antipluralismus und libertärer Schranken Hass in der Aversion gegenüber dem liberaldemokratischen Staat und in dem Bestreben, diesen als Garanten und Verkörperung der Freiheit bis zur Funktionsunfähigkeit – „mit der Kettensäge“ – zu schleifen.

63 Wie beispielsweise jüngst in Fragen der Einwanderungspolitik zwischen den libertären Tech-Milliardären und den identitär-populistischen Nationalisten im „MAGA“-Lager, vgl. <https://www.spiegel.de/ausland/steve-bannon-teilt-gegen-elon-musk-aussagen-in-der-anhaengerschaft-von-donald-trump-a-f9ae0bb3-a3f9-4113-8b56-7a0399b355a9> [Stand: 12.03.2025].

Ideologische Affinitäten und mentale Dispositionen

Der autoritäre Populismus erscheint in den beiden beschriebenen Ausprägungen als ideologischer Übergangsbereich zwischen der Idee der liberalen Demokratie und ihrem Widersacher, dem okzidentalistischen Autoritarismus, und zwar wie eine Wippe, die bald zur einen, bald zur anderen Seite kippen kann, je nachdem, wie der Schwerpunkt verlagert wird. Sein ideeller Ausgangs- und Bezugspunkt ist die Freiheit, nicht die despotische Herrschaftskonzeption des okzidentalistischen Autoritarismus. Aber die Implikationen seiner pathologischen Freiheitsverständnisse sind autoritär und insofern anschlussfähig zu okzidentalistischen Ideologieangeboten. Die Affinität autoritär-populistischer Akteure zu bestimmten, staatlichen wie nichtstaatlichen Vertretern des okzidentalistischen Autoritarismus ist insofern nicht nur strategisch bedingt, sondern erklärt sich auch systematisch, aus der ideologischen Pathologie der Freiheit. Zugleich enthalten diese pathologischen Freiheitsverständnisse aber auch Momente, die im komplexen Kontext der liberaldemokratischen Freiheitsidee wichtig und wertvoll sind: In der identitären Variante ist es das verkürzte republikanische Ideal

einer sich demokratisch selbst bestimmenden, und insofern souveränen Gemeinschaft, die homogen im Hinblick auf die von ihren Angehörigen geteilte Bereitschaft ist, solidarisch füreinander und für den Erhalt und die Verteidigung ihres freiheitlichen Gemeinwesens einzustehen. In der libertären Variante ist es der Gedanke des unbedingten normativen Vorrangs der Freiheitsrechte des in diesem Sinne souveränen Individuums,⁶⁴ die aber in einem egalitär-liberalen Verständnis gleichermaßen für alle Individuen gelten und darin ihre äquidistanten Grenzen finden müssen.

Dieser schwankende Übergangsbereich des autoritären Populismus ist daher ein Feld, auf dem sich entscheidet, wer für die liberale Demokratie schon verloren ist und wer noch zurückgewonnen werden kann. Das gilt auch mit Blick auf Staaten insgesamt, wie die Lage der USA bedenklich vor Augen führt, zunächst aber für deren Bürgerinnen und Bürger. In seinem republikanischen Hauptwerk, den *Discorsi*, stellt Machiavelli fest, dass sich die Bevölkerung eines Gemeinwesens politisch-psychologisch in zwei Gruppen einteilen lässt: in diejenigen, die herrschen wollen, und diejenigen, die nur nicht beherrscht werden wollen.⁶⁵ Bezieht man diese grundlegende Differenz auf die Frage nach der Attraktivität autoritärer Ideologieangebote, darf man zunächst vermuten, dass die Angehörigen der zweiten Gruppe diesbezüglich eine hohe Immunität aufweisen. Wer die Idee der Freiheit im republikanischen Sinne Pettits als „moralischen Kompass“⁶⁶ verinnerlicht hat, das heißt inklusive ihrer universalistischen, egalitär-individualistischen Implikationen, ist mental gegen autoritäre Verlockungen gefeit, man kann sagen: demokratietauglich.⁶⁷ Es ist aber auch denkbar,

dass, wer für sich selbst Freiheit beansprucht, zugleich indifferent gegenüber der Unfreiheit anderer ist, und insofern anfällig für die pathologischen Freiheitsversprechen des autoritären Populismus; vielleicht aber auch, so lässt sich zumindest hoffen, zugänglich für die Einsicht, dass wirkliche Freiheit nur als gleiche Freiheit aller Individuen zu haben ist – eine Frage von Aufklärung und politischer Bildung.

Bei Angehörigen der ersten Gruppe, denjenigen, die herrschen wollen, wird man im Hinblick auf die politische Sozialisation früher und tiefer und wohl auch umfassender ansetzen müssen, um die Entwicklung autoritärer Dispositionen zu verhindern beziehungsweise im Sinne der notwendigen mentalen Existenzbedingungen einer liberaldemokratischen Ordnung zu korrigieren. Denn für autoritär Disponierte entfaltet – gegebenenfalls mit autoritär-populistischer Einstiegsdroge – der okzidentalistische Alternativentwurf zur liberaldemokratischen Moderne eine besondere Attraktivität: die diesbezüglich wirksame Vision einer bereits entstehenden despotischen Ordnung, deren Führer die Welt unter sich als Herrschaftsterritorien aufteilen, deren Anhänger sich bereitwillig unterwerfen im Tausch für eine versprochene Teilhabe an despotischer Macht, die ihnen noch am unteren Ende der gesellschaftlichen Hierarchie zugestanden wird – eine Variante des in Nietzsches Psychologie des Ressentiments angesprochenen „Glück[s] der ‚kleinsten Überlegenheit‘“:⁶⁸ gegenüber Frauen, Andersgläubigen oder Angehörigen ethnischer und anderer Minderheiten.

So verweist der Selbstbehauptungskampf der liberalen Demokratie angesichts ihrer autoritären Infragestellungen auf das Feld ideologischer Auseinandersetzungen und kultureller Hegemonialkämpfe und auch auf die Bedingungen politischer Sozialisation und generell der Ausbildung mentaler Dispositionen. Unter dem Aspekt demokratischer Resilienz kommt hierbei der Sphäre der politischen Öffentlichkeit eine herausragende Bedeutung zu, die aus diesem Grund und insbesondere infolge der digitalen Transformation der Gesellschaft zugleich eine Sphäre besonderer Vulnerabilität ist. Davon handelt der nächste Teil dieser Serie. ▀

64 „*There are only individual people, different individual people, with their own individual lives. Using one of these people for the benefit of others, uses him and benefits the others. [...] To use a person in this way does not sufficiently respect and take account of the fact that he is a separate person, that his is the only life he has.*“ Robert Nozick: *Anarchy, State and Utopia*, New York 2013, S. 33.

65 Vgl. Machiavelli (wie Anm. 23), S. 20. In den folgenden Überlegungen werden diese psychologischen Dispositionen von Machiavellis frühneuzeitlicher Zuschreibung auf „Adel“ und „Volk“ gelöst.

66 Pettit (wie Anm. 18), S. 22 ff.

67 Vgl. Alexander Stulpe: Nachhaltigkeitspolitik und Demokratie, in: E+P 2 (2024), S. 4–15, hier S. 14.

68 Friedrich Nietzsche: *Zur Genealogie der Moral*. Kritische Studienausgabe Bd. 5, München, Berlin, New York, S. 383.

NATIONALSOZIALISMUS ALS THEMA DER HISTORISCHEN UND POLITISCHEN BILDUNG – AKTUELLE CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN

„Viele junge Menschen wissen wenig über den Holocaust“, berichtete die Tagesschau am 23. Januar 2025. So schwinde laut einer Studie der Jewish Claims Conference in vielen Ländern das Wissen über die Ermordung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden. Betroffen seien vor allem die jüngeren Generationen. Auch in Deutschland offenbarten 40 Prozent in der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen erhebliche Defizite im Wissen über die Schrecken des Zweiten Weltkriegs und die Massenverbrechen der Nationalsozialisten.¹



- » Neues Standardwerk zum Nationalsozialismus – Th. Sandkühler (Koord.): Der Nationalsozialismus. Herrschaft und Gewalt
- » Bd. 1 (erscheint voraussichtlich Ende 2025)
- » Bd. 2 (2022 erschienen): Gesellschaft, Staat und Verbrechen
- » Bd. 3 (erscheint demnächst)

Der Zentralrat der Juden in Deutschland zeigte sich alarmiert über die Ergebnisse. „Der besorgniserregende Anstieg antisemitischer verbaler und körperlicher Gewalt, den wir in Deutschland beobachten, hat seine Wurzeln zu einem großen Teil in der Desinformation und dem Mangel an Informationen über den Holocaust“,² erklärte etwa Zentralratspräsident Josef Schuster. Die Studie zeige die Dimension, insbesondere mit Blick auf junge Erwachsene. Politik, Bildung und Medien müssten gemeinsam gegensteuern.

Neben diesen Anlass zur Sorge bietenden Daten ändern sich verschiedene Rahmenbedingungen der Erforschung und Rezeption von NS-Geschichte, etwa mit dem so genannten „Verschwinden“ von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen. Auch ergeben sich durch neu akzentuierte Herangehensweisen einer

- 1 Die Studie wurde unter folgendem Link veröffentlicht: <https://www.claimscon.org/country-survey/> [Stand: 10.03.2025].
- 2 Jeder zehnte junge Erwachsene hat den Begriff Holocaust noch nie gehört, in: Jüdische Allgemeine v. 23.01.2025; <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/jeder-zehnte-junge-erwachsene-hat-den-begriff-holocaust-noch-nie-gehört/> [Stand: 21.03.2025].

jüngeren Historikergeneration im Kontext des politischen und gesellschaftlichen Wandels neue Diskussionen und Diskurse.

Diesen neuen Herausforderungen und Aufgaben stellt sich die dreiteilige Geschichte des Nationalsozialismus, koordiniert von Professor Dr. Thomas Sandkühler von der Humboldt-Universität zu Berlin. In Kürze erscheint der dritte Band. Darin präsentiert eine Reihe renommierter Historikerinnen und Historiker, Fachdidaktikerinnen und Fachdidaktiker in zwölf Aufsätzen Methodik und Didaktik des historischen Lernens aus dem Nationalsozialismus.

Ein erster Schwerpunkt liegt auf den verschiedenen Wegen, diesen komplexen Gegenstand so zu thematisieren, dass er Schülerinnen und Schüler von heute zugänglich ist: unterrichtliche

Strukturierung, Stadt- und Lokalgeschichte, Projektarbeit, Alltagsgeschichte, Gedenkstätten und Gedenkstättenarbeit.

Ein zweiter setzt sich mit den Medien historischen Lernens aus dem Nationalsozialismus auseinander: Schulgeschichtsbuch, Fotografie, Film und Videographie, Textquellen, Audioquellen. Einige Texte gehen dabei der Frage nach, wie sich die Globalisierung und die Dauerpräsenz des Internets auf das historische Lernen auswirken. Auch dem Internet als Lernort ist ein Beitrag gewidmet.

Die E+P wird in dieser und in der folgenden Ausgabe Auszüge aus verschiedenen Texten des Bandes veröffentlichen. Den Auftakt für diese Reihe macht der Beitrag von Frau Prof. Eva Pfanzelter von der Universität Innsbruck.

DER NATIONALSOZIALISMUS IM DIGITALEN ZEITALTER: CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN FÜR DEN GESCHICHTSUNTERRICHT

von Eva Pfanzelter

Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus hat sich durch das Internet und soziale Medien tiefgreifend verändert. Digitale Plattformen ermöglichen neue Formen des Erinnerns und Lernens, bringen aber zugleich Herausforderungen mit sich. Ein prägnantes Beispiel für die veränderte Dynamik digitaler Erinnerungskultur ist das Kunstprojekt *Yolocaust* des deutsch-israelischen Künstlers Shahak Shapira. Es machte deutlich, wie historische Gedenkstätten durch Selfies und Hashtags in sozialen Netzwerken auf eine Weise inszeniert werden, die kontrovers diskutiert wird – zwischen Grenzüberschreitung und einer neuen, erzieherisch wertvollen Form der Auseinandersetzung.

Die Digitalisierung hat nicht nur die Art des Gedenkens, sondern auch die Vermittlung historischer Inhalte im Bildungsbereich massiv transformiert. Mit nahezu flächendeckender Internetnutzung unter Jugendlichen und einer zunehmenden Integration digitaler Medien in den

Schulunterricht sind Plattformen wie YouTube, Instagram, TikTok oder auch generell Videos, Podcasts und Online-Archive zu wichtigen Quellen historischen Wissens geworden. Während traditionelle Printmedien an Bedeutung verlieren, prägen soziale Medien, Algorithmen und künstliche Intelligenz zunehmend die Geschichtsvermittlung. Diese Entwicklung eröffnet sowohl Chancen als auch Risiken: Einerseits bieten digitale Medien neue Wege für interaktive, kreative und individualisierte Lernprozesse. Andererseits sind junge Menschen häufig mit Fake News, Verschwörungstheorien und extremistischen Inhalten konfrontiert. Schulen stehen daher vor der Herausforderung, nicht nur historische Fakten zu vermitteln, sondern auch kritische Medienkompetenz zu fördern und das in einer sich immer schneller verändernden digitalen und mobilen Umgebung. Die digitale Kluft zwischen schulischer Praxis und der Alltagsrealität der Schüler:innen bleibt dabei eine zentrale



Holocaust-
Gedenken
als Touri-
Attraktion:
Zwei Touristin-
nen schießen
ein Erinne-
rungselfie vor
dem Holocaust-
Mahnmal.

*Foto: Picture
Alliance/dpa/
Fotograf:
Felix Zahn*

Herausforderung. Angesichts globaler Krisen, wiedererstarkendem Antisemitismus und politischem Extremismus ist eine verstärkte nationale und internationale Zusammenarbeit in der Bildung unerlässlich.

Vor diesem Hintergrund veranschaulicht der Beitrag anhand verschiedener Fallstudien, wie die Erinnerung an den Nationalsozialismus im digitalen Raum verhandelt wird und wie der Geschichtsunterricht darauf reagieren kann. Die zentrale These dabei lautet: Digitale Medien haben die Geschichtskultur nicht nur verändert, sondern erfordern auch eine bewusste Gestaltung, um historisches Bewusstsein und kritische Reflexion in einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft zu fördern.

Geschichte googeln? Wie das Internet unser Geschichtsbild formt – Chancen, Risiken und digitale Dynamiken

Die digitale Medienlandschaft hat die Art und Weise, wie wir Geschichte suchen, finden und rezipieren, grundlegend verändert. Nutzer:innen sind längst nicht mehr passive Konsument:innen, sondern aktive „Prosument:innen“, die Inhalte produzieren, bearbeiten und verbreiten. Dies führt zu einer Pluralisierung historischer Narrative, in denen Expertenwissen, Laienmeinungen und sogar Desinformation nebeneinander existieren. Die einfache Reproduzierbarkeit und der unbegrenzte Zugang zu Online-Daten haben nicht nur Archivierungs- und Erinnerungskulturen neu geordnet, sondern auch die Methoden der Geschichtswissenschaft

herausgefordert. Algorithmen und Künstliche Intelligenz verstärken diese Entwicklung, indem sie die Sichtbarkeit bestimmter Inhalte beeinflussen und zugleich Filterblasen und fiktionale Konstruktionen befördern. Dies stellt Historiker:innen und Pädagog:innen vor die Aufgabe, digitale Medien für den Geschichtsunterricht nutzbar zu machen und gleichzeitig auch kritische Medienkompetenz zu vermitteln.

Besonders Suchmaschinen spielen eine zentrale Rolle bei der Verbreitung historischer Informationen, wobei Google mit über 90 Prozent Marktanteil in Europa die dominierende Plattform ist. Die Analyse von Suchtrends beispielsweise offenbart, dass das Interesse an Begriffen wie „Holocaust“ oder „Nationalsozialismus“ weltweit langfristig in den letzten Jahrzehnten leicht rückläufig war, aber in Deutschland seit 2022 wieder steigt – verstärkt durch popkulturelle Einflüsse und aktuelle politische Debatten. Parallel dazu hat sich das Nutzungsverhalten Jugendlicher verändert: Während klassische Online-Medien für die Informationssuche an Bedeutung verlieren, gewinnen soziale Netzwerke wie YouTube, TikTok oder Instagram an Einfluss. Diese Entwicklungen verdeutlichen die wachsende Bedeutung digitaler Räume für die historische Bildung, die längst über den schulischen Kontext hinausgeht – mit allen Chancen und Risiken, die dies mit sich bringt.

Geschichte zwischen Fachportalen und TikTok: Wie sie heute recherchiert, diskutiert und gelernt wird

Nach wie vor von Bedeutung sind die zentralen einschlägigen Informationsseiten, wie z.B. historische Fachportale, die eine wichtige Rolle bei der Orientierung in der Flut digitaler Informationen spielen. Sie bieten vorselektierte, qualitätsgeprüfte Inhalte, die von Fachgremien auf ihre wissenschaftliche Relevanz und didaktische Eignung hin überprüft werden. Besonders Clio-Online und historicum.net oder auch Zeitgeschichte-Online haben sich im deutschsprachigen Raum als zentrale Ressourcen für die geschichtswissenschaftliche Recherche etabliert. Auf Zeitgeschichte-Online beispielsweise werden historische Analysen mit aktuellen gesellschaftlichen Debatten kombiniert, indem diskutiert wird, wie sich digitale Medien und soziale Netzwerke auf die Erinnerungskultur auswirken. Ergänzt werden diese Fachportale international

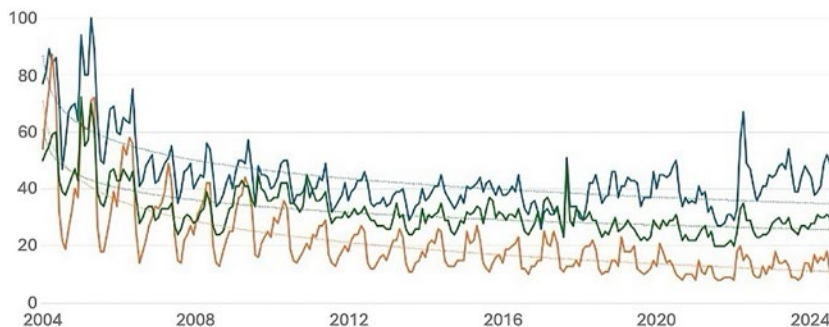
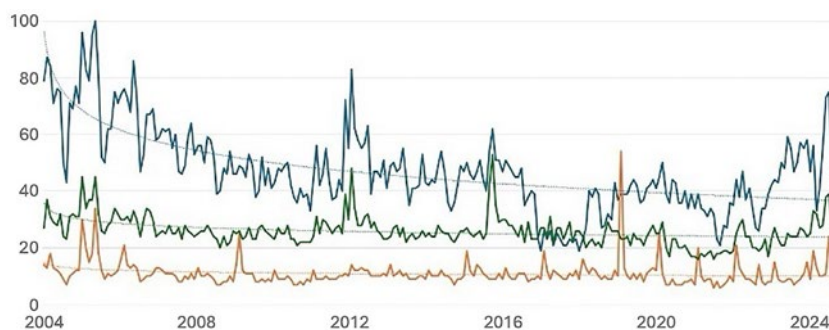


Abbildung 1: weltweites Suchinteresse an den Begriffen „Nationalsozialismus“ (blau), „Nazi“ (grün) und „Holocaust“ (orange) von Januar 2004 bis Juli 2024, eigene Darstellung, Daten aus: <http://trends.google.com> [Stand: 31.07.2024]

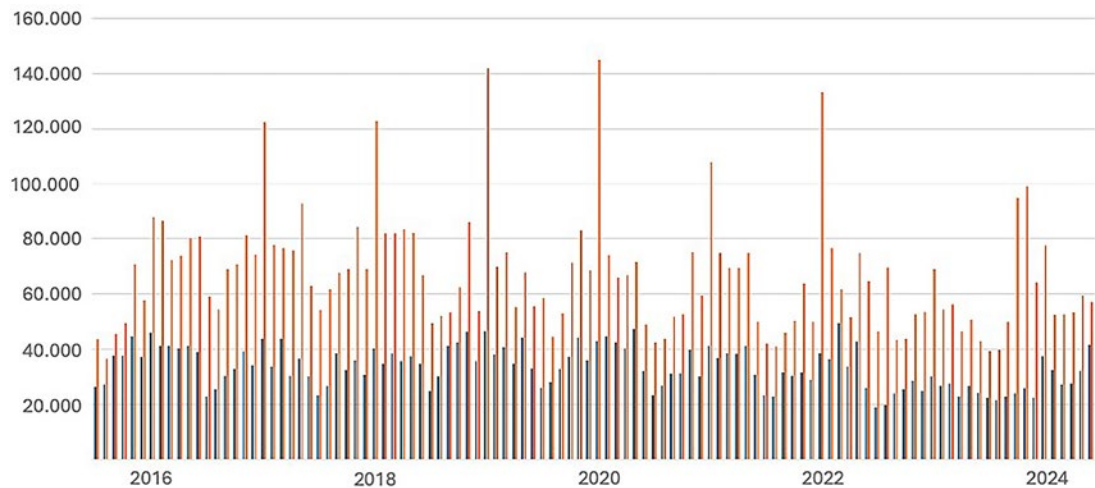


durch Diskussionsforen wie H-Soz-Kult, das als eine der größten Plattformen für den wissenschaftlichen Austausch in den Geschichtswissenschaften gilt.

Trotz der wachsenden Bedeutung solcher Fachportale bleiben Suchmaschinen die primäre Anlaufstelle für historische Recherchen. Die Analyse der Google-Trefferlisten zeigt, dass Wikipedia und offizielle Bildungsinstitutionen die vordersten Plätze in der Suche zum Nationalsozialismus belegen. Neben Wikipedia sind es vor allem Seiten der Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb), die in der digitalen Wissensvermittlung eine zentrale Rolle spielen. Die bpb bietet eine breite Palette multimedialer Bildungsangebote, darunter Online-Dossiers, digitale Lernumgebungen und interaktive Formate wie Podcasts oder Apps. Die Vielfalt dieser Angebote weist auf die zunehmende Anpassung traditioneller Bildungsinstitutionen an digitale Lernformate hin. Gleichzeitig wird der zunehmende Einfluss sozialer Medien an der Vielfalt digitaler Räume erkennbar, in denen Geschichtsvermittlung stattfindet – mit jeweils spezifischen Herausforderungen für die historische Bildung.

Abbildung 2: Suchinteresse in Deutschland an den Begriffen „Nationalsozialismus“ (blau), „Nazi“ (grün) und „Holocaust“ (orange) von Januar 2004 bis Juli 2024, eigene Darstellung, Daten aus: <http://trends.google.com> [Stand: 31.07.2024]

Abbildung 3:
Vergleich der
Seitenaufrufe
der Lemmata
„National-
sozialismus“
(blau) und
„Holocaust“
(orange) in der
deutschen
Wikipedia von
Juli 2015 bis Juni
2024.
Daten aus
Pageviews
Analysis³



Geschichte zum Bearbeiten? Wie Wikipedia unser Bild vom Nationalsozialismus und Holocaust prägt

Wikipedia zählt zu den meistbesuchten Websites weltweit und ist eine der zentralen Anlaufstellen für die Recherche zu historischen Themen. Besonders die Lemmata zu „Nationalsozialismus“ und „Holocaust“ sind stark frequentiert und werden kontinuierlich überarbeitet. Die Analyse dieser Artikel verdeutlicht ihre Erstellung und Pflege als kollaborativen Prozess, der zugleich von einer kleinen Gruppe besonders aktiver Autor:innen dominiert wird. Während Wikipedia durch Metadaten, Versionshistorien und Diskussionsseiten wertvolle Einblicke in den Entstehungsprozess historischer Narrative gewährt, werfen die Monopolisierung der Inhalte und wiederkehrende Edit-Wars Fragen zur Objektivität und langfristigen Qualitätssicherung auf. Besonders umstritten ist die Definition des Holocaust sowie die Abgrenzung nationaler Erzähltraditionen, was zu intensiven Diskussionen innerhalb der Wikipedia-Community führt. Gleichzeitig belegen Studien die wachsende Rolle von Wikipedia als digitalem Erinnerungsort, in dem Geschichte nicht nur dokumentiert, sondern aktiv verhandelt wird.

3 Vgl. MusikAnimal/Kaldari/Marcel Ruiz Forn (Hg.): Pageview Analysis Holocaust & Nationalsozialismus; <https://pageviews.wmcloud.org/?project=de.wikipedia.org&platform=all-access&agent=user&redirects=0&start=2015-07&end=2024-06&pages=Nationalsozialismus|Holocaust> [Stand: 31.07.2024].

Die kritische Auseinandersetzung mit Wikipedia bietet für den Geschichtsunterricht großes Potenzial. Die Analyse von Metadaten und Diskussionsseiten kann Schüler:innen und Studierenden helfen, ein Bewusstsein für die Dynamik historischer Narrative und die Mechanismen digitaler Wissensproduktion zu entwickeln. Dabei sollte die Verzahnung mit anderen Online-Quellen und digitalen Lernplattformen berücksichtigt werden, um historische Bildung auf eine fundierte Basis zu stellen. Der Einfluss politischer und ideologischer Interessen, aber auch der Gender- und Regional-Bias innerhalb der Wikipedia offenbaren, dass die digitale Enzyklopädie nicht nur eine neutrale Wissensquelle, sondern ein aktiver Schauplatz gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse ist. Die Debatte über Wikipedia als seriöse Quelle ist damit längst nicht abgeschlossen – vielmehr wird im digitalen Raum Geschichte nicht einfach archiviert, sondern ständig neu geschrieben, was weitreichende Konsequenzen für die analoge Welt hat.

Geschichte in Like-Zahlen: Wie Facebook und Instagram den Umgang mit dem Nationalsozialismus verändert haben

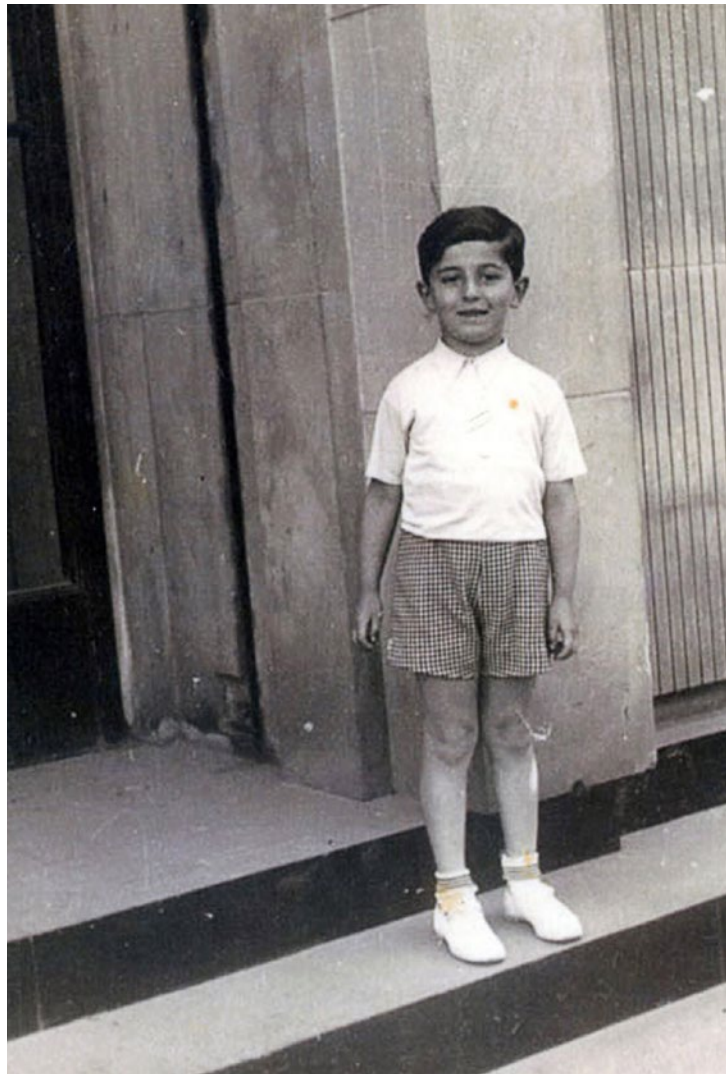
Soziale Medien haben sich als feste Bestandteile der Erinnerungskultur etabliert. Während Facebook als eine der meistgenutzten Plattformen weltweit eine zunehmend ältere Nutzerschaft bedient, hat Instagram mit seinem visuellen Fokus insbesondere jüngere Generationen erreicht. Projekte wie die Facebook-Seite von Henio Zytomirski,

einem im Holocaust ermordeten Jungen, oder das Instagram-Projekt *eva.stories* veranschaulichen, wie historische Inhalte über Soziale Netzwerke eine breite Öffentlichkeit erreichen können. Gleichzeitig werfen sie ethische und didaktische Fragen auf: Können biografische Rekonstruktionen und fiktionale Elemente zur historischen Bildung beitragen oder verwischen sie die Grenzen zwischen Erinnerung und Unterhaltung? Die Debatten über diese Formate verdeutlichen die Rolle sozialer Medien als aktive Akteure in der Verhandlung von Geschichtsbildern statt als rein passive Kanäle.

Doch neben Bildungsinitiativen sind soziale Medien auch ein Raum für problematische Entwicklungen. Rechtsextreme und Holocaustleugner:innen nutzen Plattformen gezielt zur Verbreitung von extremer Ideologien, oft verschleiert durch Verschwörungstheorien und emotionale Narrative. Facebook und Instagram reagierten darauf bis Jahresende 2024 mit Löschungen und Einschränkungen, doch die Durchsetzung blieb lückenhaft – seit 2025 sind nicht einmal mehr diese manuellen Schranken vorhanden, da verstärkt auf automatisierte Moderation und Community-Meldungen gesetzt wird, die oft mehr als ineffektiv bleiben. Gleichzeitig hat sich die Ästhetik von Gedenkkultur verändert: Selfies an Gedenkstätten oder Hashtags wie #instacaust machen deutlich, wie digitale Mechanismen zunehmend die Erinnerungskultur formen. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Holocaust in sozialen Netzwerken verdeutlicht, dass die Vergangenheit nicht nur erinnert, sondern immer wieder neu verhandelt wird – mit allen Chancen und Risiken, die die digitale Welt bietet.

Scrollen gegen das Vergessen? Wie soziale Medien die Erinnerungskultur verändern

Die Digitalisierung hat die Auseinandersetzung mit Geschichte grundlegend verändert und neue Formen der Partizipation geschaffen. Soziale Netzwerke wie Facebook, Instagram und TikTok ermöglichen es Nutzer:innen, historische Themen aktiv zu kommentieren, zu teilen und auf individuelle Weise zu erinnern. Diese Demokratisierung der Erinnerung eröffnet Chancen für eine breitere Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Holocaust, wirft jedoch auch kritische Fragen auf: Trivialisieren Likes, Selfies an Gedenkstätten oder humoristische Darstellungen die Vergangenheit? Gleichzeitig ermöglichen soziale Medien neuen Generationen,



persönliche und familiäre Erinnerungen zu rekonstruieren, internationale Vernetzungen zu schaffen und marginalisierte Perspektiven sichtbarer zu machen. Digitale Projekte wie *eva.stories*, der TikTok-Account der Holocaust-Überlebenden Lily Ebert oder Kampagnen wie #FrauenImWiderstand veranschaulichen die Rolle sozialer Medien bei der Förderung von Reflexion und Aufklärung sowie beim Schaffen einer Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart. Entscheidend bleibt die aktive Begleitung dieser Entwicklungen durch Bildungseinrichtungen und Gedenkstätten, um Authentizität zu wahren und eine kritische Auseinandersetzung mit historischen Themen zu gewährleisten. Denn jede Generation hat nicht nur das Recht, sondern auch die Verantwortung, ihren eigenen Zugang zur Geschichte zu entwickeln und ein kritisches Geschichtsbewusstsein zu formen. ◐

Henio Zytomirskis Facebook-Profilbild, das hier zu sehen ist, wurde 1939 aufgenommen und war wahrscheinlich das letzte, bevor er von den Nazis getötet wurde.
Foto: Picture Alliance/ASSOCIATED PRESS/STR

STÜRMISCHE ZEITEN FÜR EUROPA. TRUMPS SPRUNGHAFTHIGKEIT, PUTINS HARTNÄCKIGKEIT UND SELENSKYJS BALANCEAKT EINE CHRONIK TURBULENTER TAGE

von Klaus Gestwa



Trump bei seiner Ansprache im Kapitol am 5. März 2025
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Ben Curtis

Bei seiner ersten Rede vor dem US-Kongress seit seiner Wiederwahl erklärte Donald Trump am 4. März 2025 in bekannt selbstgefälliger Manier: „Wir haben in 43 Tagen mehr erreicht als die meisten Regierungen in vier oder acht Jahren. Und wir fangen gerade erst an.“ Unter dem Motto „*America is back*“ bezeichnete der alte neue US-Präsident den von ihm eingeleiteten Politikwechsel in aller Unbescheidenheit gleich vierzehn Mal als „historisch“ und schien sich daran zu berauschen, in den letzten Wochen auf internationaler Bühne für Furore gesorgt zu haben.¹

Die mit den USA verbündeten Staaten verstehen die auf disruptiven Wandel zielende Politik der neuen Trump-Administration allerdings als Beginn einer möglichen Abkehr von der inzwischen 80 Jahren bestehenden transatlantischen Allianz. Wiederholt stieß Trump mit seinen Ungeheuerlichkeiten und Feindseligkeiten internationale Partner brüsk vor den Kopf. Das gilt sowohl für seine neo-imperialen Projekte, neben dem Panama-Kanal und Grönland auch den Nachbarn Kanada den USA einzuverleiben, als auch für seine offene Aversion gegen die Europäische Union, die vor allem dazu diene, „die Vereinigten Staaten abzuzocken“².

In ähnlicher Weise betrachtet Trump die NATO – nicht ganz zu Unrecht – als Vorwand für viele europäische Staaten, die Kosten für die eigene Verteidigung auf die USA abzuwälzen, um die so verfügbaren Haushaltsmittel für soziale Wohltaten auszugeben. Unverhohlen droht der US-Präsident mit dem Rückzug seines Landes aus dem transatlantischen Verteidigungsbündnis. Vor wenigen Tagen hat Trumps vormaliger Sicherheitsberater John Bolton, mittlerweile ein erklärter Gegner des wiedergewählten US-Präsidenten, berichtet, dass er 2018 seinem damaligen Chef in Brüssel nur

mit Mühe den sofortigen NATO-Austritt ausreden konnte. Ein weiterer Fehler Europas würde Trump sicher bestärken, diesen Schritt zu vollziehen.³



„Trumps Februarrevolution“ als weltpolitischer Umbruch?

Ob hinter Trumps scheinbar erratischen Entscheidungen ein langfristiger Plan steckt, bleibt unklar. Die freundliche Interpretation seines disruptiven Politikstils geht von der gezielten Schaffung eines strategischen Chaos aus, das dazu dienen soll, den als bedrängt empfundenen Weltmachtstatus der USA zu festigen. Weniger wohlwollende Stimmen werfen Trump vor, mit seinem Abschied von der schon in Auflösung befindlichen regelbasierten Weltordnung dränge er zurück in den längst überkommen geglaubten „Dschungel der Macht“, in dem der Stärkere seine Interessen auf Kosten der Schwachen durchsetzt.⁴

Die Kongress-Abgeordnete Melanie Stansbury protestiert gegen Präsident Trump im Kapitol, Washington, 4. März 2025. Foto: Picture Alliance/ Fotograf: Win McNamee

- 1 Peter Burghardt: Trump-Rede im Kongress. Die Lage der USA, in: Süddeutsche Zeitung, 05.03.2025; <https://www.sueddeutsche.de/politik/trump-rede-kongress-lage-usa-li.3213542?reduced=true> [Stand: 19.03.2025]. Zum kompletten Video-Mitschnitt der Rede vgl. <https://www.zdf.de/video/magazine/phoenix-collection-phoenix-150-328/phoenix-trumps-rede-im-kongress-100> [Stand: 19.03.2025].
- 2 René Pfister: Trumps Abkehr von Europa. Der Erpresser der freien Welt. Spiegel.de, 06.03.2025; <https://www.spiegel.de/ausland/donald-trump-und-die-transatlantischen-beziehungen-bye-bye-america-a-65cbacdd-6bce-4858-8c8f-1915400a60a2> [Stand: 19.03.2025].

- 3 2018 in Brüssel wäre es bereits fast passiert. Früherer Sicherheitsberater Trumps rechnet mit Nato-Austritt der USA, Tagesspiegel, 20.03.2025; <https://www.tagesspiegel.de/internationales/2018-in-brussel-ware-es-bereits-fast-passiert-fruherer-sicherheitsberater-trumps-rechnet-mit-nato-austritt-der-usa-13400539.html> [Stand: 19.03.2025].
- 4 Andreas Rüesch: Noch ist der Westen nicht verloren. Wie aus Trumps Scherbenhaufen eine neue Ordnung entstehen kann, NZZ.de, 14.03.2025; <https://www.nzz.ch/meinung/trump-europa-und-die-ukraine-noch-ist-der-westen-nicht-verloren-Id.1875020> [Stand: 21.03.2025]; Carlo Masala: Es kann nichts Schlimmeres passieren, T-Online; 20.03.2025; https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/krise/id_100607666/ukraine-und-trump-worauf-putins-krieg-laut-masala-abzielt.html?utm_source=firefox-newtab-de-de [Stand: 21.03.2025].



Besucher vor einem Kunstwerk, das US-Präsident Donald Trump, den russischen Präsidenten Wladimir Putin und den chinesischen Präsidenten Xi Jinping zeigt, in der Ausstellung mit dem Titel „Jalta 2.0“. Sie wurde am 8. Februar 2025 anlässlich des 80. Jahrestags der Jalta-Konferenz in einer Kunstgalerie im auf der Halbinsel Krim gelegenen Liwadija-Park eröffnet.

Foto: Picture Alliance/
Fotograf: Alexey Pavlishak

Die demonstrative Missachtung des Völkerrechts sowie bisher gültiger Regeln und Grenzen teilt Trump jedenfalls mit den Autokraten Xi Jinping und Putin, für die gleichsam nur eine Währung gilt, nämlich die der einseitigen Interessensdurchsetzung qua konsequenter Machtausübung. Außerdem eint die drei Staatschefs das Bestreben, bewundert zu werden, um als erfolgreiche imperiale Herrscher in die Geschichte einzugehen.

Schon im Frühsommer 2020 forderte Putin in einem aufsehenerregenden historischen Beitrag zum 75. Jahrestag des sowjetischen Weltkriegstriumphs ein „neues Jalta“. Wie im Frühjahr 1945 auf der Halbinsel Krim sollten die drei führenden Großmächte wieder zu einer Konferenz zusammensetzen, um die Welt unter sich in Einflusszonen aufzuteilen und damit unter anderem die russische Hegemonie über Ostmitteleuropa wiederherzustellen.⁵

Angesichts der in Washington, Moskau und Peking geteilten internationalen Neuordnungsvisionen sehen sich die europäischen Staaten mit der bitteren Realität konfrontiert, dass die US-Regierung kein verlässlicher Verbündeter der liberalen Demokratien

des Westens mehr zu sein scheint und sogar ins Lager des Autoritarismus abdriften könnte.⁶

Der im Prager Exil lehrende russische Politikwissenschaftler Sergej Medwedew diagnostiziert „Trumps Februarrevolution“ als Beginn einer neuen Ära „geopolitischer Katastrophen“.⁷ In ähnlich dramatischer Weise sprechen viele in Politik und Wissenschaft von einer „Zeitenwende 2.0“ und sehen endgültig den entscheidenden Moment für Europa gekommen, das sich auf eine Welt ohne die USA an seiner Seite einstellen müsse.⁸ Enttäuscht schreibt der ukrainische Publizist Jurko Prochasko, dass Europa beim gegenwärtigen Umpflügen der internationalen Ordnung wegen seiner militärischen Selbstverzwergung und Zerstrittenheit wie „Gesindel“ behandelt werde.⁹

In Russland jubeln manche wie der im ideologischen Speckgürtel des Kremls tätige, vielzitierte großrussische Chauvinist Alexander Dugin, der „kollektive Westen“ sei auseinandergefallen. Europa habe mit seinem wertorientierten „Globalismus“ eine „totale Niederlage“ erlitten.¹⁰ Martialisch prognostiziert der einflussreiche, kremlnahe Moskauer Politikwissenschaftler Sergej Karaganow dem im Fadenkreuz der hybriden mehr Geschlossenheit und weniger Abhängigkeit von Washington Russlands

5 Klaus Gestwa: Putin, der Cliotherapeut. Überdosis an Geschichte und politisierte Erinnerungskonflikte in Osteuropa, *Neue Politische Literatur* Lit.67, 17.12.2021; <https://link.springer.com/article/10.1007/s42520-021-00403-w> [Stand: 19.03.2025]; Lesia Bidochko: Putin will ein zweites Jalta, *Internationale Politik*; 25.02.2025. <https://internationalepolitik.de/de/putin-will-ein-zweites-jalta> [Stand: 19.03.2025].

6 „Trump hat die Seiten gewechselt“. Pistorius plant offenbar Krisengipfel zu US-Waffen, *Welt.de*, 20.03.2025; <https://www.welt.de/politik/deutschland/article255748422/Boris-Pistorius-plant-offenbar-Krisengipfel-zu-US-Waffen-Trump-hat-die-Seiten-gewechselt.html> [Stand: 21.03.2025].

7 Sergej Medwedew: *Ožidanie laviny. O geopolitičeskich katastrofach*, *Radio Svoboda*, 10.03.2025; <https://www.svoboda.org/a/ozhidanie-laviny-sergey-medvedev-o-geopol.> [Stand: 19.03.2025].

8 Herfried Münkler: Nun haben wir den Schlamassel, *T-Online*, 14.03.2025; https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/krisen/id_100607620/russland-china-und-die-usa-unter-trump-politologe-im-gespraech.html [Stand: 19.03.2025].

9 Jurko Prochasko: Trumps und Putins Allianz. Warum die Ukraine Europas letzte Chance ist, *FAZ.net*, 01.03.2025; <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/trumps-und-putins-allianz-warum-die-ukraine-europas-letzte-chance-ist-110324581.html> [Stand: 19.03.2025].

10 Friedrich Schmidt: Warum ein russischer Radikalanationalist Trump lobt, *FAZ.net*, 20.03.2025; <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/alexandr-dugin-warum-ein-russischer-radikalanationalist-trump-lobt-110366900.html> [Stand: 20.03.2025].

stehenden Europa werde bald „das Rückgrat gebrochen“, um der Moskauer Hegemonie auf dem gesamten Kontinent den Weg zu bahnen.¹¹

Angesichts dieser Unkenrufe fordert u.a. der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die europäischen Regierungen auf, sich endlich auf die eigene Stärke zu besinnen.¹² Nur ein erheblicher Zugewinn an strategischer Autonomie könne noch verhindern, dass die EU als vernachlässigter Akteur unter die Räder der globalen Ränkespiele der imperialen Mächte Russland, China und USA gerate. Der ukrainische Botschafter Oleksij Makejew spricht von „erfrischenden Schocks aus den USA“, die Europa endlich aufwachen ließen.¹³ Den zuvor geflissentlich überhörten Weckrufen folgt so gegenwärtig eine Serie europäischer Krisengipfel. Dabei haben sich die Staaten der EU inzwischen auf ein Wiederaufrüstungspaket von 800 Milliarden Euro geeinigt.¹⁴

Trump anfängliche Härte und Putins Schmeicheleien

Mit seinem vollmundigen Wahlversprechen, den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine innerhalb weniger Tage zu beenden, hatte Trump bei seiner Anhängerschaft hohe Erwartungen geweckt. Das setzt ihn nun unter großen Druck, zumal die Erinnerung noch präsent ist, dass die internationalen Initiativen während seiner ersten Amtszeit von 2016 bis 2020 in Nordkorea, Afghanistan und dem Nahen Osten erfolglos geblieben waren.

Der Kreml weiß, dass der großmäulige US-Präsident unter Zugzwang steht, und kann daher mit Geduld aus einer Position der Stärke agieren. Wohlwollend registriert man auf russischer Seite,

dass Trump mit dem Verzicht des NATO-Beitritts der Ukraine, dem Einfrieren der aktuellen Front zur Demarkationslinie und den damit verbundenen territorialen Konzessionen seine eigene Position und die der Ukraine schon vor Verhandlungsbeginn erheblich geschwächt hat.¹⁵

Siegesbewusst machten im Vorfeld von Trumps Wiedereinzug ins Weiße Haus am 20. Januar 2025 die Moskauer Verantwortlichen noch einmal unmissverständlich klar, dass Russland an seinen maximalen Kriegszielen hartnäckig festhalte. Man sei nicht an einem Verhandlungskompromiss, sondern nur an der faktischen Kapitulation Kyjiws interessiert. In einem vielbeachteten Interview verkündete Putins Vertrauter Nikolaj Patruschew sogar, im Verlauf des Jahres 2025 werde es mit der Staatlichkeit der Ukraine endgültig vorbei sein.¹⁶

Angesichts des beharrlichen Drängens Moskaus auf seine maximalen Kriegsziele setzte Trump während seiner ersten Tage im Weißen Haus zunächst auf ökonomische Hebel, um Verhandlungsbereitschaft in Moskau zu erzwingen. „Deine Wirtschaft versagt, beende den Krieg, oder es gibt noch härtere Sanktionen“, so seine direkt an Putin gerichtete Warnung. Es sei an der Zeit, den „irrwitzigen Krieg“ zu beenden. Das ließe sich „auf die einfache oder auf die harte Tour machen“.¹⁷

Während sich die russische Politik und Öffentlichkeit über diesen „primitiven Erpressungsversuch“¹⁸ empört zeigten, gab der im Geheimdienst geschulte Putin deneinschmeichelnden Trump-Flüsterer. Er pries

11 Sergej Karaganow: *Slomat' chrevet Evrope*, Profil', 21.01.2025; <https://profile.ru/abroad/slomat-hrebet-evrope-kakoj-dolzha-byt-politika-rossii-v-otnoshenii-zapada-1651213/> [Stand: 19.03.2025].

12 Steinmeier wirft USA Rücksichts- und Regellosigkeit vor, Merkur.de, 14.02.2025; <https://www.merkur.de/bayern/steinmeier-wirft-usa-ruecksichts-und-regellosigkeit-vor-zr-93572652.html> [Stand: 21.03.2025].

13 Oleksij Makejew: Europa ist aufgewacht, FAZ.net, 16.03.2025, S. 4; <https://www.faz.net/aktuell/politik/ukraine/ukrainischer-botschafter-europa-ist-aufgewacht-110356985.html> [Stand: 19.03.2025].

14 EU will bis 2030 massiv aufrüsten, Tagesschau.de, 20.03.2025; <https://www.tagesschau.de/ausland/eu-gipfel-aufruestung-102.html> [Stand: 21.03.2025].

15 Klaus Gestwa: Waffenruhe endlich in Sicht? Der russische Krieg gegen die Ukraine im dritten Jahr, in: *Einsichten + Perspektiven*. Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte (03/2024), S. 25-43.

16 Nikolaj Patruschew: *Ne isključeno, čto v nastupivšem godu Ukraina prekratit suščestvovanie*, *Komsomol'skaja Pravda*, 14.01.2025; <https://www.kp.ru/daily/27651/5036217/> [Stand: 19.03.2025].

17 Trump erhöht den Druck und droht Putin, Berliner Zeitung, 22.01.2025; <https://www.berliner-zeitung.de/news/ukraine-krieg-trump-erhoeht-den-druck-und-droht-putin-li.2290830> [Stand: 19.03.2025].

18 Meteusz Czmieł: Trumps Ultimatum an Putin entfacht Sturm der Empörung in Moskau, Daily Wrap, 22.01.2025; <https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/trumps-ultimatum-an-putin-entfacht-sturm-der-emp%C3%B6rung-in-moskau/ar-AA1xFYqj?ocid=iehp&apiversion=v2&noservercache=1&domshim=1&renderwebcomponents=1&w-cseo=1&batchservertelemetry=1&noservertelemetry=1> [Stand: 19.03.2025].

den US-Präsidenten als „klugen und pragmatischen Menschen“, dem er vertraue. Wäre Trump 2020 nicht der Wahlsieg gestohlen worden, hätte der Krieg in der Ukraine womöglich nicht stattgefunden. Daraufhin sprach der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj mahndend von offensichtlichen Manipulationsversuchen und forderte Trump auf, sich auf die Seite der Gerechtigkeit und damit der Ukraine zu stellen.¹⁹

Doch die Warnung aus Kyjiw verhallt. Als Trump am 10. Februar 2025 zum Super Bowl, dem Finale der amerikanischen Football-Saison, ein TV-Interview gab, erklärte er beiläufig, die Ukraine „mag eines Tages russisch sein“. Zuvor wollten die USA aber „all dieses Geld“ zurück, dass sie der Ukraine überlassen hätten.²⁰

Russisch-amerikanische Annäherung und veränderte Feindbilder

Am 12. Februar 2025 kam es zu einem 90-minütigen Telefonat zwischen Trump und Putin, das die Zeichen zwischen Washington und Moskau auf Annäherung stellte. Beide Seiten vereinbarten ein baldiges Treffen ihrer Außenminister Marco Rubio und Sergej Lawrow in Saudi-Arabien, um dort ohne die Ukraine und ohne Europa allein in bilateralen Gesprächen über das Schicksal der Ukraine zu verhandeln.

Bevor die europäischen Regierungen diesen Schock politisch verarbeiten konnten, folgte am 14. Februar 2025 auf der Münchner Sicherheitskonferenz gleich die nächste kalte Dusche. In seiner Rede verstieg sich der US-Vizepräsident J.D. Vance zur markigen These, die größte Gefahr für die Freiheit des Westens seien nicht die autoritären Regime in Russland und China, sondern vielmehr das mangelnde Demokratieverständnis zahlreicher europäischer Staaten.²¹



Münchner Sicherheitskonferenz 2025: James David Vance, Vizepräsident der Vereinigten Staaten, hält seine mit Spannung erwartete Rede, die bei den Europäern Bestürzung auslöste, 14. Februar 2025.

Foto: Picture Alliance/
dts-Agentur

Beim vier Tage später in Saudi-Arabiens Hauptstadt Riad stattfindenden, viereinhalb Stunden dauernden Treffen kamen die beiden Außenminister Rubio und Lawrow mit dem Ziel einer „Normalisierung der bilateralen Beziehungen“ überein, dass ihre beiden Länder gegenseitig die jeweiligen Interessen respektieren und ihre Botschaften wieder regulär besetzen.²² Zudem sollen hochrangige Teams gebildet werden, um schnell eine Lösung zur Beendigung des Kriegs zu finden und Wege für eine erneute wirtschaftliche Zusammenarbeit auszuloten. Die diplomatische Eiszeit zwischen Moskau und Washington scheint seitdem überwunden. Kritische Stimmen in den USA und in Europa sprechen entsetzt davon, die Trump-Administration handle nach dem Slogan „*Make Russia Great Again*“.²³

Als symbolträchtiger Akt des guten Willens gegenüber Moskau stimmten die USA einer UN-Resolution nicht zu, die am dritten Jahrestag des russischen Überfalls auf die Ukraine am 24. Februar 2025 die russische Aggression verurteilte. Damit ging Washington auf Distanz zu seinen westlichen Verbündeten und fand sich bei der Abstimmung in der illustren Gesellschaft von autoritär-diktatorisch verfassten Ländern wie Nordkorea und Belarus wieder.

Angesichts der sich verbessernden Beziehungen zu den USA verortet der Kreml das „konfrontative Denken“ nun hauptsächlich in Brüssel und in den europäischen Hauptstädten.

19 Kremlchef Putin umschmeichelt Trump, N-TV.de, 25.01.2025; <https://www.n-tv.de/politik/Kremlchef-Putin-umschmeichelt-Trump-article25514431.html> [Stand: 19.03.2025].

20 Trump über die Ukraine. Vielleicht sind sie eines Tages russisch, Tagesspiegel, 11.02.2025; <https://www.tagesspiegel.de/internationales/trump-uber-die-ukraine-vielleicht-sind-sie-eines-tages-russisch-13180120.html> [Stand: 19.03.2025].

21 Vance kritisiert Europa: „Gefahr von innen“, ZDFheute.de, 14.02.2025; <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/vance-rede-muenchner-sicherheitskonferenz-msc-100.html> [Stand: 21.03.2025].

22 Russland und USA sprechen in Riad über Ukraine, Zeit-Online, 18.02.2025; <https://www.zeit.de/politik/ausland/2025-02/russland-usa-riad-saudi-arabien-gespraech-ukraine-rubio-lawrow> [Stand: 19.03.2025].

23 Prochasko (wie Anm. 3).

Die russischen Kampagnen richten sich vor allem gegen den britischen Premierminister Keir Starmer und den französischen Präsidenten Emmanuel Macron, die als Staatshäupter von Atommächten und führender europäischer Nationen wiederholt die Initiative ergriffen haben, eine „Koalition der Willigen“ zu formen. Als der französische Präsident – zum wiederholten Mal – vorschlug, verbündete Länder unter den Schutz der französischen Atomwaffen zu stellen, warf der russische Außenminister Lawrow Macron vor, sich zum nuklearen Patron Europas aufschwingen und in die Zeit Napoleons zurückkehren zu wollen. Schon damals hätte Frankreich als Kriegsaggressor in seinem Hass auf Russland den Frieden in Europa zerstört.²⁴

Trumputin?

Hatte Trump Anfang Dezember 2024 bei seinem vom französischen Präsidenten arrangierten Treffen in Paris noch freundliche und mitfühlende Worte für den vom Krieg gebeutelten Selenskyj gefunden, folgten auf die diplomatische Annäherung zwischen Moskau und Washington am 18. Februar 2025 schwere Verbalattacken. Nun machte Trump die überfallene und um ihr Überleben kämpfende Ukraine für das Fortdauern des russischen Angriffskriegs verantwortlich. Neben dieser perfiden, im Kreml nur zu gern gehörten Schuldlastumkehr übernahm Trump sogar das von der Moskauer Desinformationsmaschinerie verbreitete Narrativ, Selenskyj sei ein „Diktator ohne Wahlen“, der „in ukrainischen Umfragen sehr weit hinten liegt“.²⁵

Geflissentlich übersah der US-Präsident, dass zu diesem Zeitpunkt die Zustimmungswerte Selenskyjs mit 52 Prozent deutlich über seinen eigenen lagen. Er ignorierte ferner die in der Verfassung und im Kriegsrecht der Ukraine festgehaltenen Regelungen, dass in Kriegszeiten die

politisch Verantwortlichen ihre Ämter weiter ausüben, bis nach dem Ende des Waffengangs Wahlen ordnungsgemäß durchgeführt werden können. Internationale Jurist:innen haben diese eindeutige Rechtslage wiederholt erläutert, um damit den seit dem Frühjahr 2024 bekannten Moskauer Vorwurf von Selenskyjs „illegitimer Präsidentschaft“ als Fake zu entlarven.²⁶ Wegen Trumps unbedachter Übernahme russischer Propagandaparenen macht das böse Wort vom „Trumputin“ die Runde.²⁷

Trump's explosive Mischung aus öffentlicher Diffamierung der Ukraine und Avancen gegenüber Putin irritiert sogar die Volksrepublik China, dessen Führung bislang den Kriegsaggressor Russland ökonomisch und politisch unterstützt hat. Dass die russische Presse im imperialen Fiebertraum schon jubelnd verkündet: „Eine Welt für zwei“, löst auf chinesischer Seite die Befürchtung aus, strategisches Ziel Trumps könne es sei, mit seiner Annäherung an Putin einen Keil zwischen Russland und China zu treiben.²⁸ Ein weiter von China abhängiges Russland bietet Peking mithin die Gewähr dafür, um zum einen besser auf russische Ressourcen zugreifen, zum anderen im Verbund mit Moskau eigene politische Machtansprüche erfolgreicher durchsetzen zu können. Deshalb drängt die chinesische Führung darauf, sie müsse genauso wie die Regierungen der Ukraine und Europa an weiteren Verhandlungen beteiligt werden. Nur durch die Berücksichtigung der Interessen aller Parteien lasse sich ein nachhaltiger Frieden und damit Stabilität in Europa erreichen.²⁹

24 Katerina Alexandridi: Lawrow vergleicht Macron mit Napoleon und Hitler, Berliner Zeitung, 06.03.2025; <https://www.berliner-zeitung.de/news/lawrow-vergleicht-macron-mit-napoleon-und-hitler-li.2304847> [Stand: 19.03.2025].

25 Heiko Pleines/Eduard Klein: Wirklich ein „Diktator ohne Wahlen“? Zur Legitimität und Popularität des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, in: Ukraine-Analysen, (311)(2025), S. 30 f.; <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/311/trump-legitimitaet-popularitaet-selenskyj/> [Stand: 21.03.2025].

26 Ebd.; Elisabeth Kagermeier: Warum Selenskyj weiterhin legitimer Präsident ist, Tagesschau.de, 24.06.2024; <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/wolodymyr-selenskyj-praesidentschaft-wahlen-100.html> [Stand: 21.03.2025].

27 Vgl. z.B. Tomas Jermalacičius: *Europe in a Trumputin World. Fight, Flight, or Freeze?*, International Centre for Defence and Security (ICDS), 25.02.2025; <https://icds.ee/en/europe-in-a-trumputin-world-fight-flight-or-freeze/> [Stand: 21.03.2025].

28 Tobias Prüwer: Heartland-Theorie: Warum Trump mit Putin kuschelt, Volksverpetzer, 12.03.2025; <https://www.volksverpetzer.de/aktuelles/trump-putin-heartland-theorie/> [Stand: 19.03.2025].

29 China nennt Trumps Ukraine-Politik „entsetzlich“, T-Online, 08.03.2025; https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/krise/id_100626878/china-kritisiert-donald-trump-ukraine-politik-der-usa-entsetzlich-.html [Stand: 21.03.2025].

Bodenschätze in der Ukraine

Eisenvorkommen und Batterie-Rohstoffe

- Eisenerz
- ◆ Nichteisenmetalle (u. a. Titan, Nickel, Cobalt)
- Seltene Erden
- ◆ Lithiumminerale



dpa•108513

Quelle: Blum et al., Sirius – Zeitschrift für strategische Analysen

Grafik: Picture Alliance/dpa/dpa Grafik | dpa-infografik GmbH

Der Rohstoffdeal als Ausweg

Auf Trumps Verbalattacken gegen die Ukraine und seine Lobhudeleien für Putin reagierte Selenskyj am 19. Februar 2025 mit der Feststellung, der US-Präsident sei offensichtlich in einer „Blase aus Desinformation“ gefangen.³⁰ Während diese Kritik bei Trump einen veritablen Wutanfall auslöste, sprach Selenskyj damit vielen Landsleuten aus dem Herzen. Noch im November 2024 hatten viele in der Ukraine mit einer Mischung aus überhöhten Erwartungen und verzweifelter Hoffnung überraschend optimistisch auf Trumps erneuten Einzug ins Weiße Haus geschaut. Drei Monate später macht sich Ernüchterung und Entrüstung breit.³¹

Selenskyjs Team weiß darum, dass es bei dem sich als Dealmaker gerierenden Trump vor allem einer kooperativen Haltung bedarf, um ihn mit verlockenden Angeboten dazu anzuhalten, der Ukraine in ihrem Überlebenskampf weiter beizustehen. Ende November 2024 stellte der ukrainische Präsident

daher in Aussicht, die von Russland besetzten ukrainischen Gebiete zeitweilig unter Moskauer Kontrolle bleiben, um mit diesem für die Ukraine schmerzhaften Zugeständnis dem Trump-Team seine Verhandlungsbereitschaft zu signalisieren.³²

Zuvor hatte Selenskyj schon das strategische Wirtschaftspotenzial der Ukraine angepriesen und vor allem auf die Vorkommen von Seltenen Erden sowie Erzen hingewiesen, die als kritische Rohstoffe für die Entwicklung diverser Zukunftstechnologien enorme Relevanz haben. Die Kyjiwer Regierung griff damit das vitale Interesse der US-Wirtschaft auf, sich in diesen Bereichen einen eigenen Ressourcenzugriff zu schaffen, um nicht in die Abhängigkeit von China zu geraten.³³

Im Zentrum der Verhandlungen zu einem für beide Seiten lukrativen Rohstoffdeal steht ein Wiederaufbaufonds für die Ukraine, auf den auch die USA Zugriff haben sollen. Im Gegenzug für die fortgesetzte militärische Unterstützung der Ukraine erklärt sich Kyjiw bereit, US-Firmen exklusive Abbaurechte zu erteilen. Seit Trump Mitte Februar auf Moskau zugegangen ist, gilt das ukrainisch-amerikanische Abkommen über Seltene Erden und Erze als Ausweg, um den US-Präsidenten davon abzubringen, endgültig die Seiten zu wechseln.³⁴

Eklat im Oval Office

Die Erwartungen waren groß, als Selenskyj am 28. Februar 2025 vor dem Weißen Haus vorfuhr, um bei seinem kurzfristig anberaumten Staatsbesuch in Washington einen Rahmenvertrag zum gemeinsamen Rohstoffgeschäft zu unterzeichnen. Das knapp 50 Minuten dauernde und damit außergewöhnlich lange Pressegespräch im Oval Office legte vor laufender Kamera die Unstimmigkeiten zwischen Selenskyj und Trump offen. Der ukrainische Präsident thematisierte die Notwendigkeit robuster Sicherheitsgarantien, um nach einer möglichen Waffenruhe die Gefahr eines erneuten, für die Ukraine dann verheerenden Großangriffs durch

30 Jan Schneider/Nils Metzger: Trump übernimmt Kreml-Narrativ. Ukraine: Wer Frieden wirklich verhindert hat, ZDFheute, 19.02.2025; <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/ukraine-frieden-verhandlungen-putin-krieg-russland-100.html> [Stand: 21.03.2025].

31 Gestwa (wie Anm. 15).

32 Ebd.

33 Ebd.

34 Denis Trubetskoy: Treffen mit Trump in Washington. Selenskyj will das Schlimmste verhindern – und es sieht gut aus, N-TV.de, 28.02.2025; <https://www.n-tv.de/politik/Selenskyj-will-das-Schlimmste-verhindern-und-es-sieht-gut-aus-article25596828.html> [Stand: 21.03.2025].

Eine Szene, die in die Geschichte eingehen wird: der ukrainische Präsident Selenskyi mit US-Präsident Trump und seinem Vize Vance im Oval Office, Washington, 28. Februar 2025



Foto: Picture Alliance/abaca | Pool/ABACA

eine besser aufgerüstete und vorbereitete russische Armee zu bannen. Die bitteren Erfahrungen mit den beiden Minsker Abkommen von 2014 und 2015, die den russischen Interventionskrieg im ostukrainischen Donbass beenden sollten, hätten – so Selenskyj – die notorische Wortbrüchigkeit Putins demonstriert.³⁵

Trump hingegen richtete seine Aufmerksamkeit ganz auf die für die USA großartigen Perspektiven des Rohstoffdeals. Dabei vertrat er die naive Meinung, das für die Gewinnung großer Mengen Seltener Erden kapitalintensive Engagement von US-Firmen in der Ukraine allein reiche, um Putin von einer weiteren Invasion in sein Nachbarland abzuhalten. Zudem betonte der US-Präsident erneut sein persönlich gutes Verhältnis zu Putin und gefiel sich in der Rolle des allseits respektierten Genies mit der Friedensformel.

Auf Trumps Mischung aus Wunschdenken und Selbstüberschätzung reagierte Selenskyj mit Widerspruch. In der vierzigsten Minute des live übertragenen Kräftemessens im Oval Office nahm das Unheil dann seinen Lauf. US-Vizepräsident J.D. Vance mischte sich in das Gespräch ein, um Selenskyj Respektlosigkeit sowie Undankbarkeit vorzuwerfen. Daraufhin stellte Trump seinen Gast mit einem verbalen Frontalangriff bloß. Er überzog ihn mit schweren Vorwürfen, die an russische Narrative erinnern. Trump unterstellte Selenskyj sogar, er würde mit seiner Haltung den Anbruch des Dritten Weltkriegs riskieren. Darüber hinaus zeigte der US-Präsident offene Sympathie für den vom ukrainischen Präsidenten als „politischen Falschspieler“ kritisierten Putin. Die öffentliche

35 Tetiana Kyselova/Yuna Potomkina: *How Not to End the War in Ukraine. Past Failures Make Clear That an Imposed Peace Won't Last*, Foreign Affairs, 01.03.2025; <https://www.foreignaffairs.com/russia/how-not-end-war-ukraine> [Stand: 21.03.2025].

Demütigung Selenskyjs beendete Trump schließlich in der Pose des politischen Showmans mit dem selbstzufriedenen Kommentar: „Das wird großartiges Fernsehen, das kann ich Ihnen sagen.“³⁶

Offen bleibt die Frage, ob das beispiellose Fiasko im Oval Office nach einem von den Washingtoner Gastgebern vorbereiteten Drehbuch ablief oder die Eskalation zumindest einkalkuliert worden war, um Selenskyj in die mediale Falle laufen zu lassen. Trump selbst gibt jetzt zu, das Wortgefecht für eine Politshow gezielt genutzt zu haben, weil es für ihn schwieriger sei, mit der Ukraine über ein baldiges Kriegsende zu reden als mit Russland. Deshalb habe er massiven Druck auf Selenskyj ausüben müssen.³⁷ Bei seiner Verteidigung Trumps schockiert der US-Sondergesandte für die Ukraine, Keith Kellogg, mit einem schäbigen Vergleich: „Es ist, wie einem Maultier mit einem Vierkantholz auf die Nase zu hauen. Man hat ihre Aufmerksamkeit.“³⁸

Was Trump geflissentlich übersieht, ist die Tatsache, dass seine Friedensinitiative vor allem wegen der Hartnäckigkeit des nicht kompromissbereiten Putin kaum vorankommt. Um es sich mit dem Kreml

36 Johannes Leithäuser u.a.: Das ukrainisch-amerikanische Zerwürfnis, FAZ.net, 02.03.2025; <https://www.faz.net/aktuell/politik/eklat-im-oval-office-das-ukrainisch-amerikanische-zerwuerfnis-110330746.html> [Stand: 19.03.2025]; Simon Schröder: Der Eklat im Wortlaut, Frankfurter Rundschau, 04.03.2025; <https://www.fr.de/politik/der-eklat-im-wortlaut-trump-vance-selenskyj-fuenf-hitzige-minuten-im-oval-office-93601447.html> [Stand: 19.03.2025]. Ein Video-Mitschnitt des gesamten Gesprächs findet sich auf https://www.youtube.com/watch?v=gr_1JtgDIF8 [Stand: 19.03.2025].

37 Jan-Frederick Wendt: Trump gibt zu: Streit im Oval Office mit Selenskyj war reine Show, Frankfurter Rundschau, 20.03.2025; <https://www.fr.de/politik/trump-gibt-zu-streit-im-oval-office-mit-selenskyj-war-reine-show-zr-93632711.html> [Stand: 20.03.2025]. Vgl. auch Beatrice Achterberg: Trump, Vance und Musk schreiben die Spielregeln der Öffentlichkeit neu. Warum Selenski der erste Verlierer ist – aber nicht der letzte, NZZ.ch, 02.03.2025; <https://www.nzz.ch/feuilleton/medial-inszeniertes-kräftemessen-im-weissen-haus-warum-selenski-der-erste-verlierer-war-aber-nicht-der-letzte-sein-wird-ld.1873485> [Stand: 20.03.2025].

38 US-Sondergesandter für die Ukraine schockiert mit „Maultier“-Aussage – und lobt Russland, FOCUS-Online, 08.03.2025; https://www.focus.de/politik/ausland/ukraine-krise/schockierende-aussagen-us-sondergesandter-fuer-die-ukraine-schockiert-mit-maultier-aussage_id_260756247.html [Stand: 20.03.2025].

nicht zu verscherzen, brauchte der US-Präsident daher Ende Februar unbedingt einen Sündenbock. Das Insistieren Selenskyjs auf ukrainische Sicherheitsanliegen bot so im Oval Office die Chance, den ukrainischen Präsidenten als widerspenstigen Störenfried bei der Weltneuordnung durch Washington und Moskau öffentlich vorzuführen.³⁹

Internationale Reaktionen auf den Eklat

Die meisten US-Medien bewerteten die Eskalation im Oval Office als traurigen Tiefpunkt amerikanischer Diplomatie und sprachen von einem „Moment des Verrats, der Wut und der Scham“.⁴⁰ Der vormalige NATO-Kommandeur General Philip Breedlove mahnte: „Wir behandeln Russland mit Samthandschuhen und die Ukraine mit dem Hammer.“⁴¹

Mit der Ausnahme des ungarischen Trump-Freunds Viktor Orban erklärten die europäischen Regierungschefs ihre Solidarität mit Selenskyj, der auch im eigenen Land viel Zustimmung erfuhr. Der frühere polnische Präsident und Friedensnobelpreisträger Lech Wałęsa sowie weitere 38 bekannte polnische Demokratieaktivist:innen erklärten in einem offenen Brief, der Showdown im Oval Office erfülle sie mit Abscheu und Entsetzen. Trumps und Vances Verhalten gegenüber Selenskyj verglichen sie mit kommunistischen Verhörmethoden, denen sie vor 1989 ausgesetzt gewesen seien.⁴²

Ungeachtet dieser kritischen Reaktionen stellten sich die führenden Persönlichkeiten der Republikanischen Partei hinter Trump. Putins Sprecher

Dmitrij Peskow und Außenminister Lawrow erklärten, die Position der US-Regierung „deckt sich weitgehend mit unserer Sicht“. Die Schuld für den „beispiellosen“ Schlagabtausch im Oval Office wiesen sie Selenskyj zu, weil dieser „einen völligen Mangel an diplomatischen Fähigkeiten gezeigt hat“.⁴³

Der Affront im Weißen Haus hatte konkrete politische Folgen. Trump verfügte am 3. März 2025 – ohne die NATO-Partner zu informieren oder zu konsultieren – einen Stopp der US-Waffenlieferungen zunächst an die Ukraine, die zudem keine wichtige nachrichtendienstliche Aufklärungsinformationen mehr erhielt. Diese massive Schwächung der ukrainischen Armee nutzten die russischen Streitkräfte unverzüglich aus, um mit verstärkten Angriffen die Frontlage zu ihren Gunsten zu verschieben und den Rückzug ukrainischer Einheiten aus dem russischen Gouvernement Kursk zu erzwingen. Damit hat die Ukraine ihren Faustpfand bei zukünftigen Verhandlungen verloren. Wenn Putin jetzt von der „Schaffung einer Sicherheitszone entlang der Staatsgrenze“ bei Kursk spricht, dann deutet das daraufhin, dass die massiven russischen Truppenverlegungen in diese Region dazu dienen könnten, im angrenzenden ukrainischen Gebiet schon bald einen neuen Frontabschnitt zu eröffnen.⁴⁴

Die ukrainisch-amerikanische Einigung in Dschidda

Das Trump-Team musste erkennen, dass das Aussetzen der US-Waffenhilfe und Geheimdienstinformationen keineswegs zu einer Waffenruhe,

39 Thomas Jäger: Ziel war Kapitulation. Darum drückte Vance den Trigger, N-TV.de, 01.03.2025; <https://www.n-tv.de/politik/Darum-drueckte-Vance-den-Trigger-article25598945.html> [Stand: 19.03.2025].

40 Henrik-Jonathan Zinn: Ami-Medien zerpflücken Trump: „Scham für die USA“, Der Westen.de, 20.03.2025; <https://www.derwesten.de/politik/trump-ukraine-putin-medien-zoelle-id301459325.html> [Stand: 19.03.2025].

41 Bastian Brauns: Trumps plötzliche Härte gegen Putin, T-Online, 08.03.2025; https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/usa/id_100626374/trumps-ukraine-plan-ploetzlich-heisst-es-stellvertreterkrieg-.html [Stand: 19.03.2025].

42 Lech Wałęsa schreibt offenen Brief an Donald Trump, Zeit-Online, 03.03.2025; <https://www.zeit.de/politik/ausland/2025-03/polen-ex-praesident-lech-walesa-offener-brief-donald-trump-ukraine> [Stand: 19.03.2025].

43 Kreml wirft Selenskyj diplomatische Unfähigkeit vor, Stuttgarter Zeitung, 03.03.2025; <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.nach-eklat-im-weißen-haus-kreml-selenskyj-zeigte-bei-trump-diplomatische-unfaehigkeit.33e0982f-4958-47d5-8a2c-2cc8e6c05ecc.html> [Stand: 19.03.2025]; Irina Rastorgujewa: In Russland sind Medien und Politiker begeistert vom Eklat im Oval Office und spotten über das Gipfeltreffen in London, NZZ.ch, 06.03.2025; <https://www.nzz.ch/feuilleton/die-russischen-medien-und-politiker-sind-begeistert-vom-eklat-im-oval-office-und-spotten-ueber-das-gipfeltreffen-in-london-ld.1874047> [Stand: 19.03.2025].

44 Reinhard Vesper: Russland lehnt einen Waffenstillstand kategorisch ab, FAZ.net, 13.03.2025; <https://www.faz.net/aktuell/politik/ukraine/krieg-gegen-ukraine-russland-lehnt-einen-waffenstillstand-kategorisch-ab-110353933.html> [Stand: 19.03.2025].

sondern nur zu verstärkten russischen Angriffen sowie zu mehr ukrainischen Kriegsopfern führt. Die europäischen Verbündeten drängten Selenskyj zugleich zu einem erneuten politischen Balanceakt, um den verärgerten Trump zu besänftigen. Der ukrainische Staatschef bedauert heute das heftige Wortgefecht im Oval Office (ohne dafür die Verantwortung zu übernehmen) und erklärt immer wieder seine Bereitschaft, das Rohstoffabkommen jederzeit zu unterzeichnen sowie sich unter der starken Führung der USA auf einen Friedensprozess einzulassen. Als ersten Schritt dazu schlug er schon am 4. März den Austausch von Gefangenen vor sowie einen sofortigen „Waffenstillstand am Himmel und auf See“.⁴⁵

Selenskyjs schnelle Versöhnungsversuche ließen Trump nicht unbeeindruckt. Der US-Präsident zeigte plötzlich wieder Härte gegen Moskau und erneuerte seine Drohung, der russischen Volkswirtschaft mit umfangreichen Sanktionen und Zöllen Schäden zuzufügen, falls die russische Armee ihre vehementen Angriffe gegen die Ukraine fortführe.⁴⁶

Auf Einladung Saudi-Arabiens, dessen Führung als Friedensstifter internationales Ansehen gewinnen will, kam es am 11. März in Dschidda zu Gesprächen zwischen hochrangigen Delegationen aus den USA und der Ukraine, um nach dem öffentlichen Zerwürfnis eine gemeinsame Basis für eine mögliche Waffenruhe mit Russland zu erarbeiten. Die US-Verhandlungsführer rangen der ukrainischen Delegation die Bereitschaft zu einer bedingungslosen 30-tägigen Waffenruhe ohne sofortige Sicherheitsgarantien. Im Gegenzug dafür sicherten die USA der Ukraine zu, den Lieferstopp sowohl für Waffen als auch für nachrichtendienstliche Informationen umgehend aufzuheben.

Selenskyj beglückwünschte die ukrainische Delegation zum erreichten Verhandlungsergebnis. Das Trump-Team sprach optimistisch von „großen Fortschritten“. Mehrere europäische Regierungen freuten sich über „gute Nachrichten“. Aber die ukrainisch-amerikanische Vereinbarung birgt viel Ungewissheit. Deshalb herrscht neben aller Erleichterung viel Skepsis, zumal Russland nach gegenwärtigem Stand noch der Waffenruhe

zustimmen muss. Und an Putins Verhandlungsbereitschaft bestehen große Zweifel.⁴⁷

Verhandlungen als spezifische russische Waffengattung

Auf russischer Seite gibt es große Verärgerung darüber, dass nach der Einigung in Dschidda die US-Waffenhilfe für die Ukraine wieder angelaufen ist. Putin ließ sich darum zwei Tage Zeit, bis er öffentlich Stellung bezog. Dieses demonstrative Schweigen und Putins gleichzeitiger Auftritt in militärischer Tarnuniform in einer Kommandozentrale bei Kursk signalisierte den Moskauer Unmut. Eine unmissverständliche Absage zum Vorschlag der Waffenruhe hätte Trump verprellt und den Kremlboss selbst in den Augen ihm freundlich gesinnter Personen als Friedensverhinderer erscheinen



Krisendiplomatie in Dschidda: Präsident Selenskyj trifft in Saudi-Arabien ein, 10. März 2025. Foto: Picture Alliance/SvenSimon-ThePresidentialOfficeU | Presidential Office of Ukraine



Einen Tag später, am 11. März 2025, verhandeln Gesandte der USA und Ukraine Foto: Picture Alliance/Fotograf: Saul Loeb

47 Zu diesen Reaktionen vgl. Nina Barth: Die USA zwischen Erleichterung und Skepsis, Tagesschau.de; 12.03.2025. <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/us-reaktionen-ukraine-treffen-100.html> [Stand: 20.03.2025]; Dies.: Die Ukraine ist bereit für Frieden, Tagesschau.de, 12.03.2025; <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-reaktionen-dschidda-100.html> [Stand: 20.03.2025]; Jetzt hängt es von Russland ab, N-TV.de, 12.03.2025; <https://www.n-tv.de/politik/Jetzt-haengt-es-von-Russland-ab-article25623195.html> [Stand: 19.03.2025].

45 Selenskyj bedauert Eklat im Weißen Haus, Tagesschau.de, 04.03.2025; <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/selenskyj-bedauern-100.html> [Stand: 19.03.2025].

46 Brauns (wie Anm. 41).

lassen. Zugleich will sich Putin ohne Weiteres auf keinen Gesprächsprozess einlassen, dessen Modalitäten er vorab nicht mitbestimmt hat. Die USA könnten zwar der Ukraine ihre Bedingungen aufzwingen; aber alle Vereinbarungen mit Russland müssten „zu unseren Bedingungen erfolgen“, so das Moskauer Außenministerium.⁴⁸

Der raffinierte Taktiker Putin dankte darum dem US-Präsidenten für seine Vermittlungsbestrebungen. Er erklärte auch, die Idee einer Waffenruhe zu unterstützen, sah aber noch weiteren Klärungsbedarf.⁴⁹ Als Trumps Sondergesandter Witkoff am 14. März erneut zu einem Gespräch mit Putin nach Moskau reiste, verließ er den Kreml mit einer Liste der noch zwischen Moskau und Washington zu regelnden „Nuancen“.⁵⁰

Die russische Armee erzielt zwar nur unter schweren Verlusten von Soldaten und Material kleine Raumgewinne und könnte bald in Nachschubprobleme geraten. Dennoch sieht der Kreml die russischen Streitkräfte am Drücker und die ukrainischen Linien am Bröckeln. Die Zermürbungsstrategie – so die Deutung im Kreml – scheint gerade aufzugehen. Eine umfassende Waffenruhe nähme folglich den russischen Streitkräften das Momentum. Sie käme allein der Ukraine zugute, weil deren Streitkräfte dann die Möglichkeit hätten, brüchige Frontabschnitte besser zu befestigen.

Für eine umfassende Waffenruhe fordert der Kreml darum, dass die ukrainische Armee keine weiteren Soldaten mobilisiert und die Unterstützerländer ihre Waffenhilfe stoppen. Das hätte eine erhebliche Schwächung der Ukraine zur Folge, weil währenddessen die russische Aufrüstung ungehindert voranschreiten kann.

Zu den unveränderten Kriegszielen Moskaus gehört neben dem Rückzug aller ukrainischen Einheiten aus den gesamten von Russland nach Scheinreferenden im September 2022 annektierten

ost- und südkrainischen Gebieten weiter die „Demilitarisierung“. Durch eine drastische Truppenreduktion der ukrainischen Armee und deren Verzicht auf moderne Distanzwaffen soll die Ukraine faktisch wehrlos und damit zum Spielball russischer Politik gemacht werden.⁵¹

In Verbindung damit lehnt der Kreml die Stationierung europäischer Truppen in der Ukraine zur Absicherung einer potenziellen Waffenruhe „kategorisch“ ab. Das käme angeblich dem NATO-Beitritt der Ukraine durch die Hintertür gleich. Sollten europäische Einheiten in die Ukraine verlegt werden, markiere dies – so das Moskauer Außenministerium zuletzt mit Nachdruck – den Eintritt in einen „direkten bewaffneten Konflikt“ mit Russland.⁵²

Diese Punkte verdeutlichen, dass die politisch Verantwortlichen in Moskau Verhandlungen nicht als Suche nach Kompromissen und Verständigung verstehen, sondern als eine spezifische russische Waffengattung, um neben der diplomatischen auch die militärische Lage zu ihren Gunsten zu verändern.

Das gilt insbesondere für Putins Forderung, Russland brauche keine Waffenruhe, sondern „einen langfristigen und dauerhaften Frieden mit Garantien“, um so die „ursprünglichen Ursachen dieser Krise“ zu beseitigen. Deshalb thematisiert der Kreml gern grundsätzliche Fragen, um über die Ukraine hinaus eine für Russland vorteilhafte Veränderung der internationalen Mächteverhältnisse in Europa zu erreichen.⁵³

Schon im Dezember 2021, als knapp 200.000 russische Soldaten im Grenzgebiet zur Ukraine zusammengezogen worden waren, hatte der Kreml in Form eines Ultimatums den USA und der NATO zwei Vertragsentwürfe zur Unterschrift vorgelegt. Sie sahen zum einen den massiven Rückbau der militärischen Sicherheitsstrukturen der NATO auf den Stand von 1997 – also vor ihrer Osterweiterung – und damit die erhebliche Schwächung der NATO-Ostflanke vor. Zum anderen pochte der Kreml auf den Abzug aller US-Truppen und Raketen aus Europa. Diese für Europa inakzeptablen Forderungen

48 Nach Waffenruhe-Vorstoß. Alle Augen auf Russland, Tagesschau.de, 12.03.2025; <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-russland-reaktionen-102.html> [Stand: 20.03.2025].

49 Putin stellt Bedingungen für Waffenruhe, ZDFheute.de, 13.03.2025; <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/putin-ukraine-krieg-russland-waffenruhe-moskau-100.html> [Stand: 20.03.2025].

50 Eckart Aretz: Was hinter Putins „Nuancen“ steckt, Tagesschau.de, 14.03.2025; <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/putin-reaktionen-waffenruhe-ukraine-analyse-100.html> [Stand: 20.03.2025].

51 Gestwa (wie Anm. 15).

52 Aretz (wie Anm. 50).

53 Jo Angerer: Putin: Möglicher Waffenstillstand muss zu dauerhaftem Frieden führen, Der Standard, 13.03.2025; <https://www.derstandard.de/story/3000000261188/putin-jeder-waffenstillstand-zu-einem-dauerhaften-frieden-fuehren-sollte> [Stand: 20.03.2025].

werden wieder Teil der Verhandlungsagenda, wenn Moskau von den zu beseitigenden „ursprünglichen Ursachen“ des Kriegs spricht.⁵⁴

Zudem erklärt Putins Sprecher Peskow neuerdings gern, dass es wegen des Endes des Rüstungskontrollvertrags NEW START zur Begrenzung von strategischen Atomwaffen im Februar 2026 dringenden Handlungsbedarf gebe. Geschickt verweist er auf Trumps Ankündigung, die Denuklearisierung der Welt zum Ziel seiner neuen Amtszeit zu machen. Dabei müssten – so Peskow – angesichts der von Macron zuletzt betonten Bedeutung des französischen Atomschirms auch die europäischen Nuklearwaffenarsenale in die Verhandlungen einbezogen werden. Was gut klingt, verfolgt den Hintergedanken, durch die nukleare Rüstungsbegrenzung Russlands atomares Übergewicht in Europa zu zementieren.⁵⁵

Das zeigt, dass es Putin mit dem Festhalten an seinen Maximalzielen im Krieg gegen die Ukraine darum geht, die Machtverhältnisse auf dem gesamten europäischen Kontinent grundlegend zu verändern.⁵⁶ Durch die mit der militärischen Dominanz Moskaus ermöglichte Kontrolle über das wirtschaftlich und technologisch starke Mittel- und Westeuropa werde unter russischer Führung der

Raum von Lissabon bis Wladiwostok politisch vereinigt, um Eurasien mit seiner gigantischen Landmasse als Gegenpol zum atlantischen, von den USA dominierten Großraum weltmachtfähig zu machen. Diese geostrategische Leitidee des Eurasismus hat im politischen Denken der russischen Elite während Putins Amtszeit zunehmende Bedeutung erhalten und erscheint heute vielen in Russland schon bald politische Realität werden zu können.⁵⁷

Russisches Taktieren als verklausulierte Absage

Am 18. März später fand ein erneutes zweistündiges offizielles Telefonat zwischen Putin und Trump statt. Im Anschluss daran veröffentlichten sowohl der Kreml als auch das Weiße Haus große Worte zum mageren Ergebnis: Man habe die Differenzen erheblich verringert, um so eine deutlich „Bewegung zum Frieden“ zu ermöglichen.⁵⁸ Auch die Führung in China zeigt sich hoffnungsvoll, dass bald ein Anfang gemacht werden könne, damit alle Konfliktparteien bei gegenseitiger Berücksichtigung ihrer jeweiligen Interessen den Weg zu einem nachhaltigen Friedensplan finden.⁵⁹ Allerdings sehen sich die Ukraine und Europa weiter von den bilateralen russisch-amerikanischen Gesprächen ausgeschlossen und befürchten, Trump könne unabgesprochen weitere wichtige Optionen vom Tisch nehmen.⁶⁰

54 Hannes Adomeit/Joachim Krause: Der neue (Kalte?) Krieg. Das russische Ultimatum vom Dezember 2021 und die Folgen für die westliche Allianz, in: SIRIUS – Zeitschrift für Strategische Analysen (6/2) (2022); <https://doi.org/10.1515/sirius-2022-2002> [Stand: 20.03.2025]; Nicolas Butylin: Nato-Rückzug. So will Putin die Welt neu sortieren, Berliner Zeitung, 09.03.2025; <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/geopolitik/nato-rueckzug-so-will-putin-die-welt-neu-sortieren-li.2304110> [Stand: 20.03.2025]; Claudia Major: Es war ein Misserfolg, ZDFheute.de, 19.03.2025; <https://www.zdf.de/nachrichten/zdf-morgenmagazin/telefonat-putin-trump-ukraine-kiew-major-100.html> [Stand: 20.03.2025].

55 Russland zeigt sich offen für Abrüstungsgespräche mit Washington, Deutschlandfunk, 10.03.2025; <https://www.deutschlandfunk.de/russland-zeigt-sich-offen-fuer-abruestungsgespraech-mit-washington-100.html> [Stand: 20.03.2025]; Dimitry Antonov/Lucy Papachristou: Kremlin, responding to Trump and, says nuclear dialogue with US is essential, Reuters.com, 07.03.2025; <https://www.reuters.com/world/kremlin-responding-trump-macron-says-nuclear-dialogue-with-us-is-essential-2025-03-07/> [Stand: 20.03.2025].

56 Carlo Masala: Wenn Russland gewinnt. Ein Szenario, München 2025.

57 Vgl. z.B. Marlene Laruelle: *Eurasianism and the European Far Right. Reshaping the Europe–Russia Relationship*, Lexington 2015; Ulrich Schmid: Alexander Dugin, Dekoder, 18.01.2016; <https://www.dekoder.org/de/gnose/alexander-dugin> [Stand: 19.03.2025]; Il’ja Kukulin: „Eurasien“ statt „Russische Welt“. Zum Wandel eines schillernden Begriffs, in: Osteuropa (11–12) (2017), S. 173–186; Sergey Karaganov: *The new Cold War and the emerging Greater Eurasia*, in: Journal of Eurasian Studies, (9/2) (2018), S. 85–93; <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S1879366518300174?via%3Dihub> [Stand: 19.03.2025].

58 Telefonat mit Trump Putin zu Pause bei Angriffen auf Energieanlagen bereit, Tagesschau.de, 18.03.2025; <https://www.tagesschau.de/eilmeldung/putin-trump-telefonat-ukraine-100.html> [Stand: 19.03.2025].

59 China reagiert auf Putin-Trump-Telefonat, German.news.cn, 20.03.2025; <https://german.news.cn/20250320/0bdb25e07e9f46dda4f3dd-ce579535e7/c.html> [Stand: 19.03.2025].

60 Baerbock-Appell an Trump: Keine Optionen vom Tisch nehmen, Ad Hoc News, 18.03.2025; <https://www.ad-hoc-news.de/wirtschaft/aussenministerin-annalena-baerbock-hat-an-us-praesident-donald-trump/66874875> [Stand: 19.03.2025].

Anders als die ukrainische Regierung lehnt Putin eine bedingungslose und umfassende 30-tägige Waffenruhe jedoch ab und lässt sich, um Trump nicht zu brüskieren, auf ein minimales Entgegenkommen ein. Der Kremlboss stimmt nur einem größeren Gefangenenaustausch, einer Pause bei Angriffen auf Energieanlagen und dem Beginn von Verhandlungen über eine Waffenruhe im Schwarzen Meer zu. Damit bleibt Putin sogar weit hinter dem zurück, was Selenskyj Trump zwei Wochen zuvor als Feuerpause angeboten hatte. Zudem nimmt der lediglich auf einen Bereich eingegrenzten Angriffsstopp der Ukraine gezielt ihr seit Monaten wirksamstes Druckmittel – nämlich die gezielten Militärschläge auf russische Raffinerien im Hinterland.⁶¹

Fraglich bleibt, ob die Energieinfrastrukturen der beiden Kriegsparteien wirklich für 30 Tage vor Drohnen und Raketen geschützt sein werden. In der Nacht nach dem Telefonat zwischen Putin und Trump flogen Schwärme russischer Drohnen Richtung Ukraine und führten in zahlreichen Städten auch im Bereich des Energiesektors zu Zerstörungen. Die Ukraine griff ihrerseits erneut russische Ölanlagen an. Voll entbrannt ist inzwischen ein *blame game*, bei dem jede Seite der anderen vorwirft, die vereinbarte Teilwaffenruhe zu verletzen.

Die internationalen Reaktionen auf das Gespräch zwischen Putin und Trump fallen verhalten bis verheerend aus. Der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius spricht offen von einer „Nullnummer“.⁶² Ukrainische Kommentator:innen bewerteten das Telefonat als „Fiasko“. Putin spiele mit seiner manipulativen Art ganz auf Zeit und Sieg. Ihm fehle jeglicher Friedenswille.⁶³ Sicherheitsexpert:innen wie Andreas Heinemann-Grüder und Tatjana

Stanowaja deuten Putins Lavieren als wenig überraschende verklausulierte Absage an Trumps Verhandlungsplan.⁶⁴ Der scheidende deutsche Kanzler Olaf Scholz sprach wie der französische Präsident Macron nur von einem „ersten wichtigen Schritt“. Erfolgversprechende Verhandlungen seien aber nur über „eine messbare und überprüfbare, vollständig respektierte Waffenruhe zu haben“, zu der aber der Kremlboss nicht bereit sei.⁶⁵

Hürden und Bedenken

Das enttäuschende Telefonat mit Trump offenbart, wie Putin den Verhandlungsprozess mit seinen Maximalforderungen und Bedingungen diktiert. Mit Trostpflastern speist er Trump ab, der sich weiter hartnäckig weigert, mehr Druck auf den Kreml auszuüben. Die Annäherung an Russland scheint dem US-Präsidenten wichtiger zu sein als ein akzeptabler Frieden für die Ukraine. Deshalb ließ er sich gern auf das Ablenkungsmanöver Putins ein, als dieser beim Telefongespräch am 18. März vorschlug, gemeinsame Eishockeyspiele zwischen Spielern aus der nordamerikanischen Profiligen NHL und der russisch geprägten KHL auszutragen.⁶⁶

Zugleich versucht Trump, die schwierige Lage der um ihr Überleben kämpfenden Ukraine zu nutzen, um neben dem Rohstoffabkommen auch mit dem Zugriff auf ukrainische Kraftwerke der US-Wirtschaft neue Profitancen zu ermöglichen und sich als erfolgreicher Dealmaker in Szene zu setzen.⁶⁷

Der Kreml weiß um das große Geschäftsinteresse Trumps und lockt ihn darum seinerseits mit lukrativen Angeboten. So betont Putin, dass Russland sowohl auf dem eigenen Staatsterritorium sowie in den besetzten ukrainischen

61 Putin lehnt Waffenruhe ab – und stellt harte Forderungen, T-Online, 19.03.2025; https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/internationale-politik/id_100641908/putin-lehnt-waffenruhe-ab-und-fordert-aussetzung-von-militaerhilfen.html [Stand: 20.03.2025].

62 Pistorius: Trump-Putin-Telefonat „Nullnummer“, ZDFheute.de, 19.03.2025; <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/pistorius-waffenruhe-ukraine-krieg-sondervermoegen-100.html> [Stand: 20.03.2025].

63 Lilia Rzhewska: Trump telefoniert mit Putin: Reaktionen aus der Ukraine, DW.com, 19.03.2025; <https://www.dw.com/de/wie-die-ukraine-auf-trumps-telefonat-mit-putin-reagiert/a-71977406> [Stand: 20.03.2025].

64 Aretz (wie Anm. 50).

65 Putin hat vollständige Waffenruhe abgelehnt, Tagesschau.de, 19.03.2025; <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/putin-trump-telefonat-ukraine-102.html> [Stand: 20.03.2025].

66 Trump und Putin planen Eishockeyspiele – und überraschen die NHL, N-TV.de, 19.03.2025; <https://www.n-tv.de/sport/Trump-und-Putin-planen-Eishockeyspiele-und-ueberraschen-die-NHL-article25639308.html> [Stand: 20.03.2025].

67 Donald Trump will ukrainische Kernkraftwerke übernehmen, ZEIT Online, 19.03.2025; <https://www.zeit.de/politik/ausland/2025-03/ukraine-krieg-donald-trump-wolodymyr-selenskyj-kraftwerke-waffenruhe> [Stand: 20.03.2025].

Gebieten über große Vorkommen an Seltenen Erden verfüge, die sich mit einem internationalen Abkommen gemeinsam mit US-Firmen gewinnbringend ausbeuten ließen.⁶⁸

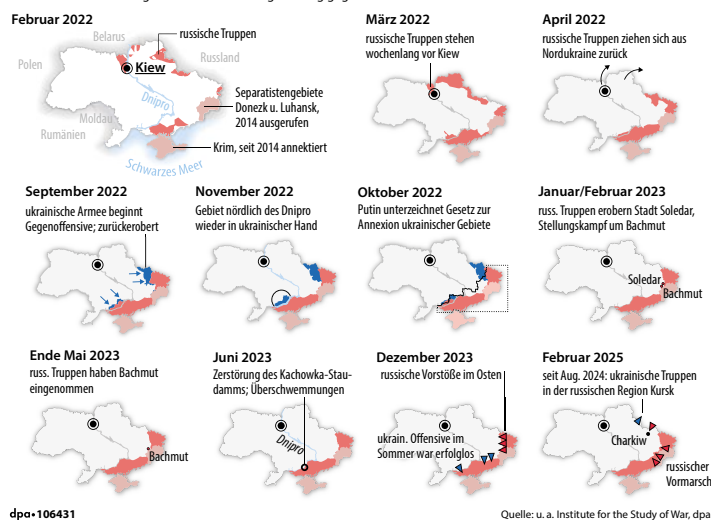
Ins Gespräch bringt der Kreml auch aus wohlverstandenen Eigeninteresse die Lockerung der westlichen Wirtschaftssanktionen, um den russisch-amerikanischen Geschäften wieder Schwung zu verleihen und neue ambitionierte Gemeinschaftsprojekte anzugehen. Ob der erklärte Transaktionist Trump diesen russischen Versuchungen widerstehen kann, wird sich zeigen.⁶⁹

Die Hürden für einen erfolgreichen Verhandlungs- und Friedensprozess bleiben aktuell jedenfalls hoch. Mit seiner Hinhaltetaktik macht Putin der Welt klar, dass er derzeit zu keinem Kompromiss bereit ist, um den Krieg zu beenden. Sein Plan zielt darauf, mit dem Beharren auf eigene Garantien und mit weitreichenden westlichen Zusagen es der Ukraine so schwer wie möglich zu machen, einer Vereinbarung mit Russland zuzustimmen, um so Kyjiw das Scheitern von Trumps diplomatischer Initiative in die Schuhe schieben. Durch Verzögerungen, Ablenkungen und Schuldzuweisungen will der Kreml eine Situation schaffen, in der Trump schließlich entnervt den Entschluss fasst, dass Putin sich nehmen soll, was er will, und Europa schauen muss, wo es bleibt.

Dazu wird Moskau viele Möglichkeiten haben, denn der eigentliche Verhandlungsmarathon steht noch an. Dabei müssen nicht nur die strittigen Themen grundsätzlich geklärt, sondern auch eine Unmenge von technischen Details vertraglich fixiert werden. Kaum voraussehen lässt sich, ob das Trump-Team die notwendige Ausdauer dafür aufbringen wird. Während der ersten Amtszeit von 2016 bis 2020 hat die Trump-Administration bei der internationalen Konfliktlösung nach anfänglichem medial-politischem Getöse schnell das Interesse an der diplomatischen Kärnerarbeit verloren. Darauf dürfte der Kreml spekulieren.

Chronologie des Ukraine-Krieges

Am 24. Februar 2022 begann Russland den Angriffskrieg gegen die Ukraine



Zu denken gibt, dass Trump bei den gegenwärtigen Gesprächen Putin hofiert, obwohl der Internationale Gerichtshof gegen den Kremlboss vor zwei Jahren einen Haftbefehl als vermeintlichen Kriegsverbrecher ausgestellt hat. Aus dem Blick sind zudem die inzwischen fast schon 150.000 Fälle von mutmaßlichen russischen Kriegsverbrechen geraten, die ukrainische Stellen in Zusammenarbeit mit internationalen Fachleuten registriert und dokumentiert haben. Diese zeitnah zusammengetragene Beweislage ist im Vergleich zu anderen Kriegen überwältigend, einzigartig und erschütternd. Gleiches gilt für die Berichte von internationalen Kommissionen zu den Grausamkeiten der russischen Besatzungsmacht. Dass der Kriegsaggressor trotz des von ihm in der Ukraine entfesselten Gewaltfurors nicht hart bestraft, sondern mit großen Landgewinnen (mit einem Fünftel des ukrainischen Staatsterritoriums) sogar noch belohnt werden soll, setzt ein fatales Zeichen für die internationale Politik des 21. Jahrhunderts: Straflosigkeit forciert Ruchlosigkeit.⁷⁰

Grafik: Picture Alliance

68 Lilia Rzhewska/Anastasia Shepeleva: Ukraine: Sorge wegen Putins Rohstoff-Angebot an Trump, DW.com, 27.02.2025; <https://www.dw.com/de/ukraine-sorge-wegen-putins-rohstoff-angebot-an-trump/a-71772889> [Stand: 20.03.2025].

69 Trump hofft auf goldene Geschäfte. Rückkehr des Westens? Putin will die Bedingungen diktieren, T-Online, 19.03.2025; https://www.t-online.de/nachrichten/ukraine/id_100642350/russland-kommen-wegen-trumps-telefonat-mit-putin-us-unternehmen-zurueck-.html [Stand: 20.03.2025].

70 Zehntausende Tote, zerstörte Städte. Drei Jahre russischer Angriffskrieg gegen die Ukraine, Amnesty.de, 21.02.2025; <https://www.amnesty.de/aktuell/ukraine-krieg-drei-jahre-russischer-angriffskrieg-invasion> [Stand: 20.03.2025]; Jan-Dirk Herbermann: Folter und Vergewaltigung – UN wirft Russland Kriegsverbrechen vor, Handelsblatt, 19.03.2025; <https://www.handelsblatt.com/politik/international/ukraine-folter-und-vergewaltigung-un-wirft-russland-kriegsverbrechen-vor/100114813.html> [Stand: 20.03.2025].

Vom Troublemaker zum Friedensstifter?

Mit seiner disruptiven Politik hat der volatile US-Präsident Trump innerhalb weniger Wochen das zuvor festgefahrene internationale Umfeld des russischen Eroberungskrieges gegen die Ukraine aufgebrochen und dabei vieles auf den Kopf gestellt. In kurzer Zeit hat sich der politische Wind gleich mehrfach gedreht. Trumps Politik scheint mit seinen erratischen Entscheidungen von einer spezifischen Sicht auf die Welt, aber nicht von einem klaren Kurs gezeichnet zu sein. Mit seinen schockierenden Respektlosigkeiten gegenüber Partnern und Verbündeten löst der US-Präsident vielerorts Irritationen aus und lässt sich damit auf ein riskantes Spiel mit weltweiten Folgen ein.

In den USA drängen politische Analyst:innen und Senator:innen Trump inzwischen verstärkt dazu, seine Politik müsse gegenüber der Ukraine und Russland an Konstanz und Berechenbarkeit gewinnen. Fehler wie die kurzfristige Einstellung der Militärhilfe dürften nicht noch einmal geschehen, weil sie Putin nur ermutigen, an seinem Kriegskurs festzuhalten.⁷¹

Für kurze Momente droht Trump Russland; noch überwiegt aber seine Sympathie für Putin. Deshalb setzt er weiter auf die Strategie der Erpressung der Ukraine bei gleichzeitiger Umarmung Russlands, in der Hoffnung damit vom Troublemaker zum Friedensstifter in der internationalen Politik aufzusteigen. Das ermöglicht es Putin, an seinem leicht durchschaubaren Spiel festzuhalten, die Ukraine beständig sowohl auf dem Schlachtfeld als auch in den Gesprächen weiter zu schwächen. Sein Pochen auf „Nuancen“ und gleichzeitig auf eine Gesamtlösung aller von ihm konstatierten Kriegsursachen signalisiert das klare Desinteresse an den Beginn von für alle Parteien akzeptablen Verhandlungen.

Mit seiner Weigerung, gemäß dem eigenen Motto „Frieden durch Stärke“ entschiedener gegen Putin aufzutreten, untergräbt der US-Präsident die Bemühungen seiner eigenen Verhandlungsdelegation. Seit der Einwilligung der Ukraine zur Waffenruhe in Dschidda nimmt Außenminister Marco Rubio öffentlich den Kreml in die Pflicht: „Wenn sie nein sagten, wüssten wir leider, wer das Hindernis zu einem Frieden ist.“ Nach dem letzten Telefonat Trumps mit Putin gibt es diesen Moment der Klarheit. Klare politischen Konsequenzen der

USA stehen allerdings noch aus.⁷²

Es ist reichlich naiv, nur darauf zu setzen, dass die großen männlichen Egos bei ihren Gesprächen schon einen Weg finden werden, miteinander klarzukommen und die großen Probleme der Weltpolitik zu lösen. Diplomatie darf nicht als bloßer Selbstzweck verstanden werden. Sie ist stets ein Instrument der Machtpolitik. Um erfolgreich zu sein, braucht sie konkrete Zwangsmittel im Hintergrund wie die Androhung schmerzhafter Wirtschaftssanktionen oder auch militärischer Gewalt. „Wer nicht bereit und in der Lage ist, der Gegenseite Grenzen gewaltsam aufzuzeigen, der wird auch in Verhandlungen nicht gehört“, so formuliert es der Journalist Jörg Lau.⁷³

Falls Putin hartnäckig an seinen Maximalforderungen festhält, bringt das Trump in die Bredouille, entweder gemeinsame Sache mit dem russischen Kriegsaggressor zu machen oder gegenüber Moskau mehr Härte zu zeigen, um den taktierenden Kremlchef mit den bislang nur sporadisch und dosiert eingesetzten Zwangsmitteln endlich an den Verhandlungstisch und dort zu einer halbwegs kooperativen Haltung gegenüber der Ukraine zu zwingen. Aktuell ist nicht ausgemacht, ob der narzisstisch veranlagte US-Präsident vom gerissenen, in der Weltpolitik erfahrenen Herrscher im Kreml über den Tisch gezogen und ihm die Ukraine opfern wird.

Für Brisanz sorgt, dass Trumps Sonderbeauftragter Witkoff neuerdings bedenkenlos Moskauer Narrative verbreitet. In einem Interview attestiert er Putin Ehrlichkeit, verharmlost dessen militanten Antiukrainismus sowie Imperialismus und erklärt, die überwältigende Mehrheit der Menschen, die in den von der russischen Armee besetzten Gebieten lebt, hätte bei Volksabstimmungen angegeben, unter russischer Herrschaft verbleiben zu wollen. Geflissentlich verschweigt Witkoff, dass es sich dabei um von der russischen Besatzungsmacht organisierte, international nicht anerkannte Scheinreferenden handelt, bei denen die Menschen vor

72 Gregor Schwung/Stefanie Bolzen: Eine Einigung, die Trump in die Bredouille bringt, Welt.de, 19.03.2025; <https://www.welt.de/politik/ausland/plus255733464/Krieg-in-der-Ukraine-Eine-Einigung-die-Trump-in-die-Bredouille-bringt.html> [Stand: 20.03.2025].

73 Jörg Lau: „Mehr Diplomatie ist gut“ – ein irreführendes Klischee, Deutschlandfunk Kultur, 06.03.2025; <https://www.deutschlandfunkkultur.de/kommentar-usa-ukraine-europa-diplomatie-machtpolitik-100.html> [Stand: 20.03.2025].

71 Nina Barth (wie Anm. 47).

Ort keine wirkliche Wahl hatten. Kritische Journalist:innen kommentieren Witkoffs Interview darum als „atemberaubendes Fest der glänzenden außenpolitischen Idiotie“.⁷⁴

Was die Ukraine für ihr Überleben als selbständiger Staat und europäische Nation dringend braucht, sind konkrete und robuste Sicherheitsgarantien, die Washington bislang nicht bereit ist, ihr zu gewähren.⁷⁵ Währenddessen schreiten in Europa die politischen Debatten über Truppenentsendung in die Ukraine zur Sicherung eines Waffenstillstands voran.⁷⁶ Russland muss klargemacht werden, dass es sein Nachbarland ein für alle Mal in Ruhe zu lassen hat. Solange Putin Land gegen ein bisschen Waffenruhe eintauschen und Europa mit seiner hybriden Kriegsführung verunsichern kann, wird er an seinen Ambitionen in der Ukraine und darüber hinaus an seinem revanchistischen Imperialismus in Europa festhalten. Während dem bislang wenig konzise agierenden US-Präsidenten ein klarer Plan zu fehlen scheint, weiß Putin genau, was er will. Als Selenskyj diesen Umstand problematisierte, knallte es im Oval Office.

Politischer Wandel durch sicherheitspolitische Imperative

In den aktuell stürmischen Zeiten macht Europa die ernüchternde Erfahrung, dass in Washington und Moskau über ihre Köpfe hinweg die Zukunft des

Kontinents entschieden wird. Sorge bereitet, dass sich die USA unter Trump Russland weiter annähern und die transatlantische Allianz aufgeben werden, um den eigentlichen Machtkonkurrenten China besser in Schach halten zu können. Ein solches geostrategisches Handeln birgt viele Unsicherheiten und große Risiken. Das ist in Washington bekannt.⁷⁷

Der niederländische NATO-Generalsekretär Mark Rutte vertraut weiter auf Trumps Verbundenheit mit dem westlichen Bündnis, fordert zugleich aber mehr verteidigungspolitische Autonomie von Europa, um die Achse Washington-Brüssel am Laufen zu halten und so dem Lager der Autokraten etwas entgegenzuhalten.⁷⁸ Diese sich daraus ergebenden sicherheitspolitischen Imperative sind für die einzelnen europäischen Länder mit großen Zumutungen verbunden. Für die politisch Verantwortlichen gilt es darum, einen schmerzhaften politischen Wandel zu managen. Im aktuell vom Regierungswechsel geprägten Berlin lässt sich dieses zukunftsweisende Schauspiel gerade besonders gut bestaunen.

Dem britischen Staatsmann Winston Churchill wird die griffige Aussage zugeschrieben, dass die USA immer dann das Richtige tun, wenn alle anderen Optionen ausgeschöpft seien.⁷⁹ Es bleibt – besonders im Interesse der weiter verzweifelt um ihr Überleben kämpfenden Ukraine – zu hoffen, dass dies angesichts der sich zuspitzenden Bedrohungslage auch für das gegenwärtige Europa und Deutschland gilt. 🍷

74 in: Ganz auf der Linie von Putin. US-Ukraine-Verhandler Witkoff verstört mit Interview, in: N-TV.de, 22.03.2025; <https://www.n-tv.de/politik/Ukraine-Krieg-US-Verhandler-Witkoff-verstoert-mit-einem-Interview-mit-Tucker-Carlson-article25648553.html> [Stand: 23.03.2025].

75 Margarete Klein/Claudia Major: Dauerhafte Sicherheit für die Ukraine, in: SWP-Aktuell (44)(2023); <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2023A44/> [Stand: 20.03.2025]; Andriy Zagorodnyuk: *Ukraine Without America. How Kyiv Can Persist in the Face of a Hostile Washington*, Foreign-Affairs.com, 04.03.2025; <https://www.foreignaffairs.com/ukraine/ukraine-without-america> [Stand: 20.03.2025].

76 Max Nebel: „Koalition der Willigen“. Militärs in London beraten über Ukraine-Friedenstruppe, Frankfurter Rundschau, 21.03.2025; <https://www.fr.de/politik/koalition-der-willigen-militaers-in-london-beratemeber-ukraine-friedenstruppe-zr-93638750.html> [Stand: 21.03.2025].

77 Christina zur Nedden: Der umgekehrte Nixon. Trumps riskanter Versuch, Russland und China zu entzweien, Welt.de, 12.03.2025; <https://www.welt.de/politik/ausland/article255650016/Donald-Trump-Der-umgekehrte-Nixon-Trumps-riskanter-Versuch-Russland-und-China-zu-entzweien.html> [Stand: 20.03.2025]; Eric Gujer: Der Fluch der Geopolitik: Warum Trump Putin hofiert und die Europäer plötzlich Falken sind, NZZ.ch, 07.03.2025; <https://www.nzz.ch/meinung/trump-hofiert-putin-und-die-europaeer-zeigen-bei-der-ukraine-haerte-id.1873897> [Stand: 20.03.2025].

78 Rutte glaubt an Trumps Nato-Verbundenheit, Rheinische Post, 14.03.2025; https://rp-online.de/politik/ausland/rutte-glaubt-an-trumps-nato-verbundenheit_aid-125232629 [Stand: 20.03.2025].

79 Sir Winston Churchill über Amerikaner, Gutzitiert.de; https://www.gutzitiert.de/zitat_autor_sir_winston_churchill_thema_amerikaner_zitat_32537.html [Stand: 20.03.2025].

LESESTOFF



Die Unvereinigten Staaten



„*E pluribus unum*“, aus vielem eines: So lautet der Wappenspruch im Siegel der USA. Doch davon ist nicht mehr viel übrig. Die Vereinigten Staaten sind in einem Ausmaß zerstritten und verfeindet wie seit dem Bürgerkrieg nicht mehr. Die Hauptursache dafür ist die parteipolitische Polarisierung, die mittlerweile alle Akteure, Institutionen und Verfahren der amerikanischen Demokratie erfasst hat. Dieses Buch erklärt, wie das politische System der USA funktioniert und woran es liegt, dass es immer weniger funktioniert – mit dramatischen Auswirkungen nicht nur für die USA, sondern auch für die Zukunft der Demokratie

und uns alle. Es könnte nicht aktueller sein.

Stephan Bierling, einer der besten deutschen Kenner der USA, stellt in diesem grundlegenden Werk Aufbau und Funktionsweise des politischen Systems dar, erklärt die Aufgaben der Institutionen und Besonderheiten wie das *Impeachment*, *Gerrymandering* oder *Filibuster*, aber zugleich geht er dabei stets der Frage nach, warum die Mechanik des Regierens sich so stark verändert hat und wie sich Demokratie heute in den USA real vollzieht. Sein Buch ist eine unerlässliche Lektüre für alle, die besser verstehen wollen, was eigentlich los ist mit den USA und woran es liegt – nicht erst seit Donald Trump.

Demnächst bei der BLZ bestellbar!

400 Jahre Bayerisches „Oberstes“ - Broschüre zum Jubiläum des Bayerischen

Obersten Landesgerichts erscheint



Am 29. April begeht das oberste ordentliche Gericht des Freistaats Bayern mit einem Staatsakt in der Allerheiligen-Hofkirche in der Residenz zu München sein 400-jähriges Jubiläum. Zu diesem Anlass gibt die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit gemeinsam mit dem Gericht die Broschüre „Tradition und Anspruch. 400 Jahre Bayerisches Oberstes Landesgericht“ heraus.

Auf eine 400-jährige Geschichte seiner Institution zurückblicken zu können, ist alleine ob der Zeitspanne schon etwas Besonderes. Bemerkenswert ist es aber insbesondere deshalb, als es sich bei dem Hauptakteur um ein Gericht handelt.

Die Publikation bietet für den Auftrag der BLZ, ihre unterschiedlichen Zielgruppen und für Themenfelder der (historisch-)politischen Bildung im Bereich der Judikative daher mannigfaltige Ansatzpunkte.

Die gemeinsame Broschüre der BLZ und des BayObLG leistet somit einen wichtigen wie lebendigen Beitrag zum Schutz und zur Stärkung der freiheitlich demokratischen Grundordnung und unseres Rechtsstaats.

Demnächst bei der BLZ bestellbar!

Von guten Mächten wunderbar geborgen



„Von guten Mächten wunderbar geborgen“ – es ist das letzte erhaltene Dokument von Dietrich Bonhoeffer, dem wohl bedeutendsten evangelischen Theologen des 20. Jahrhunderts. Es entstand vor fast 75 Jahren, im Dezember 1944, wenige Monate vor seiner Hinrichtung am 9. April 1945 im KZ Flossenbürg. Udo Hahn, Direktor der Evangelischen Akademie Tutzing, hat diesen Text jetzt unter dem Titel „Dietrich Bonhoeffer – Von guten Mächten wunderbar geborgen“ in einer überarbeiteten und deutlich erweiterten Neuauflage interpretiert.

VERANSTALTUNG

Webtalk mit

Prof. Dr. Stephan Bierling

100 Tage Trump II:

Das Ende des Westens?

Donald Trump ist zurück im Weißen Haus – noch radikaler, entschlossener und skrupelloser als in seiner ersten Amtszeit. Er will die von den Verfassungsvätern etablierten *checks and balances* aushebeln und das Regierungssystem der USA ganz auf sich ausrichten. Und er beendet die von Washington seit 1945 aufgebaute und gepflegte internationale liberale Ordnung und ersetzt sie durch das Gesetz des Dschungels, in dem die Starken die Schwachen unterwerfen. Wie gefährdet ist die Demokratie in Amerika wirklich? Was bedeutet Trumps Kungeln mit Putin für die Ukraine und Europa? Und was muss Deutschland tun, um in dieser neuen bösen Welt eine konstruktive Rolle zu spielen? Diese und weitere Fragen diskutiert Prof. Dr. Stephan Bierling in seinem Vortrag und mit dem Publikum.

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte

Impressum

Herausgegeben von der Bayerischen
Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Rupert Grübl, Monika Franz

Englschalkinger Str. 12, 81925 München
Telefon: 089 9541154-00
Fax: 089 9541154-99

landeszentrale@blz.bayern.de
www.blz.bayern.de

Redaktion

Monika Franz, Manfred Fischl, Nadja Renner

Redaktionsassistentz

Lorenz Elter

Titelbildnachweis

Demonstrantin in Berlin, 2021

Foto: Picture Alliance/Fotograf: Christophe Gateau

Gestaltung

MUMBECK - Agentur für Werbung GmbH,
Wuppertal

Druck

Gebrüder Geiselberger GmbH,
Altötting

BLZ auf Social Media



Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln. Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren.

Als editorische Notiz ist zu beachten, dass von der Redaktion der E+P die in Bayern gesetzte Doppelformel („Bürgerinnen und Bürger“) verwendet wird, externen Autorinnen und Autoren jedoch freigestellt ist, eine andere Schreibweise zu wählen.